



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Franzi Löw – eine jüdische Fürsorgerin im  
nationalsozialistischen Wien  
Unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit**

Verfasserin

**Beatrix Steinhardt**

angestrebter akademischer Grad

**Magistra der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

Hon.-Prof., Dr. Wolfgang Neugebauer

*Gewidmet Christopher „Chrisi“ Lindbichler,  
den ich nie vergessen werde,  
und meiner Großmutter Margarethe Svoboda,  
die auf mich stolz wäre.*

## **Danksagung**

Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Diplomarbeit unterstützt und motiviert haben.

Ein ganz besonderer Dank gilt Herrn Dr. Wolfgang Neugebauer, der meine Arbeit und somit auch mich betreut hat. Er hat mir die Möglichkeit gegeben, mich mit diesem Thema intensiv auseinanderzusetzen und hat mir durch viele Ratschläge große Unterstützung gegeben.

Weiters gilt mein Dank auch Dr. Brigitte Bailer-Galanda, die mich im Diplomanden-Seminar betreut, unterstützt und motiviert hat.

Ich bedanke mich auf diesem Weg bei Dr. Doron Rabinovici der mir freundlicherweise seine Unterlagen über Franz Danneberg-Löw zur Verfügung stellte.

Ein besondere Dank gilt unter anderem Mag. Uslu-Pauer, Archiv der IKG Wien, die mir ihr Wissen und Unterlagen zur Verfügung stellte.

Postumer Dank an Prof. Jonny Moser, der seine Erinnerungen über Franz Löw mit mir teilte und mich ermahnte, ordentlich zu arbeiten.

Nicht zuletzt gebührt mein Dank meinen Kolleginnen und Freundinnen der Jugendwohlfahrt Mödling. Mag. Teresa Weyer, DSA Maria Steininger und DSA Marion Zwölfer. Danke für Eure Geduld und dass ihr mich in der „Endphase“ ausgehalten habt. Ich bin sehr stolz, so gute und verlässliche Freunde zu haben.

Es waren so viele, die sich mit mir über Franz Löw unterhalten haben, meine Euphorie und meine Zweifel geteilt haben. Von ganzem Herzen danke für Eure Unterstützung.

## **Abstract**

Vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Leben der jüdischen Fürsorgerin Franzl Danneberg-Löw die im Jahr 1916 in Wien geboren wurde und in der Zeit zwischen 1938 bis 1945 für die jüdische Kultusgemeinde Wien als Fürsorgerin tätig war. Ziel und Gegenstand der Arbeit ist die Rekonstruktion des Lebens und der fürsorgerischen Arbeitsgeschichte von Franzl Danneberg-Löw, wobei der historische Kontext in der gesamten Arbeit in Zusammenhang mit der persönlichen Lebensgeschichte gestellt wird.

Um der Arbeit einen Rahmen zu geben, wurde die Lebenswelt der jüdischen Bevölkerung ab dem Zeitpunkt 1900 in Wien beschrieben. Dabei wurde der Fokus auf die sozialpolitischen, ökonomischen, ideologischen und ethisch-moralischen Rahmenbedingungen der jüdischen Bevölkerung gelegt und mit der Lebensgeschichte Franzl Danneberg-Löw verflochten. Die Kindheit, Jugend und Ausbildung zur Fürsorgerin in der Fürsorgeschule Ilse Arlt steht am Beginn der Arbeit. Die folgenden Kapitel beschäftigen sich mit der Zeit während des Nationalsozialismus und der Tätigkeit von Franzl Danneberg-Löw für Israelitische Kultusgemeinde Wien, in diesen wurden der berufliche Einstieg der fürsorgerischen Tätigkeit von Franzl Danneberg-Löw im Bereich der Kinder und Jugendfürsorge, die verschiedenen formellen und informellen Arbeitsaufträge, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen und Berufsgruppen beschrieben. Am Ende der Arbeit wurden die Gerichtsverfahren nach 1945 behandelt an denen Franzl Danneberg-Löw als Zeugin und auch als Beschuldigte beteiligt war, sowie ihr berufliches wie privates Leben nach 1945 bis zu ihrem Tod.

Die Ergebnisse meiner Arbeit basieren auf der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Quellenmaterialien (Interviews mit Franzl Danneberg-Löw, Gerichtsakten und Fachliteratur).

Die Arbeit weist auf die schwierige Position Franzl Danneberg-Löws als jüdische Fürsorgerin während der NS-Zeit hin und erklärt ihre Werthaltung, Motivation, Hindernisse und Hemmungen dieser Zeit.

# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	7
2.	Die Situation der jüdischen Bevölkerung vor 1938 .....	11
2.1	Die Israelitische Kultusgemeinde in Wien vor 1938 .....	30
3.	Die Jahre 1938 bis 1945 .....	34
3.1	Die Situation der IKG nach dem „Anschluss“ .....	40
3.2	Das „Novemberpogrom“ und dessen Folgen .....	42
3.3	Tätigkeitsbereiche und Arbeitsalltag der Fürsorgerin Franzi Löw .....	46
3.4	Soziales Umfeld im beruflichen und privaten Alltag von Franzi Löw .....	49
3.5	Die Situation der jüdischen Bevölkerung und der IKG in Wien vom Ausbruch des Krieges bis 1945 .....	51
3.6	Versorgung der jüdischen Häftlinge .....	54
3.7	Kinderauswanderung .....	55
3.8	Jüdische Kinderheime .....	58
3.9	Die Übertragung der Vormundschaft geistig behinderter jüdischer Jugendlicher ...	64
3.10	Helfer und Netzwerke .....	65
3.10.1	Die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsorganisation“ .....	65
3.10.2	Die „Schwedische Israel Mission“ .....	67
3.10.3	Die Quäker – „Society of friends“ .....	68
3.10.4	Die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ .....	68
3.11	Die ersten Deportationen – Nisko .....	70
3.12	Die Versorgung von „U-Booten“ – Menschen, die in Wien „untertauchten“ .....	77

3.13	Die Situation der jüdischen Bevölkerung und der „Ältestenrat der Juden in Wien“ in den Jahren 1942 bis 1945 .....	79
3.14	Franzi Löws Tätigkeit in den Sammellagern und die Situation der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen .....	83
3.15	Das Kriegsende .....	87
4.	Nach 1945 .....	95
4.1	Franzi Löws Beteiligung an Gerichtsverfahren nach 1945 .....	97
4.1.1	Gerichtsverfahren gegen Josef Balaban .....	98
4.1.2	Gerichtsverfahren gegen Dr. Emil Tuchmann .....	98
4.1.3	Gerichtsverfahren gegen Dr. Siegfried Seidl .....	102
4.1.4	Anzeige gegen Franzi Löw durch Aron Moses Ehrlich.....	104
4.2	Franzi Löws Tätigkeit für die Gemeinde Wien und ihr Privatleben .....	109
5.	Conclusio.....	112
6.	Kurzbiografien .....	116
7.	Quellen .....	120
7.1	Literatur.....	120
7.2	Quellen aus dem WWW.....	125
7.3	Archivalien .....	127
7.4	Interviews .....	129
8.	Abkürzungen .....	130

# 1. Einleitung

Bei einem Besuch des Dokumentationsarchivs für Österreichischen Widerstand (DÖW) in Wien, im Rahmen eines Forschungsseminars, wurde ich erstmalig mit der Person Franz Danneberg-Löw konfrontiert. Dr. Elisabeth Klamper erzählte, dass das Archiv ein Interview einer jüdischen Fürsorgerin aufbewahren würde, die während der Jahre 1938 bis 1945 für die jüdische Bevölkerung als Fürsorgerin tätig war.

Da ich selbst als Sozialarbeiterin im Bereich der Jugendwohlfahrt in Niederösterreich tätig bin, fesselten mich die Thematik und die Person von Anfang an.

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Leben und sozialarbeiterischem Wirken der jüdischen Fürsorgerin Franz Danneberg-Löw. Franz Löw wurde im Jahr 1916 in Wien geboren und war in der Zeit von 1937 bis 1945 für die jüdische Kultusgemeinde Wien (IKG), später „Ältesten Rat der Juden Wiens“ als Fürsorgerin tätig.

Ziel und Gegenstand der Arbeit ist die Rekonstruktion des Lebens und der sozialarbeiterischen (zur damaligen Zeit „fürsorgerischen“) Tätigkeit der Jüdin Franz Danneberg-Löw im 20. Jahrhundert. in Wien; eingebettet in den historischen Kontext – von der Zwischenkriegszeit über der Herrschaft der Nationalsozialisten bis zur Nachkriegszeit.

Um das Leben der jüdischen Bevölkerung in Wien besser verstehen zu können, beschreibt Kapitel 2 neben der Kindheit und Jugend von Franz Löw auch allgemein die Situation der jüdischen Bevölkerung sowie die politische Lage in Wien. Franz Danneberg-Löw beschrieb ihre Kindheit und Jugend als unbeschwert – erst mit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland begannen auch bei der Familie Löw politische Diskussionen. Mit dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland begann für Franz Danneberg-Löw ihr fürsorgerischer Alltag während des NS-Regimes. Diesem widmet sich Kapitel 3 dieser Arbeit. Löw half zu Beginn möglichst vielen Juden bei der Ausreise. Später, als dies nicht mehr möglich war, versuchte sie nur noch die tägliche Not zu lindern. Kapitel 3 beschreibt die Zeit während des Nationalsozialismus und ihrer Tätigkeit von Franz Danneberg-Löw als Fürsorgerin für die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) – den späteren „Ältestenrat der Juden Wiens“ – und stellt den Hauptteil meiner Diplomarbeit dar.

Im Bereich ihrer Tätigkeit verfügte sie über verschiedene Hilfsquellen, die in diesem Kapitel beschrieben werden. Die Auswirkungen des NS-Regimes auf die jüdische Bevölkerung, die Flucht, Vertreibung und schließlich die Deportation der Juden und Jüdinnen aus Wien beenden das Kapitel 3.

In diesem Abschnitt werden der Einstieg in ihre fürsorgerischen Tätigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge, die formellen und informellen Arbeitsaufträge, die Zusammenarbeit mit den Berufsgruppen (Ärzte, Juristen, Krankenschwestern etc.) der IKG und anderen Institutionen betrachtet. Doron Rabinovici erläuterte in „Instanzen der Ohnmacht“<sup>1</sup> die totale Entmachtung der IKG durch die nationalsozialistischen Machthaber und beschrieb die dramatische Situation der schwer traumatisierten jüdischen Bevölkerung. Unter diesen Rahmenbedingungen war Franziska Danneberg-Löw bis zu ihrem beruflichen Wechsel zur Gemeinde Wien bis Mitte 1945 tätig. In diesem Kapitel wird auch das erste Zusammentreffen mit dem Richter Dr. Wilhelm Danneberg thematisiert, den Franziska Löw im Jahr 1947 heiratete.

Kapitel 4 wird sich den Volksgerichtsverfahren nach 1945 widmen, an denen Franziska Danneberg-Löw als Zeugin und als Beschuldigte beteiligt war. Dieses Kapitel beschäftigt sich weiters mit ihrem sozialarbeiterischen Wirken für die Stadt Wien, wo sie bis zu ihrem beruflichen Ende als Fürsorgerin tätig war. Hier werden die Arbeitsgeschichte der Nachkriegszeit bis zu ihrem Ruhestand, ihre Tätigkeit in der wiedereröffneten IKG Wien und ihre private Situation behandelt.

Aufgrund der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Quellenmaterialien ergaben sich für mich vier zentrale Fragestellungen:

1. Gibt es in allem beruflichen Handeln Franziska Danneberg-Löws eine zentrale Motivation (Sendungsbewusstsein, Weltretterin, professionelle Helferin) und ist ein Handlungsmuster erkennbar?
2. Wie gestaltete sich der Arbeitsalltag in der Zeit von 1937 bis 1945 für eine jüdische Fürsorgerin in Wien? Auf welche Ressourcen konnte sie zurückgreifen, wo lagen Hindernisse und Hemmungen?

---

<sup>1</sup> Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, Frankfurt am Main 2000.

3. Ist in der Zeit nach 1945 eine Veränderung an der Arbeitshaltung Franzí Danneberg-Löws erkennbar? Wie gestaltete sich das Privatleben der Franzí Danneberg-Löw als Jüdin, dann jüdische Fürsorgerin der IKG, dann Kultusrätin und Ehefrau?
4. Das Leitmotiv der Sozialarbeit ist die Unterstützung von Menschen in besonderen Lebenslagen. Mit den Familien sollen in weiterer Folge individuelle Lösungsmodelle erarbeitet werden.<sup>2</sup> Franzí Danneberg-Löw wusste um die ohnmächtige Situation ihres beruflichen Handelns, trotzdem wurde die jüdische Bevölkerung von ihr sozialarbeiterisch weiter betreut. Ist anhand der zur Verfügung stehenden Quellen jemals ein Bruch bzw. ein Versuch, sich dem System zu entziehen, erkennbar?

Die Wissensermittlung und -verwertung der Arbeit stützt sich im Wesentlichen auf:

- das mit Franzí Danneberg-Löw geführte Interview von N. A. Coyne aus dem Jahr 1988 sowie die aufgezeichneten Gespräche von Dr. Doron Rabinovici mit Danneberg-Löw aus dem Jahr 1991;
- die Personalakten der Gemeinde Wien von Franzí Danneberg-Löw, Dr. Wilhelm Danneberg und Dr. Julius Löw;
- die Volksgerichtakten des Wiener Stadt-Landesarchivs und die Akten des Archivs der jüdischen Kultusgemeinde Wien;
- Literaturrecherchen.

Hinweis:

Alle zitierten Texte wurden so übernommen, wie sie im Original vorgefunden wurden, das betrifft besonders die Schreibweise von „ss“ und „ß“ vor der letzten Rechtschreibreform.

Nur eindeutige Schreibfehler wurden mit „[sic]“ versehen.

Ich habe mich aus optischen Gründen dafür entschieden, den historischen Kontext schwarz zu schreiben, die Lebensgeschichte Franzí Danneberg-Löws wird stets mit einem Zitat eingeleitet und in der Farbe grau geschrieben.

---

<sup>2</sup> Vgl. NÖ Jugendwohlfahrt, Was ist unser gesetzlicher Auftrag, St. Pölten 2011.

Franzi Danneberg-Löw wird in der gesamten Arbeit als Franzi Löw bezeichnet, nur in der Einleitung und in der Conclusio wird sie Franzi Danneberg-Löw genannt. Diese Entscheidung ergab sich für mich aus der Chronologie ihres Lebens.

## **2. Die Situation der jüdischen Bevölkerung vor 1938**

Um die Lebenssituation der Familie Löw in Wien zu erklären, erscheint es an dieser Stelle wichtig, die Lebenswelt der jüdischen Bevölkerung vor 1938 zu beschreiben.

Der folgende Erzählbogen, der die jüdische Lebenssituation mit besonderem Fokus auf Wien erklärt, spannt sich in diesem ersten Kapitel von der Habsburgmonarchie (1780 bis 1918)

bis zum Jahr 1938, dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich.

Für die jüdische Bevölkerung bedeutete das Leben in der Habsburgmonarchie einerseits ein friedliches, jedoch auch oft nur geduldetes Zusammenleben mit der nichtjüdischen Bevölkerung. Eine rechtliche Gleichstellung bzw. eine Aufhebung der Einschränkungen, die speziell auf die Ausschließung der Juden und Jüdinnen aus dem öffentlichen Leben zielte, erfolgte erst im Laufe der Zeit. Trotzdem kam es immer wieder zur Vertreibung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen und sozialen Leben<sup>3</sup> (z. B. durch Berufsverbote, Ghettoisierung<sup>4</sup>).

Mit dem Erlass des Toleranzpatents im Jahr 1782 kam es durch Joseph II. zu einer rechtlichen Besserstellung der Juden.<sup>5</sup> Dies war das erste von einer Serie von Toleranzpatenten, die für eine Besserstellung der jüdischen Bevölkerung stand.<sup>6</sup>

Das Toleranzpatent ermöglichte sowohl Protestanten als auch Juden größere Freiheiten. Ziel der Reformen war es, die Juden aus ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Isolation zu führen. Die Aufhebung der Ghettos, der Kleiderordnung, Abschaffung des Leibzolles, Zulassung zu Handwerksberufen, Zulassung zu öffentlichen Lehranstalten und akademischen

---

<sup>3</sup> Vgl. Ungar-Klein, Zwischen Tradition und Assimilation – Jüdisches Leben vor 1938. In: Erzählte Geschichte. Berichte von Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1992, S. 1.

<sup>4</sup> 1625 waren Juden durch Ferdinand II. gezwungen, außerhalb der Stadtmauern von Wien zu leben. 1669 kam es zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung, Vgl. Beckermann (Hg.), Die Mazzesinsel, Wien/München 1984, S. 13.

<sup>5</sup> Vgl. Demmerle, Das Haus Habsburg, Wiesbaden 2011, S. 165.

<sup>6</sup> Vgl. Hecht/Lichtblau/Miller, Österreich, Böhmen und Mähren 1648–1918. In: Handbuch zur Geschichte der Juden in Europa. Band 1, Darmstadt 2001, S. 106–105.

Berufen sowie Einstellung der Aufenthaltsbeschränkungen für Juden waren einige der Verbesserungen der Reformmaßnahmen unter Joseph II.<sup>7</sup>

Im Hinblick auf diese Reformen kam es unter anderem erstmals zur Miteinbeziehung der jüdischen Bevölkerung in den Militärdienst – bis zu diesem Zeitpunkt war die jüdische Bevölkerung vom Militärdienst ausgeschlossen.

Am 18. Februar 1788 verordnete Joseph II. erstmals in Galizien die Militärpflicht und ab dem 4. Juni 1788 galt diese in allen habsburgischen Ländern.<sup>8</sup>

Die Einführung der Militärpflicht ist in weiterer Folge ein wichtiger erwähnenswerter Punkt, da die Teilnahme von Juden bzw. die Verteidigung des Vaterlandes im Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) ein Zeichen der Zugehörigkeit war.<sup>9</sup>

Eine freie Berufswahl war Juden und Jüdinnen bis 1782 nicht möglich, sie hatten nur zur Ausübung bestimmter Berufsgruppen Zugang.<sup>10</sup> Wie eingangs angeführt, brachte die Umsetzung des Toleranzpatents eine Liberalisierung der 1782 gültigen „Judenverordnung“ mit sich. Der jüdischen Bevölkerung wurde in der Folge das Ausüben von Tätigkeiten in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen, wie Manufakturen, Gewerbe-, Handels- und verschiedenen Handwerksberufen, zugestanden. Im urbanen Bereich der Monarchie waren nun durch den Zugang zu Universitäten akademische Laufbahnen (vor allem in Medizin und Recht) sowie die Beamtenlaufbahn oder auch eine Karriere im industriellen Bereich für die jüdische Bevölkerung keine Seltenheit mehr.<sup>11</sup> Auch im Bereich der Literatur, Theater und Presse gewann die jüdische Bevölkerung nun an Einfluss, was das Selbstbewusstsein und das Gefühl der Zugehörigkeit stärkte.<sup>12</sup>

Der Wunsch nach Assimilation und völliger Gleichstellung von jüdischen Bürgern führte jedoch auch zu einer Abwendung vom jüdischen Glauben und von Traditionen. Speziell im bürgerlichen Bereich wurde die Anpassung nicht selten durch Ablegung der jüdischen Traditionen und durch die christliche Taufe unterstrichen. Im Gegensatz dazu lehnten die streng gläubigen und traditionell lebenden orthodoxen Juden oben erwähnte Tendenzen strikt

---

<sup>7</sup> Vgl. Weinzierl, Das österreichische Judentum von den Anfängen bis 1938. In: Weinzierl/Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Wien/Köln/Weimar 1992, S. 21.

<sup>8</sup> Vgl. Schmidl., Juden in der k. (und) k. Armee, 1788–1918. Eisenstadt 1989, S. 35 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Schmidl, 1989, S. 90.

<sup>10</sup> Vgl. Hecht/Lichtblau/Miller, 2001, S. 106.

<sup>11</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 2, Vgl. Hecht/Lichtblau/Miller, 2001, S. 106, Vgl. Weinzierl, 1992, S. 24.

<sup>12</sup> Vgl. Cahnman, Die Juden im Donauraum. In: Marcus/Tarr (Hg.), Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie. Münster 2005, S. 112.

ab. Sie lebten weiter in alten rigiden Traditionen und betonten ihre Herkunft auch durch ihre Bekleidung, wie z. B. das Tragen von Kaftanen. Die Liberalisierung im ökonomischen wie politischen Bereich brachte ab dem Jahr 1859 (ca. 80 Jahre nach dem Toleranzpatent) für die Juden eine zunehmende Gleichstellung, sowohl in staatsbürgerlichen Belangen wie auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten.<sup>13</sup> Das Staatsgrundgesetz von 1867<sup>14</sup> ermöglichte der jüdischen Bevölkerung erstmalig per Gesetz die tatsächliche rechtliche Gleichstellung.<sup>15</sup> Durch diese Liberalisierung war es der jüdischen Bevölkerung nun möglich, den Aufenthaltsort frei zu wählen, alle Berufe zu ergreifen, Staatsbeamte zu werden, Universitäten nach Wahl zu besuchen und in der Hauptstadt Grundbesitz zu erwerben.<sup>16</sup>

Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der damit verbundenen Zuwanderung von Juden aus allen Teilen der Monarchie entwickelte sich Wien nach Budapest und Warschau zur Stadt mit dem drittgrößten jüdischen Bevölkerungsanteil in Europa: „Zum Zeitpunkt der Volkszählung des Jahres 1910 lebten in Wien 175.318 Juden.“<sup>17</sup>

Die jüdische Bevölkerung beteiligte sich aktiv am wissenschaftlichen wie auch kulturellen Leben. Viele jüdische Zuwanderer, wie Sigmund Freud und Gustav Mahler, siedelten sich im Wiener Bezirk Leopoldstadt an. Manche jüdische Familien schafften den sozialen Aufstieg in das gehobene Besitz- und Bildungsbürgertum, wie die Familien Arnstein, Hönigstein und Wertheimstein.<sup>18</sup> Wohlhabende und einflussreiche jüdische Familien beteiligten sich am Ringstraßenbau.<sup>19</sup> Das jüdische Bürgertum siedelte sich in prachtvollen Häusern in der Praterstraße und rund um den Augarten an.<sup>20</sup>

Die Kehrseite der Zuwanderung aus den Kronländern infolge der Industrialisierung in die Reichshauptstadt zeigte sich an den ärmlichen Massenquartieren und Wohnbaracken abseits der Bürgerhäuser, in den Seitengassen des Wiener Bezirks Leopoldstadt und des 20. Bezirks. Der Flüchtlingsstrom der „Ostjuden“ infolge des 1. Weltkriegs überforderte die Wiener Stadtverwaltung: Wohnungsnot, Obdachlosigkeit bzw. überfüllte Wohnungen prägten die

---

<sup>13</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 2.

<sup>14</sup> Vgl. Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995, S. 25.

<sup>15</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 2.

<sup>16</sup> Vgl. Hamann, „Die Judenfrage lauert an allen Ecken und Enden“. Theodor Herzl und seine Zeit. In: Das Jüdische Echo, Vol. 53, Wien 2004, S. 136.

<sup>17</sup> Burger/Wendelin, Vertreibung, Rückkehr und Staatsbürgerschaft. Die Praxis der Vollziehung des Staatsbürgerrechts an den österreichischen Juden. In: Kolonovits/Burger/Wendelin (Hg.), Staatsbürgerschaft und Vertreibung, München 2004, S. 257.

<sup>18</sup> Vgl. Weinzierl, 1992, S. 22.

<sup>19</sup> Vgl. Hamann, 2004, S. 136.

<sup>20</sup> Vgl. Fraller/Langnas (Hg.), Mignon. Tagebücher und Briefe einer jüdischen Krankenschwester 1938–1949, Innsbruck 2010, S. 20.

Leopoldstadt.<sup>21</sup> Um die Versorgung der verarmten jüdischen Bevölkerung zu gewährleisten, wurden viele Juden durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG) sowie jüdische Wohltätigkeitsvereine und Hilfsorganisationen versorgt.<sup>22</sup> Die Position der IKG wird in weiterer Folge näher erklärt: „Die IKG umfasste vor 1938 ca. 440 Vereine. Sie unterhielt unter anderem eine Mittelschule, fünf Kindergärten, vier Waisenhäuser, ein Lehrlingsheim und zwei Mädchenheime. 119 Fürsorgevereine waren mit der Aufgabe der Versorgung von jüdischen Klienten betraut.“<sup>23</sup>

„Ende des 19. Jahrhunderts kam es wieder zu einer zunehmenden Steigerung des Antisemitismus, jedoch in einer neuen Form: statt des religiösen und wirtschaftlichen Antisemitismus trat nun der Antisemitismus auf, der sich auf Rassentheorien stützte.“<sup>24</sup>

Viele jüdische Bürger und Bürgerinnen sahen sich aber durch den Kaiser (Franz Joseph I., Regierungszeit 1848 bis 1916) geschützt und standen loyal und patriotisch zum Kaiserhaus. In seiner Stellung als Kaiser und „Schutzpatron“ der Monarchie galt er als Garant, dass die jüdischen Mitbürger vor Übergriffen sicher waren.<sup>25</sup>

In der Monarchie wie auch danach in der ersten Republik (1918 bis 1938) setzten die politischen Parteien – wie die Christlichsozialen und Deutschnationalen - auf Antisemitismus, um Wählerstimmen und Zustimmung der Öffentlichkeit zu erlangen.

Dr. Karl Lueger (1897 bis 1910 Bürgermeister von Wien) wurde später zum populistischen Vorbild Adolf Hitlers. Lueger verstand es, die Massen durch antijüdische Hassparolen für sich und sein Programm einzunehmen und somit Wählerstimmen zu gewinnen.<sup>26</sup>

Der Antisemitismus wurde salonfähig gemacht und als wichtige Bewegung integriert. Während des Ersten Weltkriegs (1914 bis 1918) verstärkte sich der Antisemitismus zusätzlich. Aufgrund der Kriegsereignisse (mit Machtübernahme der russischen Armee in Galizien, Ende Juli 1914) kam es zu großen Flüchtlingsbewegungen ostjüdischer Familien.<sup>27</sup> Die Wiener Bevölkerung gab den Flüchtlingen die Schuld an der schlechten Lebens- und

---

<sup>21</sup> ebd. S. 21.

<sup>22</sup> Vgl. Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, Frankfurt am Main 2000, S. 39–40.

<sup>23</sup> Rabinovici, 2000, S. 39.

<sup>24</sup> Ungar-Klein, 1992, S. 2.

<sup>25</sup> Vgl. Rechter, *Kaisertreu*, *The Dynastic Loyalty of Austrian Jewry*. In: *Jüdische Identitäten. Einblick in die Bewusstseinslandschaft des österreichischen Judentums*. Kaisertreu, Innsbruck 2000, S. 191, Vgl. Hamann, 2004, S. 136.

<sup>26</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 37 f., Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 3, Vgl. Weinzierl, 1992, S. 26.

<sup>27</sup> Vgl. Moser, *Die Katastrophe der Juden in Österreich 1938–1945 – ihre Voraussetzungen und ihre Überwindung*. In: Schubert (Hg.): *Der Gelbe Stern in Österreich*, Eisenstadt 1977, S. 68–70.

Wohnsituation (Wohnungsnot, Krieg, Hunger). Sogenannter „Futterneid“ entstand, den jüdischen Flüchtlingen sollte unter keinen Umständen die Gelegenheit gegeben werden, das sogenannte „Heimatrecht“ zu erlangen, eine Integration sollte hintertrieben werden. Die Kriegsflüchtlinge erhielten kaum Unterstützung durch die öffentliche Hand, es waren private jüdische Vereine, die versuchten, die Not der Flüchtlinge zu lindern.<sup>28</sup>

Aufgrund des zunehmenden Antisemitismus (Hetzte gegen die jüdischen Kriegsflüchtlinge) und des fortschreitenden Nationalismus entstand in der jüdischen Bevölkerung die Frage nach der eigenen Identität.

Die durch den Wiener Theodor Herzl (1860 bis 1904) ins Leben gerufene nationale Bewegung des Zionismus (1895) sollte eine Lösung für das angeschlagene Selbstbewusstsein der jüdischen Bevölkerung bringen.<sup>29</sup> In seinem Buch „Der Judenstaat“ (1886) forderte er, dass die jüdische Nation ihre Heimat in Palästina haben sollte: „Erez Israel“<sup>30</sup>.

Der verfolgten, bedrängten und ausgegrenzten jüdischen Bevölkerung sollte durch die Auswanderung nach Palästina die Möglichkeit gegeben werden, ein freies und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Anfänglich sollte Palästina vor allem den verarmten Ostjuden als neue Heimstatt dienen. Die Finanzierung der Auswanderung und die geplanten Landkäufe in Palästina sollten durch die wohlhabenden Westjuden finanziert werden. Mit dem Thema Auswanderung beschäftigten sich die Wiener Zionisten vorerst nicht, in Wien fand die Auswanderungstheorie kaum Anhänger. Die assimilierten Wiener Juden liebten ihre Heimat und empfanden sich nicht als Gäste in Wien oder Geduldete, sondern als vollwertige Bürger und hatten daher kein Interesse, in Palästina als Pioniere einen Neuanfang zu machen.<sup>31</sup> Der Zionismus schlug sich jedoch auch in der Gründung von Vereinen, politischen Organisationen und Sportvereinen nieder.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. ebenda.

<sup>29</sup> Theodor Herzl (1860–1904) stammte aus einem assimilierten jüdischen großbürgerlichen Elternhaus. Während seines Studiums wurde er aus der deutschnationalen Studentenverbindung „Albia“ aufgrund seiner jüdischen Herkunft ausgeschlossen. Vgl. Erika Weinzierl, Das österreichische Judentum von den Anfängen bis 1938. In: Weinzierl/Kulka (Hg.). Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien/Köln/Weimar 1992, S. 45.

<sup>30</sup> „Erez Israel“ ist die hebräische Bezeichnung für das „Gelobte Land“, Land Israel, Palästina. Weinzierl, 1992, S. 545.

<sup>31</sup> Vgl. Hamann, 2004, S. 140.

<sup>32</sup> Vgl. Marschik. Von jüdischen Vereinen und „Judenclubs“. Organisiertes Sportleben um die Jahrhundertwende. In: Adunka/Lamprecht/Traska (Hg.): Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck 2011, S. 225.

Die jüdischen Vereine<sup>33</sup> (die meisten Vereinsgründungen erfolgten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts) übernahmen eine wichtige Rolle in der Identitätsbildung.<sup>34</sup> Aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche und der damit oft in Verlust geratenen Sicherheiten gaben die Vereine Rückhalt und Schutz. Wie bereits erwähnt, verließen viele Juden und Jüdinnen ihre Heimat, um sich im urbanen Raum anzusiedeln. Das Verlassen des Vaterlandes, wie z. B. Galizien, das zur Hausburgmonarchie gehörte, aber auch Russland (aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen) war oft mit dem Verlust von haltgebenden Sitten und Gebräuchen verbunden. Durch das Pogrom in Russland geschockt, erfolgte durch ostjüdische Studenten die Gründung der ersten jüdischen Studentenverbindung „Kadimah“.<sup>35</sup> Der Name „Kadimah“ bedeutet „Vorwärts!“, die Studentenverbindung trat unter anderem für die Besiedelung Palästinas und die Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins ein.<sup>36</sup>

Die Vereine trugen sehr oft hebräische Namen wie z. B. „Poale Zion“, „Misrachi“, „Makkabi“ und „Hakoah“ (ein bekannter und erfolgreicher Sportverein).<sup>37</sup>

Die Mitglieder der Vereine erlernten unter anderem die hebräische Sprache und sammelten Geld für die Besiedelung Palästinas. Teilweise reisten die Mitglieder zwar dorthin, jedoch wurde eine Auswanderung nur selten in Betracht gezogen.<sup>38</sup>

Ab 1918 erfolgte eine Auswanderungswelle – „Alija“<sup>39</sup> – nach Palästina. Grund waren unter anderem die sich häufenden Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung,<sup>40</sup> aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse und Verfolgung waren vor allem „Ostjuden“ und weniger Österreicher bereit, ihre Heimat zu verlassen. Außer Palästina waren auch Argentinien und Nordamerika Wunschziele der Auswanderer. Wien und Budapest waren wie eingangs erwähnt aufgrund der bürgerlichen Revolution von 1848 (sämtliche Arbeits- und

---

<sup>33</sup> 1763 erfolgte die Gründung der „Chewra Kadischa“ – Beerdigungsbruderschaft. Im Jahr 1938 gab es 483 Vereine mit Sitz in Wien. Vgl. Adunka, 2011, S. 45.

<sup>34</sup> Vgl. Adunka/Lamprecht/Traska, „Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck 2011, S. 8 f.

<sup>35</sup> Vgl. Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stifungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution. Wien 2004, S. 33.

<sup>36</sup> Vgl. Weinzierl, 1992, S. 33.

<sup>37</sup> Vgl. Marschik, S. 230 ff. Im Sommer 1925 wurden die „Hakoah“-Fußballer nationale Meister.

<sup>38</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 3.

<sup>39</sup> „Alija“ bedeutet wörtlich „Aufstieg“. Der Begriff stammt aus der Bibel. Ursprünglich war das Einwandern von Juden in das gelobte Land gemeint. Später wurde der Begriff für das Einwandern der jüdischen Bevölkerung nach Palästina Ende des 19. Jahrhundert und vor der Gründung des Staates Israel 1948 verwendet. Vgl. Weinzierl, 1992, S. 172.

<sup>40</sup> „Pogrom“ kommt aus dem Russischen und bedeutet „Zerstörung“ und „Aufruhr“. Vgl. Botz. „Judenhatz“ und „Reichskristallnacht“ im historischen Kontext: Pogrome in Österreich 1938 und in Osteuropa um 1900. In: Schmid/Streibel (Hg.), Der Pogrom 1938. Wien 1990.

Wohnbeschränkungen für die jüdische Bevölkerung fielen) und des Staatsgrundgesetzes von 1867 mit der bürgerlichen Gleichstellung der Juden ein erstrebenswerter Lebensmittelpunkt und somit ebenfalls Ziel der Binnenwanderung.<sup>41</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg lebten 201.500 jüdische Menschen in Wien,<sup>42</sup> im Jahr 1934 wurden 191.481 österreichische Juden und Jüdinnen bei einer Volkszählung zahlenmäßig erfasst.<sup>43</sup> Wien hatte für die Menschen aus vielerlei Gründen eine große Anziehungskraft. Die Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung waren in Wien selbstverständlich sehr groß und in der Hoffnung auf Verbesserung der eigenen Lebenssituation zog es viele Menschen in diese Stadt.

Diese Chance nutzte auch der junge Julius Löw aus Mähren.

*„Ich habe eine ruhige, schöne, friedliche Kindheit erlebt.“*

Franzi Danneberg-Löw<sup>44</sup>

Franzi Löws Vorfahren stammten ursprünglich aus Mähren. Ihr Vater Julius Löw wurde im Dezember 1878 in Gewitsch<sup>45</sup> geboren. Julius Löw stammte aus einer armen jüdischen Familie, wo Bildung, wie in sehr vielen jüdischen Familien, einen sehr hohen Stellenwert hatte. Als Protegé eines katholischen Pfarrers, der das Potenzial von Julius erkannte, kam er nach Wien, da die Ausbildungsmöglichkeiten hier viel besser waren. Nachdem er seinen Schulabschluss mit Ablegung der Matura absolvierte hatte, begann er in Wien Jura zu studieren. Julius Löw war so arm, dass er sich seine Schul- und Studienzeit als Bettgeher finanzieren musste.<sup>46</sup> Im Jahr 1902 schloss er sein Studium in Wien ab. Vom 17. September 1902 bis 1. Juli 1907 war er am Oberlandesgericht in Brünn beschäftigt. Danach bewarb sich Dr. Löw bei der Nordbahn in Wien und begann dort seine berufliche Karriere. Mit dem

---

<sup>41</sup>Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 16.

<sup>42</sup>Vgl. Weinzierl, 1992, S. 25.

<sup>43</sup>Vgl. Rabinovici, 2000, S. 39.

<sup>44</sup>Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>45</sup>Im Jahr 1830 lebten in Gewitsch 138 jüdische Familien.

<http://genealogyindexer.org/view/1929GoldMoravia/1929GoldMoravia%20-%20200216.pdf>

<sup>46</sup>Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 1.

Als Bettgeher bezeichnete man Menschen, denen entgeltlich und stundenweise oder schichtweise Schlafplätze in einer Wohnung angeboten wurden. Dass sich mehrere Menschen ein Bett bzw. ein Zimmer teilten, war keine Seltenheit. Vgl. <http://www.quer-magazin.at/home/02-2011/38>, abgerufen am 12.9.2012.

akademischen Abschluss schaffte er auch den sozialen Aufstieg und genoss hohes gesellschaftliches Ansehen.<sup>47</sup>

Mit 35 Jahren heiratete er im November 1913 die zwanzigjährige Hedwig Stern, eine wohlhabende jüdische Kaufmannstochter aus Mähren, Tochter von Salomon und Jenny Stern.<sup>48</sup> Der Ehe entstammten die Zwillingmädchen Franzi und Hilde, die am 2. Jänner 1916 in Wien geboren wurden. Die Mädchen blieben die einzigen Kinder von Julius und Hedi und wuchsen im 18. Wiener Bezirk, Paulinengasse 28/11, auf.

Franzi Löw beschrieb ihre Kindheit als harmonisch und wohlbehütet. Die Familie lebte religiös – jedoch nicht koscher.<sup>49</sup> Franzi Löws Großvater war Vorstand der „Chewra Kadischa“.<sup>50</sup> Er war ein sehr frommer Mann und großer Förderer der jüdischen Erziehung und Traditionen. Während die Eltern Löw den modernen Entwicklungen sehr aufgeschlossen gegenüberstanden und diese Werte in die Erziehung der Mädchen einfließen, war die Aufgabe des Großvaters das Vermitteln religiöser Werte.<sup>51</sup>

Franzi besuchte mit ihren Eltern und ihrer Schwester Hilde den Währinger Tempel in der Schopenhauerstraße, wo die Zwillinge von einem liberal eingestellten Oberrabbiner unter anderem im Singen von Liedern und Traditionen unterrichtet wurden. Nach jedem Samstagnachmittagsgottesdienst nahmen die Mädchen an einer kleinen Feier mit Kuchen und Kakao teil.

Familiensinn hatte einen hohen Stellenwert, der auch den Zwillingen vermittelt wurde. An hohen Feiertagen fuhren Franzi und Hilde mit ihren Eltern nach Mähren, um mit den Großeltern und den Verwandten die religiösen Feste zu feiern.<sup>52</sup> Wie viele Familien sprachen die Eltern und Großeltern Jiddisch, und so sprach und verstand auch Franzi Löw Jiddisch. Daheim in Wien wurde ausschließlich Deutsch gesprochen, jedoch sprachen die Eltern mit Besuchern auch Jiddisch. Franzi und Hilde besuchten gemeinsam fünf Jahre die Volksschule in der Köhlergasse im 18. Bezirk (1922 bis 1927). Nach der Volksschulzeit traten beide in das

---

<sup>47</sup> Vgl. Dienst- und Standesausweis der Nordbahndirektion, Personalakt Julius Löw.

<sup>48</sup> Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg, Heiratsurkunde 277/48, 5.3.1948, Vgl. Verlassenschaftsakt Hedwig Löw, 5 A 79/77 BG Innere Stadt.

<sup>49</sup> „Koscher“ bedeutet rein, geeignet, im Einklang mit den Ritualgesetzen. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 370.

<sup>50</sup> „Chewra Kadischa“ (hebr. „Heilige Bruderschaft“), die in jeder jüdischen Gemeinde bestehende Beerdigungsbruderschaft, die sich Krankenbesuchen und der rituellen Bestattung Verstorbener widmet. Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 493., vgl. Adunka, 2011, S. 45.

<sup>51</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>52</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg Löw, 1988.

Realgymnasium in der Gymnasiumstraße 38 im 18. Bezirk (1927 bis 1935) ein und besuchten wieder gemeinsam dieselbe Klasse.

Die Zwillinge lebten mit ihren Eltern in gehobenen, gutbürgerlichen Verhältnissen, wodurch ihnen ein geschützter Rahmen geboten wurde. Die Kindheit und Schulzeit verbrachte Franzi hauptsächlich mit ihrer Schwester Hilde und Freundinnen, die meisten ihrer Freundinnen waren jüdischer Herkunft. Die Beziehung zu ihrer Schwester war sehr eng, aus ihrer Sicht gab es nie Streit und sämtliche Aktivitäten fanden gemeinsam statt.

Da Dr. Löw unter einer Herzkrankheit litt, wurde er 1932, im Alter von nur 54 Jahren, als Nordbahndirektor pensioniert. Zu diesem Zeitpunkt besuchten die Mädchen die zweite Klasse des Gymnasiums.<sup>53</sup>

Dr. Löw war ein bekennender Zionist und Sozialdemokrat, zu Hause wurde politisiert, so Franzi Löw.<sup>54</sup> Die Haltung Dr. Löws und sein Weltbild prägten logischerweise auch Franzi Löws politische Werte und Ansichten.

Der folgende Exkurs soll Einblick in das „Rote Wien“, die Forderungen der Sozialdemokraten und die Umsetzung des sozialdemokratischen Gedankenguts geben, dessen Inhalt Julius Löw vertrat.<sup>55</sup>

### **Exkurs: Sozialdemokratische Partei**

*„Von der Wiege bis zur Bahre“<sup>56</sup> die Sozialdemokratische Partei und ihr Wirken im „Roten Wien“*

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bot mit ihren zahlreichen Organisationen Möglichkeiten zur aktiven Mitarbeit. Sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Kommunistische Partei konnten einen hohen Anteil an jüdischen Mitgliedern verzeichnen.

---

<sup>53</sup> Vgl. Personalakt Dr. Julius Löw. Veränderungsausweis 2.11.1938, vgl. Personalakt Dr. Julius Löw, Schreiben der Bundesbahndirektion Wien-Nordost, Versetzung in den dauernden Ruhestand, 16.6.1931.

<sup>54</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Vgl. Konrad, Das „sozialdemokratische „Lager“. In: Karner/ Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck 2008, S. 69.

Beide Parteien traten für eine rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Religion und Rasse, ein.<sup>57</sup>

Bis zum Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) war Wien die Hochburg der „Christlichsozialen“. Im Jahr 1919 erreichten die „Sozialdemokraten“ die Mehrheit und konnten aus diesem Grund viele Versorgungsleistungen umsetzen. Das „Rote Wien“ stand bewusst im Gegensatz zum bürgerlichen Weltbild. Ein besonderes Anliegen der Sozialdemokratischen Partei war die Wohnsituation der Arbeiter – des „Proletariats“ – zu verbessern. Zwischen 1925 und 1934 wurden über 300 Wohnhausanlagen mit 64.000 Wohnungen errichtet (wie z. B. Karl-Marx-Hof, Schlingerhof, Goethehof). Die neuen Wohnhausanlagen boten den Bewohnern, mit der Errichtung von Gemeinschaftswaschküchen, Kindergärten und Spielplätzen, eine neue verbesserte Lebenssituation.<sup>58</sup> Durch den verstärkten Wohnungsbau und die Schaffung von jährlich 5.000 Wohnungen wurden so auch Arbeitsplätze geschaffen, dadurch reduzierte sich die Arbeitslosenzahl auf ein Viertel.<sup>59</sup>

Auch im Bereich der Bildung kam es zu Angeboten für die bis dato schlechter gestellte Arbeiterklasse. Die sozialdemokratische Schulpolitik setzte auf Chancengleichheit und Vereinheitlichung. So forderte Otto Glöckel<sup>60</sup> folgende Punkte: eine einheitliche Schule bis zum 14. Lebensjahr, freie Schulbücher und der Einfluss der Kirche sollte unterbunden werden. Durch die Errichtung von Schülerhorten, Schulausspeisung und Schulbädern sollte die Chancengleichheit geschaffen werden, denn jeder Schüler sollte Anrecht auf Förderung haben.

„*Wissen ist Macht*“<sup>61</sup> als sozialdemokratische Idee, Aufstieg über Bildung für Jedermann – Bildung sollte allen sozialen Schichten zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen.<sup>62</sup>

In Volkshochschulen wurde Wissen vermittelt, das nun der erwachsenen Bevölkerungsschicht zur Verfügung stehen sollte. Durch die Errichtung von Arbeiterbüchereien wurde ein weiteres Bildungsangebot für die Bevölkerung gestellt. Der sozialdemokratische Zielgedanke der Erziehung war, die klassenlose Gesellschaft und das Kollektive zu fördern. Was bedeutete,

---

<sup>57</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 6.

<sup>58</sup> Vgl. Vocelka, Österreichische Geschichte, München 2007, S. 103.

<sup>59</sup> Vgl. Konrad, 2008, S. 68.

<sup>60</sup> Otto Glöckel (8.2.1874–23.7.1935) war sozialdemokratischer Politiker und Schulreformer der ersten Republik Österreichs und Begründer der Bundeserziehungsanstalten..Vgl. Konrad, 2008, S. 68.

<sup>61</sup> Konrad, 2008, S. 67.

<sup>62</sup> Vgl. Konrad, 2008, S. 65 ff.

dass gemeinsame Werte und Normen angestrebt wurden, dies sollte unter anderem durch Sport erreicht werden.<sup>63</sup>

Das gemeinsame Ausüben von Sport sollte das Ziel sein, nicht der Wettkampf sollte im Vordergrund stehen. Gemeinsame Aktivitäten sollten gefördert werden.

Durch Julius Tandler<sup>64</sup>, Stadtrat für Wohlfahrtswesen, kam es zur Reform des Gesundheitssystems. Tandler entwickelte das „Wiener System“, dies bedeutete die Installierung von Ehe- und Mutterberatungsstellen sowie Ambulatorien. Auch das Fürsorgewesen (Installierung von Kinderübernahmestellen) wurde reformiert und flächendeckend installiert.<sup>65</sup>

Durch Einführung der 1.-Mai-Aufmärsche (seit 1890) demonstrierten die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ihre Stärke sowie ihre ablehnende Haltung gegenüber der tradierten bürgerlichen Kultur.

Auch das Frauenbild wurde durch die Sozialdemokraten neu besetzt. Die sozialdemokratische Frau präsentierte sich emanzipiert und sportlich. Der wissenshungrige atheistische Arbeiter war eng an die diversen Gruppen, wie z. B. Kinderfreunde, sozialistische Arbeiterjugend oder Sterbeverein „Die Flamme“, gebunden.

„Die Wiener Sozialdemokraten konnten mit Stolz von sich behaupten, die bestorganisierte Arbeiterpartei der Welt zu sein. Jeder vierte Wiener gehörte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an.“<sup>66</sup>

Die Entwicklungen der „Sozialdemokraten“ wurden durch die Ereignisse 1933/34 (schrittweise Entmachtung der „Sozialdemokraten“ durch die Dollfuß-Regierung) unterbrochen und konnten nach 1945 in der geschilderten Form nicht mehr fortgesetzt werden. Im Jahr 1934 wurden „Sozialdemokraten“ durch die Dollfuß-Regierung verfolgt und in Gefängnissen inhaftiert, manchen gelang aber auch die Emigration.<sup>67</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl. Vocolka, 2007, S. 104.

<sup>64</sup> Julius Tandler (16.2.1869–25.8.1936) war sozialdemokratischer Politiker und Arzt, reformierte das Wohlfahrtswesen. Vgl. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.t/t047085.htm> abgerufen 12.8.2012.

<sup>65</sup> Konrad, 2008, S. 69.

<sup>66</sup> Neugebauer, Die Arbeiterbewegung in Wien im Widerstand 1934–1945. In: Botz/Hutmann/Konrad/Weidenholzer (Hg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien/München/Zürich 1978, S. 361.

<sup>67</sup> Vgl. Vocolka, 2007, S. 104.

„... 1934 kam die Angst, mit dem Aufstreben des Hitlertums kam die Angst, mit der Angst das Interesse an der Politik.“

Franzi Danneberg-Löw<sup>68</sup>

Im Jahr 1934, im Alter von 18 Jahren, entwickelte Franzi Löw Interesse für Politik. Grund war die immer größere Bedrohung durch den Nationalsozialismus und die damit verbundenen zunehmenden Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung.

Ihre Erinnerungen an die Schulzeit sind sehr positiv. Franzi und Hilde hatten zum Großteil jüdische Mitschüler, auch der jüdische Lehreranteil war höher. Doch erinnerte sie sich, dass es auch Lehrer gab, die der „NSDAP“ angehörten. Die Lehrer selbst, so Löw, benahmen sich korrekt und hochanständig.<sup>69</sup> In ihrer Schulzeit machte sie keine negative Erfahrung der Ausgrenzung oder des immer bedrohlicher werdenden Antisemitismus. Die Familie Löw lebte in gutbürgerlichen und gehobenen Verhältnissen: Die Zwillinge hatten eine sehr geschützte Lebenswelt, was eine mögliche Erklärung dafür sein könnte, dass Franzi über keine Erinnerungen an negative Vorfälle vor 1934 verfügte.

Im letzten Schuljahr (1934) des Gymnasiums wurde auch die Familie Löw immer mehr mit den Auswirkungen des Nationalismus auf die jüdische Bevölkerung konfrontiert.

Mit der Machtübernahme durch Adolf Hitler in Deutschland (1933) und dem zunehmenden offenen Antisemitismus, flohen Juden und Jüdinnen nach Wien. Die Angst vor einem möglichen Anschluss Österreichs an Deutschland war für viele Juden und Jüdinnen allgegenwärtig. Um den Vertriebenen Unterstützung anzubieten, wurden die deutschen Flüchtlingskinder als Gastkinder in jüdische Haushalte zum Essen eingeladen.<sup>70</sup>

Die Familie Löw versorgte ab 1934 Gastkinder zum Mittag- und Abendessen. Die Hauptbetreuung übernahm Mutter Löw, die auch Ansprechpartnerin für die Kinder war, da Franzi und Hilde noch zum Gymnasium gingen und aus diesem Grund schulisch sehr eingesetzt waren.<sup>71</sup>

Während der Zeit der Maturaklasse waren Franzi und ihre Schwester schulisch ausgelastet, nach dem Unterricht gaben die Mädchen Schülern der unteren Jahrgänge des Gymnasiums

---

<sup>68</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>69</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988. S. 6.

<sup>70</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1992, S. 7.

<sup>71</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

Nachhilfestunden. Das damit verdiente Geld durften die Mädchen als Taschengeld behalten. In ihrer Freizeit fanden gemeinsame Unternehmungen im Freundeskreis statt.

Die Zwillinge liebten das Theater und besuchten das Burgtheater, das Theater in der Josefstadt und die Oper. Obwohl die Familie sehr gut situiert war, besuchte Franzi die Oper oder das Theater auch auf Stehplätzen. Durch die Mutter angeleitet, besuchten die Zwillinge Konzerte, besonders Konzerte des Geigers Bronislaw Huberman<sup>72</sup> blieben ihr in guter Erinnerung. Franzi las gerne und verbrachte viel Zeit mit dem erkrankten Vater.

In dieser Zeit wurde in der Familie Löw über Theodor Herzl und den Zionismus diskutiert, denn der Vater hatte Gefallen an den Grundgedanken des Zionismus. Auch eine mögliche Auswanderung nach Palästina wurde in der Familie thematisiert, jedoch war Dr. Löw zu krank und die Mutter Löw wollte Wien nicht verlassen. Für Franzi und ihre Schwester kam eine Auswanderung nicht in Frage, denn ihr Lebensmittelpunkt war Wien. Hier waren sie geboren und gingen zur Schule, hatten ihren Freundeskreis und die Möglichkeit einer guten Ausbildung. Dazu kam der schlechte Gesundheitszustand des Vaters: Die Herzkrankheit des Vaters verschlechterte sich und die gesundheitliche Versorgung war in Wien für die jüdische Bevölkerung im Jahre 1934 noch gewährleistet. So blieb die Familie Löw in Wien, Verwandte der Familie wanderten jedoch nach Palästina aus und wurden von den Zurückbleibenden noch bis zum Jahr 1937 finanziell unterstützt.<sup>73</sup>

Die Erinnerungen an das Jahr 1934 beschrieb Franzi Löw mit eigenen Worten als den „Zusammenbruch“, den sozialistischen Zusammenbruch. Der Vater erklärte seinen Töchtern das „Prinzip der Klassenunterschiede“ aus Sicht eines Sozialisten und die Kämpfe im Karl-Marx-Hof<sup>74</sup> – Löw bezeichnete die Klassenunterschiede als „Gegensätze“.<sup>75</sup>

### **Exkurs: Austrofaschismus**

Unter dem Begriff „Austrofaschismus“ versteht man das Herrschaftssystem in Österreich, das sich in der Zeit 1933/34 etablierte. Unter dem Einfluss des italienischen Faschismus

---

<sup>72</sup> Bronislaw Huberman (19.12.1882–16.6.1947) war polnisch-jüdischer Violinist.

Vgl. <http://www.huberman.info/> abgerufen am 12. 5. 2012.

<sup>73</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>74</sup> Die Kämpfe im Karl-Marx-Hof werden im folgenden Exkurs näher beschrieben.

<sup>75</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988. S. 10.

Mussolinis und vom politischen Katholizismus gestützt,<sup>76</sup> wurden die demokratische Verfassung und der Parlamentarismus<sup>77</sup> durch das autoritäre System des Austrofaschismus ersetzt.<sup>78</sup>

Die politische Parteilandschaft der Ersten Republik setzte sich vor allem aus den Sozialdemokraten, den Christlichsozialen und den Deutschnationalen zusammen.

Die Ausrichtung der Sozialdemokratischen Partei war marxistisch, antiklerikal, stand für Fortschritt und klassenlose Gesellschaft. Die Ideologie der Christlichsozialen Partei war streng katholisch, strikt anti-marxistisch und antisemitisch ausgerichtet.<sup>79</sup> Jene der Deutschnationalen Partei war ebenfalls antisemitisch, erklärtes Ziel war der Anschluss an Deutschland. Beide großen Parteien gründeten bewaffnete Wehrverbände: Die Christlichsozialen gründeten die „Heimwehr“, die Sozialdemokraten gründeten den „Republikanischen Schutzbund“.<sup>80</sup>

Ab 1925 kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen dem Republikanischen Schutzbund und der Heimwehr. Am 30. Jänner 1927 kam es in Schattendorf (Burgenland) zu einem Zusammenstoß zwischen der Frontkämpferversammlung<sup>81</sup> und Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes.<sup>82</sup> Die Heimwehr schoss dabei in die sozialdemokratische Menschenmenge: ein Invalide und ein Kind wurden getötet. Der anschließende Gerichtsprozess endete mit dem Freispruch für die drei angeklagten Frontkämpfer. Die Sozialdemokraten protestierten gegen das Urteil, es kam zu Ausschreitungen und Protesten und in der Folge stürmten die Sozialdemokraten den Justizpalast und setzten diesen in Brand.<sup>83</sup> Im Jahr 1930 kam es zu den letzten freien Wahlen, in denen die Sozialdemokraten als stimmenstärkste Partei hervorgingen. Der Wunsch der Christlichsozialen nach einem „Starken Mann“ sowie nach der Ausschaltung der politischen Gegner und der Einführung faschistischer Strukturen wurde immer lauter.

---

<sup>76</sup> „Politischer Katholizismus“: politische Entscheidungen werden aufgrund Grundlagen der römisch-katholischen Kirche getroffen. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.p/p608895.htm>, abgerufen am 12.7.2012.

<sup>77</sup> Parlamentarismus bedeutet, dass die Vertreter des Volks (Parlamentarier) über die Gesetzgebung (Legislative) bestimmen. <http://www.politik-lexikon.at/parlamentarismus/>, abgerufen am 12.7.2012.

<sup>78</sup> Vgl. <http://austria-lexikon.at/af/AEIOU/Austrofaschismus>, abgerufen am 3.5.2012.

<sup>79</sup> Vgl. Königseder, „Antisemitismus 1933–1938. In: Talos/Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik–Ökonomie–Kultur. 1933–1938. Wien 2012, S. 54.

<sup>80</sup> Vgl. Vocolka, 2007, S. 105 ff.

<sup>81</sup> Die Frontkämpferversammlung wurde 1920 gegründet und war ein Wehrverband der politischen Rechten.

<sup>82</sup> Vgl. Geyde, 1981, S. 24.

<sup>83</sup> Vgl. Ackerl/Kleindl, Die Chronik Österreichs. Wien 1994, S. 477–493.

Engelbert Dollfuß<sup>84</sup> sollte dies erfüllen – am 10. Mai 1932 wurde er durch Bundespräsident Miklas zum Bundeskanzler designiert.<sup>85</sup>

Am 4. März 1933 kam es bei einer Abstimmung im Parlament zum Streit um die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen. Die Wahl musste wiederholt werden, woraufhin der Nationalratspräsident Dr. Karl Renner zurück trat. Ihm folgte der christlichsoziale zweite Präsident Dr. Rudolf Ramek und schlussendlich der deutschnationale 2. Präsident Dr. Josef Straffner. Aufgrund der Rücktritte aller drei Nationalratspräsidenten war der Nationalrat somit arbeitsunfähig und es kam zu keiner weiteren Wahl. Nun nutzte die Christlichsoziale Regierung die Gunst der Stunde und sprach von der Selbstausschaltung des Parlaments.

Mit Hilfe eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917<sup>86</sup> eliminierte Dollfuß den Nationalrat und schuf ein autoritäres Regime. Eine neuerliche Zusammenkunft des Nationalrats wurde verhindert. Als die Sozialdemokraten den Verfassungsgerichtshof anriefen, traten deren christlichsoziale Mitglieder ebenfalls zurück.

Am 26.5. kam es zum Verbot der KPÖ, am 20.6. der Nationalsozialistischen Partei und am 31.3. des Republikanischen Schutzbunds – die Sozialdemokratische Partei blieb unberührt.<sup>87</sup>

Am 20. Mai 1933 wird die „Vaterländische Front“ als Nachfolgepartei der Christlichsozialen Partei gegründet, die den Anspruch hatte, als einzige Partei die Regierungsgeschäfte zu erledigen.

Am 11. Februar 1934 kündigte Heimwehrführer und Innenminister Emil Fey, im Rahmen einer Heimwehrveranstaltung, einen geplanten Schlag gegen die Sozialdemokraten für den 12. Februar 1934 in Linz an. Die Sozialdemokraten riefen zur Zurückhaltung auf, während die Führung des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes in Linz zum Widerstand aufrief.<sup>88</sup> Das war der Beginn von bürgerkriegsähnlichen Kämpfen (12. bis 15. Februar 1934). Es kam zu Kampfhandlungen in Oberösterreich, der Obersteiermark und in Wien, auch der

---

<sup>84</sup> Engelbert Dollfuß (4.10.1892–25.7.1934), Begründer des austrofaschistischen Ständestaats, von 1932 bis 1934 Bundeskanzler der ersten Republik.

<sup>85</sup> Dollfuß bildete eine Koalitionsregierung, bestehend aus Christlichsozialen, Bauernbund und Heimwehr. Vgl. Geyde, 1981, S. 54, vgl. Ackerl/Kleindl, 1994, S. 504.

<sup>86</sup> Vgl. <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=19170004&seite=00000739&zoom=0>, abgerufen am 12. 5.2012.

Vgl. <http://www.nationalsozialismus.at/Themen/Austrofasch/antidemokr.htm>, abgerufen am 12.5.2012.

<sup>87</sup> Vgl. Vocelka, 2007, S. 106.

<sup>88</sup> Fey hatte auch Verfügungsgewalt über Gendarmerie und Polizei. Vgl. Bärnthaler, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Wien 1971, S. 44.

Karl-Marx-Hof<sup>89</sup> wurde belagert. Der geschwächte Republikanische Schutzbund wurde jedoch in wenigen Tagen von Heimwehr, Polizei und Militär besiegt.<sup>90</sup>

Auf Seiten des Republikanischen Schutzbundes zählte man 200 Tote und über 300 Verletzte, es erfolgte eine Verhaftungswelle von Sozialdemokraten. Viele Sozialdemokraten flohen in die Tschechoslowakei ins Exil, einige Führer des Februaraufstandes wurden hingerichtet.<sup>91</sup>

Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten, die „Vaterländische Front“ war die einzig erlaubte Partei. Aufgrund einer Verordnung vom 16. Februar 1934 verfügte die Bundesregierung die Annullierung aller sozialdemokratischen Mandate, so wurden auch sozialistische Listen aus dem Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde entfernt.<sup>92</sup> Einzig die zionistische Arbeiterpartei durfte ihre Arbeit fortführen, die Regierung tolerierte die Partei nur unter der Auflage, dass sich die Tätigkeit auf die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung zu beschränken hatte.<sup>93</sup>

Am 1. Mai 1934 wurde durch die Bundesregierung eine Verfassung ausgerufen, die auf autokratischen Führungsstrukturen aufgebaut war. Die österreichischen Juden standen der Dollfuß-Regierung nicht negativ gegenüber, im Gegenteil, sie bot Schutz gegen den drohenden nationalsozialistischen Übergriff aus Deutschland<sup>94</sup>, zusätzlich lehnte Dollfuß die Vereinigung mit Deutschland ab.<sup>95</sup>

Doch der Antisemitismus zeigte sich auch im Ständestaat.<sup>96</sup> Juden wurden aus staatlichen Stellen und aus dem Bank- und Versicherungswesen verdrängt.<sup>97</sup>

Julius Löw nahm an der politischen Entwicklung lebhaft Anteil, die Kämpfe im Karl-Marx-Hof erlebte Franzl aufgrund der Erzählungen ihres Vaters mit. Zu der Zeit war die Stimmung in der Familie „*traurig und triste*“<sup>98</sup>, man fühlte mit den Menschen, die bei den Kämpfen ihr Leben verloren hatten, mit, und die Geschehnisse hinterließen bei Franzl Löw großen Eindruck.

---

<sup>89</sup> Sozialdemokratische Arbeiter verschanzten sich im Karl-Marx-Hof und ergaben sich schlussendlich der Heimwehr und dem Bundesheer.

<sup>90</sup> Vgl. Interview Franzl Danneberg Löw, 1988, S. 10. Vgl. Ackerl/Kleindl, 1994, S. 511.

<sup>91</sup> Vgl. Vocelka, 2007, S. 107.

<sup>92</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 51.

<sup>93</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 51. Vgl. Hecht, 2011, S. 66.

<sup>94</sup> Im Mai und Juni 1934 kam es durch Mitglieder der Nationalsozialisten zu Sprengstoffanschlägen in ganz Österreich. Vgl. Ackerl/Kleindl, 1994, S. 510.

<sup>95</sup> Vgl. Götz, 2009, S. 32.

<sup>96</sup> Ständestaat Bezeichnung für Austrofaschismus. Vgl. Vocelka, 2007, S. 107.

<sup>97</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 52 f.

<sup>98</sup> Interview Franzl Danneberg-Löw, 1989, S. 11.

Franzi Löw erzählte:

*„Mein Vater war Sozialdemokrat. Er hat eine führende Stellung gehabt und wäre bestimmt in ein Konzentrationslager gewandert, wenn er nicht im August 1938 gestorben wäre.“<sup>99</sup>*

Im Jahr 1935 maturierten Hilde und Franzi und setzten anschließend ihre weitere Ausbildung fort. Hilde immatrikulierte Medizin an der Medizinischen Fakultät Wien und Franzi entschied sich für das Studium an der Fürsorgeakademie von Ilse Arlt. Durch die verschiedenen Berufsziele trennte sich hier erstmals der „gemeinsame Weg“ der Schwestern.<sup>100</sup>

### **Exkurs: Ilse Arlt**

Im Jahr 1876 wurde Ilse Arlt als Tochter eines Mediziners in Wien geboren. Arlt schloss ihre Bildung mit der Ablegung der Lehramtsprüfung im Fach Englisch ab. Später besuchte sie Vorlesungen des Sozialpolitikers Eugen Philippovic von Philippsberg, Nationalökonom in Wien, sowie Vorlesungen von Prof. Mischler, Statistiker und Sozialwissenschaftler in Graz. Zu diesem Zeitpunkt war Arlt als wissenschaftliche Hilfskraft am Steiermärkischen Statistischen Zentralamt aktiv und engagierte sich im „Sozialen Bildungsverein in Wien“. Über ihre Wahrnehmungen die sie bei Besuchen von Elendsquartieren machte, verfasste sie Fachartikel die veröffentlicht wurden und hielt darüber Vorträge. Arlt`s Ziel war die Professionalisierung der Wohlfahrtspflege. Im Jahr 1910 referierte sie am Internationalen Kongress für „Öffentliche Arbeits- und private Wohlfahrtspflege“ in Kopenhagen über ihre gewonnenen Erkenntnisse des Berufsbildes der Wohlfahrtspflegerin.“<sup>101</sup>

1912 eröffnete Arlt in Wien erstmals ihre Fürsorgeschule, die „Vereinigte Fachkurse für Volkspflege“ genannt wurde. Im Jahr 1938 wurde ihr aufgrund ihrer jüdischen Herkunft jede Lehrtätigkeit an ihrem Institut unterbunden. Die Ausbildungsstätte wurde geschlossen, Ilse Arlt blieb in Wien und überlebte den 2. Weltkrieg. Im Jahr 1948 nahm Ilse Arlt, mit Hilfe ihrer ehemaligen Studentinnen, ihre Lehrtätigkeit in ihrer Fürsorgeschule in Wien wieder auf. Mangelnde finanzieller Zuwendungen veranlassten Arlt im Jahr 1952 ihre Lehrtätigkeit

---

<sup>99</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1989, S. 8.

<sup>100</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991. CD.

<sup>101</sup> Vgl. Ertl, Ilse Arlt, Studien zur Biographie der wenig bekannten Wissenschaftlerin und Begründerin der Fürsorgeausbildung in Österreich. In: Maiss/Ertl (Hg.), Ilse Arlt. (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke. Wien/Berlin 2011, S. 16f f.

endgültig zu beenden. Im Jahr 1954 erhielt sie als Auszeichnung für ihre Tätigkeit den Karl-Renner-Preis<sup>102</sup>. Am 25. Jänner 1960 verstarb Ilse Arlt im Alter von 84 Jahren in Wien.<sup>103</sup>

*„... im Jahre 1937 habe ich mein Diplom als Fürsorgerin erhalten“*

Franzi Danneberg-Löw, 1988<sup>104</sup>

Wie oben erwähnt, studierte Französi Löw in der Zeit von 1935 bis 1937 an der Fürsorgeschule Ilse Arlt. Ziel des Unterrichtes war das Erforschen und Erkennen von Armutsursachen, und in weiterer Folge sollten die zukünftigen Fürsorgerinnen mit den Betroffenen an einer Problemlösung arbeiten.<sup>105</sup> Der zweijährige Lehrgang gliederte sich in folgende Unterrichtseinheiten:

*„Der erste Jahrgang dient hauptsächlich der Einführung in die Arbeitsweisen der Bedürfnisbefriedigung, der zweite der Anwendung dieser auf die Fürsorge. Beide Jahre haben ein vornehmlich dem Lernen gewidmetes erstes Halbjahr, im zweiten Halbjahr wiegen die Übungen vor.*

*Der Nachmittagsunterricht des ersten Halbjahres umfasst die Einführung in die Erziehungslehre, Gesundheitslehre, Volkswirtschaftslehre, Bürgerkunde, Wohnungskunde und in die Aufgaben der Volkspflege.*

*Die vormittägigen Übungen sind teils den Kindergärten, teils der Erwerbung von Handfertigkeit, einem Näh- und Flickunterricht, Samariterkurs und einer Einführung in die Bekleidungslehre, mit Übung, gewidmet.*

*Dazu kommen noch als Freigegegenstände, Volksgesang (Einzelgesang), Laute- und Turnunterricht, Einführung in die Wiener Mundart.*

*Daran schließen zweimonatige halbtägige Übungen in der Säuglingspflege und ein sechswöchiger Kochkurs (einfachste gesundheitlich richtige Ernährung), beides mit Vorträgen.*

---

<sup>102</sup> Der Karl-Renner-Preis der Stadt Wien wird alle drei Jahre vergeben.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1955/jaenner.html>, abgerufen am 5.5.2012.

<http://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/ehrungen/rennerpreise.html>, abgerufen am 5.5.2012.

<sup>103</sup> Vgl. <http://inclusion.fhstp.ac.at/index.php/ueberdasinstitut/ilsearlt>, abgerufen am 11.7.2012.

<sup>104</sup> Interview Französi Danneberg-Löw, 1988, S. 13.

<sup>105</sup> Vgl. Ertl, 2011, S. 38.

*Der Unterricht des zweiten Jahrganges: Jugendfürsorge, Sozialhygiene, Sozialpolitik, Jugendrecht und Fürsorgerecht, Wohnungsfürsorge, Armenwesen, seminaristische Übungen der Volkspflege, Einführung in den Kanzleidiens.*

*Dazu ärztliche Vorträge über einzelne wichtige Fragen (Körperpflege, Sprachentwicklung und Sprachstörungen, körperliche Erziehung, Unterscheidung von Unart und Krankheit bei Kindern und ihre Bedeutung für die Erziehung usw.).*

*Zweites Halbjahr: dreimonatige halbtägige Übungen in der Krankenpflege (innere und chirurgische), Volksgesang fortgesetzt. Als Abschluss noch Besichtigungen der Anstalten mit sommerlicher Tätigkeit.*<sup>106</sup>

Der theoretische Unterricht fand überwiegend im 8. Bezirk, Albertgasse 38, statt, die von Arlt abgehaltenen Kurse hielt sie in ihrer eigenen Wohnung ab.<sup>107</sup> Als weitere Vortragsorte dienten unter anderem das Sophienspital (Apollogasse 19), das Orthopädische Spital (Gassergasse 44) und die Kinderfachabteilung des Franz-Josef-Spitals.<sup>108</sup> Im Zuge ihrer Ausbildung hatten die Schülerinnen Seminararbeiten zu schreiben, die Ausbildung endete mit dem Verfassen einer Abschlussarbeit.<sup>109</sup>

Die Zeit der Ausbildung erlebte Franzö Löw ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Sie machte kein Hehl aus ihrer jüdischen Herkunft und nahm während ihrer Ausbildungszeit keinen gegen sie gerichteten Antisemitismus wahr. Die Schwester Hilde hingegen, die Medizin studierte, konnte den zunehmenden offenen Antisemitismus an der Universität erkennen, über den sie den Eltern und Franzö berichtete. Im Alter von 21 Jahren (1937) schloss Franzö ihr Fürsorgestudium mit Diplom ab. Die Schwester Hilde heiratete im gleichen Jahr und zog mit ihrem Mann, einem Arzt, in die Tschechoslowakei. Hilde Hornkova, geb. Löw, lebte nie mehr wieder in Wien. Über die Trennung von ihrer Schwester berichtete Franzö Löw nichts. Meine Hypothese ist, dass Franzö ein sehr enges Verhältnis zu ihren Eltern hatte, das sicherlich durch den Weggang ihrer Schwester zusätzlich intensiviert wurde.

Franzö Löws Persönlichkeit war durch Gewissenhaftigkeit und große Verlässlichkeit gekennzeichnet.

---

<sup>106</sup> Arlt, 1921a, S. 184, In: Maiss/Ertl (Hg.), Ilse Arlt. (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke. Wien/Berlin 2011, S. 38-39.

<sup>107</sup> Vgl. Ertl, 2011, S. 39.

<sup>108</sup> Vgl. Ertl, 2011, S. 39.

<sup>109</sup> Vgl. Ertl, 2011, S. 41.

Für Löw war es kein Thema, dass sie bei ihren Eltern lebte. Im Jahr 1937 war die Krankheit des Vaters so weit fortgeschritten, dass eine häusliche Pflege nicht mehr möglich war. Dr. Löw wurde in der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ stationär aufgenommen.<sup>110</sup>

Nach der Beendigung ihres Studiums bewarb sie sich erstmals bei der Gemeinde Wien als Fürsorgerin. Der Antrag auf Aufnahme in den Gemeindedienst wurde jedoch aus „rassischen Gründen“ nicht behandelt.<sup>111</sup> Franzl berichtete im Interview, dass sie diese Ablehnung sehr persönlich nahm und gekränkt war.<sup>112</sup> Doch war keine Zeit für persönliche Gekränktheit, Franzl musste eine Anstellung finden, da die finanziellen Ressourcen aufgrund der Krankheit des Vaters immer enger geworden waren.

Aus diesem Grund bewarb sich Franzl Löw bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien. Am 24. September 1937 fand die junge Fürsorgerin ihre erste Anstellung in Wien, Schottenring 25.<sup>113</sup>

## 2.1 Die Israelitische Kultusgemeinde in Wien vor 1938

Um die Strukturen der Israelitischen Kultusgemeinde (kurz IKG), in der Franzl Löw im Jahr 1937 tätig wurde, zu begreifen, erscheint es an dieser Stelle wichtig einen Überblick über die Entstehung der Kultusgemeinde zu geben.

In der Verfassung vom 4. März 1849 wurde durch Kaiser Franz Joseph I. festgelegt<sup>114</sup>, dass die bürgerlichen und politischen Rechte unabhängig von der Religionszugehörigkeit sein sollten, was bedeutete, dass es zu keiner Diskriminierung aufgrund eines Religionsbekenntnisses kommen dürfe. In Beantwortung eines Schreibens, welches die jüdischen Vertreter Wiens Kaiser Franz Joseph I. zukommen ließen, bezeichnete der Kaiser die Vertreter der jüdischen Religion erstmals als jüdische Gemeinde. Im Jahr 1850 wurde der zuständigen Behörde erstmals ein Statutenentwurf über die Gründung der jüdischen Gemeinde vorgelegt.

---

<sup>110</sup>Vgl. Interview Franzl Danneberg-Löw, 1991. Vgl. Personalakt Dr. Julius Löw, Erklärung Hedwig Löws zum Gesundheitszustand Dr. Julius Löw 25.7.1938.

<sup>111</sup> Vgl. Interview Franzl Danneberg-Löw 1988.

<sup>112</sup> Vgl. Interview Franzl Danneberg-Löw, 1991.

<sup>113</sup> Vgl. Personalbogen Franzl Danneberg-Löw, Gemeinde Wien.

<sup>114</sup> Vgl.

<http://www.jku.at/kanonistik/content/e95782/e95785/e95786/e95794/e104403/e104407/e98378/oktroierteMaerzverfassung.pdf>, abgerufen am 13.7.2012.

Am 14. Jänner 1852 wurden die Statuten von offizieller Seite genehmigt, somit war die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ gegründet.<sup>115</sup> Die IKG Wien war somit die offizielle Vertretung der Juden in religiösen, sozialen und kulturellen Fragen, zudem hatte die IKG die Möglichkeit, von seinen Mitgliedern Gelder und Steuern einzuheben, um die diversen Angebote zu finanzieren.<sup>116</sup>

1890 wurde in dem Statut der IKG Wien festgelegt, dass jeder in Wien lebende „Israelit“ der Kultusgemeinde Wien, unabhängig von Staatsbürgerschaft, Bildung und Schicht, angehören musste.<sup>117</sup> „Bis zum Jahr 1938 bestanden 34 Israelitische Kultusgemeinden in Städten und Orten von Österreich. Vor 1938 gehörten der Kultusgemeinde in Wien ca. 440 Vereine an, zusätzlich wurden 23 Synagogen von der Kultusgemeinde administriert. Die Gemeinde unterhielt unter anderem zwei Schulen, eine Mittelschule, eine gewerbliche Fortbildungsschule für Mädchen, fünf Kindergärten, vier Waisenhäuser, zwei Mädchenheime, ein Lehrlingsheim sowie eine Tagesheimstätte, ein Krankenhaus, ein Kinderambulatorium, ein Blindeninstitut und ein Altersheim. Die Anzahl der angestellten Mitarbeiter betrug über 600, zusätzlich waren ehrenamtliche Helfer tätig, ohne deren Hilfe die verschiedenen Aufgaben nicht möglich gewesen wären.“<sup>118</sup>

Ab dem Jahr 1914 waren 30 bis 35 jüdische Frauenvereine mit der Versorgung der verarmten und hilfsbedürftigen jüdischen Bevölkerung beschäftigt.<sup>119</sup> Die Zahl der Arbeits- und Erwerbslosen stieg im Jahr 1934 weiter an, viele Juden und Jüdinnen wurden aus ihren Berufen verdrängt. Aus diesem Grund verschärfte sich die Not der jüdischen Bevölkerung.<sup>120</sup>

Die IKG gliederte sich in verschiedene Abteilungen, diese waren wiederum in spezielle Aufgabenbereiche unterteilt. Die einzelnen Abteilungen versahen Angelegenheiten wie Agenden des Fürsorge-, Erziehungs-, (Schulen-) und Friedhofswesen sowie der Spitalspflege, Altersbetreuung, Kultusfragen, Statistik und Steuer.<sup>121</sup> Durch die Machtübernahme der

---

<sup>115</sup> Vgl. Duziend-Jensen, 2004, S. 23 f.

<sup>116</sup> Vgl. Embacher, 1995, S. 25.

<sup>117</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 13.

<sup>118</sup> Rabinovici, 2000, S. 39.

<sup>119</sup> Vgl. Hecht, „Du hast Dich ernsten Mädchen zu geschworen“. Jüdische Frauen- und Fürsorgevereine in Wien. In: Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. 2011, S. 59.

<sup>120</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 15.

<sup>121</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 39–40. Vgl. Embacher, 1995, S. 25.

Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933<sup>122</sup> und die Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung kam es zu Flüchtlingsströmen aus dem Deutschen Reich nach Österreich.

Im Jahr 1933 war sich eine große Zahl an Menschen in Deutschland, wie im Ausland, im Klaren über die organisierte Ausgrenzungspolitik der NS-Machthaber gegen die jüdische Bevölkerung.<sup>123</sup> Die jüdischen Flüchtlinge suchten Unterstützung und Hilfe bei der IKG, die durch das Statut von 1890 zur Unterstützung verpflichtet war.<sup>124</sup>

Dr. Leo Landau organisierte die Flüchtlingsfürsorge der Wiener Kultusgemeinde.<sup>125</sup> Die Flüchtlinge erhielten finanzielle Unterstützung, sowie die Möglichkeit eines unentgeltlichen Mittagessens und das Recht auf eine Notschlafstelle.<sup>126</sup>

*„... ich war so glücklich, dass ich als Fürsorgerin arbeiten durfte, ich war der Kultusgemeinde dankbar, dass sie mich angestellt hat ...“*

Franzi Danneberg-Löw<sup>127</sup>

Franzi Löw trat nun ihre Stelle bei der IKG an. Unter der Leitung von Rosa Schwarz, der die gesamte Fürsorge unterstand<sup>128</sup> sowie Lily Reichenfeld, die die Jugendfürsorge leitete und ihr die Arbeit zuteilte, begann Franzi Löw ihre Tätigkeit in der Jugendfürsorge. Dem Auftrag ihrer Vorgesetzten nachkommend, sollte sie vorerst alle Heime und Betreuungsstellen für Kinder besuchen. Das Ziel war es, die Strukturen und die Mitarbeiter der Institutionen kennenzulernen, was die gute Zusammenarbeit fördern sollte. Ihr erstes Tätigkeitsfeld war somit die Tagesbetreuungsstelle in Wien 2, Aspernbrückengasse 4, dort wurden jüdische Kinder untertags versorgt. Franzi Löw bezog ein monatliches Bruttogehalt von 73,25 Reichsmark.<sup>129</sup>

---

<sup>122</sup> Offen gelebter Antisemitismus, Bücherverbrennungen, ab 1935 wurden die „Nürnberger Rassengesetze“ etabliert, Vgl. Friedländer. Das Dritte Reich und die Juden. 2008, S. 47 u. 70 f.

<sup>123</sup> Vgl. Friedländer, 2006, S. 81.

<sup>124</sup> Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 25.

<sup>125</sup> Dr. Leo Landau war 1930 Präsident aller privaten Tempelvereinigungen in Wien. Anfänglich war der studierte Jurist im Bereich der Auswanderungsabteilung zugeteilt, später war er in der allgemeinen Fürsorge tätig. Vgl. Rosenkranz. 1978.

<sup>126</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 50 ff. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1989, Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 25.

<sup>127</sup> Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 13.

<sup>128</sup> Zu den Kollegen im beruflichen Umfeld wird im nächsten Kapitel näher eingegangen.

<sup>129</sup> Vgl. Franzi Danneberg-Löw: In: Jüdische Schicksale, S. 185 f., A/W 535/1 Personenstandliste, vgl. Personalakt Dr. Julius Löw, Verzeichnis über das Vermögen von Juden, Franzi Löw, 15.7.1938.

Die Zeit ihrer Kindheit und Jugend verlief für Franzi und ihre Familie bis dahin ruhig und harmonisch. Doch die Zeichen der Zeit standen sehr schlecht für die Familie Löw.

Unter dem Druck des immer stärker werdenden Nationalsozialismus und der Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung begann Franzi Löw ihre fürsorgerische Tätigkeit für die IKG. Die Anstellung nahm sie eher unfreiwillig an, denn der Wunsch, bei der Gemeinde Wien zu arbeiten, wurde ihr verwehrt. Die Fürsorge und Verantwortung für den Vater und in weiterer Folge für die nichtberufstätige Mutter lag nun in den Händen der 22-jährigen Franzi Löw, die auch erklärte, dass ein „Weggehen aus Österreich“ nicht möglich gewesen wäre. Denn sie persönlich hätte ihren Vater nicht alleine in Wien zurücklassen können.

### **3. Die Jahre 1938 bis 1945**

Vorliegendes Kapitel wird sich mit dem gesamten Tätigkeitsbereich der jungen Fürsorgerin während der Jahre 1938 bis 1945 befassen. Unter Einbeziehung des historischen Kontextes und der Situation der jüdischen Bevölkerung wird das Leben von Franzí Löw betrachtet werden.

Im Juli 1934 kam es zum Putschversuch der Nationalsozialisten gegen die Regierung der „Vaterländischen Front“, dabei wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß erschossen.<sup>130</sup> Nach dem Mord an Dollfuß wurde Kurt Schuschnigg durch Bundespräsident Miklas zum Bundeskanzler ernannt.<sup>131</sup> Ein nicht geringer Teil der jüdischen Bevölkerung vertraute jedoch trotz des offenkundigen und steigenden Antisemitismus auf Kurt Schuschnigg und den Ständestaat. Am 4. Februar 1938 erfolgte ein Anschlag (einer von vielen) durch Jugendliche in Wien, die auf den jüdischen Tempel in der Hetzgasse Rauchbomben warfen.<sup>132</sup>

Der Druck auf Schuschnigg durch die Hitler Diktatur wurde immer massiver, die Angst der jüdischen Bevölkerung, dass Österreich vom Deutschen Reich absorbiert werden könnte, wurde immer größer.<sup>133</sup>

Bei einem Zusammentreffen zwischen Hitler und Schuschnigg in Berchtesgaden im Februar 1938 drohte Hitler mit einem militärischen Übergriff auf Österreich. Auf Druck Hitlers wurde Schuschnigg gezwungen, Seyß-Inquart, einen de facto Nationalsozialisten, als Innen und Sicherheitsminister in sein Kabinett aufzunehmen. Die von Schuschnigg für den 13. März 1938 angekündigte Volksbefragung über die Unabhängigkeit von Österreich wurde von der IKG Wien mit einer großen finanziellen Wahlspende unterstützt. Die geplante Wahl fand nicht statt, Schuschnigg beugte sich dem Druck und den Drohungen der deutschen Nationalsozialisten. Am 11. März 1938 gab er in einer Radioansprache seinen Rücktritt bekannt und dankte zugunsten Seyß-Inquarts ab.<sup>134</sup> Am 12. März 1938 marschierten, unter Begeisterung der Öffentlichkeit, die deutschen Truppen in Österreich ein. Der „Anschluss“ an

---

<sup>130</sup> Vgl. Stuhlpfarrer. Austrofaschistische Außenpolitik. In: Talos/Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik. Ökonomie.Kultur. 1933–1938. Wien 2012, S. 330.

<sup>131</sup> Vgl. Ackerl/Kleindel, 1994, S. 513.

<sup>132</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 58.

<sup>133</sup> Im so genannten „Juliabkommen“ von 1936 musste Österreich inhaftierte Nationalsozialisten n enthaften. Vgl. Vocelka, 2007, S. 108.

<sup>134</sup> Vgl. Geyde. Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfußdiktatur und Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938. Wien 1981, S. 285.

das Deutsche Reich fand beim Großteil der Bevölkerung Zustimmung. Ab 13. März 1938 gab es keinen Staat Österreich mehr, in der Zeit zwischen 1938 und 1942 wurde Österreich als „Ostmark“ bezeichnet, zwischen 1942 und 1945 wurde aus der „Ostmark“ die „Donau- und Alpengaue“.<sup>135</sup>

„... *Gott helfe Österreich*“ – „*also wir haben gezittert am ganze Leib*“  
Franzi Danneberg-Löw<sup>136</sup>

Den „Anschluss“ im März 1938 und die Rede Schuschniggs erlebten Franzi Löw und ihre Mutter vor dem Radioapparat. Die Rede beunruhigte Löw so sehr, dass sie am ganzen Körper zitterte. In ihrer Erinnerung liefen die Menschen scharenweise durch die Wiener Straßen und brüllten „Heil Hitler“. Sie sah „Reibepartien“, Verhaftungen von jüdisch aussehenden Personen, Zerschlagungen von Fensterscheiben und, dass das Wort „Jud“ auf jüdische Geschäfte geschmiert wurde. Am selben Tag, dem Tag des Anschlusses, kam ein SA-Mann zur Wohnung von Franzi Löws Mutter und befahl, dass sie ihre Wohnung zu verlassen habe: „*Alles sollte man liegen und stehen lassen und einfach gehen*“.<sup>137</sup> Durch ihre Anstellung bei der IKG erlangte Franzi Löw Kenntnis, dass die SA willkürlich Juden befahl, ihre Wohnungen zu räumen. Infolge dieses Wissens verständigte sie telefonisch ihre Mutter<sup>138</sup> und ordnete ihr an, dass sie ihre Wohnung unter keinen Umständen verlassen und auch niemandem öffnen sollte. Mutter und Tochter konnten einen Verlust der Wohnung zu diesem Zeitpunkt noch verhindern. In weiterer Folge musste Franzi Löw die persönliche Erfahrung machen, dass eine bis dahin freundliche Nachbarin vor ihr und der Mutter ausspuckte und „*Juden raus*“ schrie. Die Zeit nach dem Anschluss war für die Familie Löw sehr schwierig, die junge Fürsorgerin arbeitete unermüdlich und bemühte sich, die ihr übertragenen Aufgaben – auf die im nächsten Kapitel näher eingegangen wird – gewissenhaft und ordentlich durchzuführen. Durch ihre Arbeit nahm sie als professionelle Helferin das Chaos und das „*konfuse und aufgeregte Verhalten*“ der jüdischen Bevölkerung, zusätzlich zur eigenen persönlichen Betroffenheit, wahr.<sup>139</sup>

Privat überschattete die schwere Krankheit ihres Vaters das Leben Franzi Löws.

---

<sup>135</sup> Vgl. Vocelka, 2007, S. 110. Vgl. Moser, 1988, S. 119.

<sup>136</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 17.

<sup>137</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>138</sup> Die Familie Löw hatte zu diesem Zeitpunkt einen eigenen Telefonanschluss. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw 1988.

<sup>139</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

Julius Löw verstarb am 24. August 1938 im Alter von nur 60 Jahren im Krankenhaus Am Steinhof.<sup>140</sup> Die Bestattung von Dr. Julius Löw fand unter größter Anteilnahme der Bevölkerung (etwa 200 Menschen nahmen an der Bestattung teil) statt.<sup>141</sup> Franzi Löw lebte weiterhin mit ihrer Mutter in der Wohnung in der Paulinengasse. Selbstverständlich waren die Einschränkungen der jüdischen Bevölkerung auch für die junge Frau stark spürbar und demütigend. Gut erinnerte sie sich an das Verbot von Kino- und Theaterbesuchen. Diese Verbote bedeuteten für sie persönlich einen großen Verlust von Handlungsfreiheit.<sup>142</sup> Als Jüdin durfte sie mit einer Ausnahmegenehmigung ausschließlich den letzten Waggon der Straßenbahn benutzen, das Benutzen des 40er-Wagens und der D-Linie war Juden generell untersagt.<sup>143</sup> Als Fürsorgerin der IKG hatte sie jedoch einen besseren Status und somit eine Legitimation, die ihr ermöglichte, die Straßenbahnen zu nutzen<sup>144</sup>. Diese Legitimation unterlag stets einem zeitlichen Limit und wurde immer wieder verlängert.<sup>145</sup>

Noch am gleichen Tag (dem Tag des Anschlusses) begann, wie schon in den Erinnerungen Franzi Löws erkennbar, der Terror gegen die jüdische Bevölkerung und alle, die sich gegen den Nationalsozialismus stellten. Der Antisemitismus, der jahrelang gezielt als Wahlpropaganda eingesetzt wurde, konnte mit dem „Anschluss“ „endlich“ mit Zustimmung der Machthaber offen ausgelebt werden. Die Demütigungen, Schikanen und der Terror gegen die jüdische Bevölkerung zeigten sich in verschiedensten Formen: Dass Juden und Jüdinnen unter Beifall der Passanten gezwungen wurden, die Gehsteige zu waschen bzw. Häuserfronten mit bloßen Händen zu reinigen, war an der Tagesordnung und wurde höhnisch als „Reibepartien“ bezeichnet.

Jüdische Geschäfte wurden mit Schmähworten wie „Jud“ beschmiert, öfters wurden die Inhaber der Geschäfte oder deren Angehörige selbst zur Durchführung gezwungen.<sup>146</sup> Mit dem Waschen von Toiletten mit bloßen Händen oder dem Putzen von Parteilokalen wurde die jüdische Bevölkerung gedemütigt. Jüdische Männer wurden zusammengetrieben und mussten

---

<sup>140</sup> Vgl. Personalakt Julius Löw.

<sup>141</sup> Dr. Löw wurde Zentralfriedhof, Tor 4, Grabnummer 002, Grabreihe 36, Grabgruppe 12a beerdigt. E-Mail der IKG vom 6.8.2012.

<sup>142</sup> siehe Kapitel 2.1.

<sup>143</sup> Eine zusätzliche Schikane: Die Straßenbahnlinie 40 fuhr unter anderem beim Rothschildspital, Jüdischen Friedhof und bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorbei.

<sup>144</sup> Juden war das Benutzen von Straßenbahnen und Bussen nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet. Hilberg, Band 1, Frankfurt 1990, S. 181.

<sup>145</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>146</sup> Vgl. Hecht, Demütigungsrituale – Alltagsszenen nach dem „Anschluss“ in Wien. In: „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich, Wien 2010, S. 39 ff.

bis zum körperlichen Zusammenbruch turnen, um danach mit ihren Gebetsriemen die Böden zu säubern.

Zusätzlich erfolgten groß angelegte Plünderungen von jüdischen Haushalten und Geschäften.<sup>147</sup> Der Wert der geraubten Gegenstände belief sich auf Millionenhöhe.

Die Selbstmordrate unter der jüdischen Bevölkerung stieg in dieser Zeit rasant an. Aufgrund der erlebten öffentlichen Demütigungen, dem Verlust von Arbeit, Eigentum und persönlicher Sicherheit wählten viele Menschen den Freitod.<sup>148</sup>

Mit dem Erlass vom 15. März 1938 mussten alle Beamten auf Hitler vereidigt werden.

Juden war das Ablegen des Diensteides untersagt, und sie wurden aus diesem Grund des Amtes enthoben. Am gleichen Tag wurden alle Richter und Staatsanwälte, die Juden oder „Halbjuden“ waren, aus dem Staatsdienst entlassen. Jüdischen Rechtsanwälten und Notaren war es nicht mehr möglich, ihrer Tätigkeit nachzukommen. Schauspieler und Künstler wurden entlassen, jüdische Zeitungen wurden eingestellt und jüdische Theater geschlossen.

Zusätzlich verloren viele jüdische Arbeiter und Angestellte nach dem „Anschluss“ ihren Arbeitsplatz.

Am 24. April 1938 wurde Josef Bürckel als Reichskommissar für die „Ostmark“ ernannt.<sup>149</sup> Nachdem man im Vorfeld den „Numerus clausus“ eingeführt hatte, wurde Juden im April 1938 verboten, an Universitäten zu studieren und jüdische Lehrpersonen wurden ihres Amtes enthoben.<sup>150</sup> In Schulen hatten jüdische Schüler auf sogenannten „Judenbänken“ zu sitzen und mussten so isoliert am Unterricht teilnehmen. Ende April 1938 wurden jüdische Mittelschüler nur noch in den eigens für sie geschaffenen acht jüdischen Mittelschulen unterrichtet, im Mai 1938 waren auch alle jüdischen Pflichtschüler von der Absonderung betroffen. Die Pflichtschüler mussten in eigenen jüdischen Einrichtungen beschult werden.<sup>151</sup>

Zu den erwähnten Schikanen erfolgten illegale Hausdurchsuchungen: Nach dem „Anschluss“ kam es in den ersten Wochen zu Plünderungen durch uniformierte Parteiangehörige, aber

---

<sup>147</sup> Vgl. Raggam-Blesch, Das „Anschluss“ – Pogrom in den Narrativen der Opfer. In Welzig (Hg.): „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich. Wien 2010, S. 116.

<sup>148</sup> Vgl. Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme. Herrschaftssicherung. Radikalisierung. 1938/39. Wien 2008, S. 98.

<sup>149</sup> Vgl. Moser, 1988, S. 119.

<sup>150</sup> Vgl. Moser, 1988, S. 123.

<sup>151</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 93, vgl. Klüger, S. 15.

auch Zivilisten. Viele Beschlagnahmen erfolgten „spontan“, während es mit Hilfe sogenannter „Proskriptionslisten“<sup>152</sup> zu gezieltem Raub von Schmuck, Pelzen, Kunstgegenständen und auch Möbelstücken kam.<sup>153</sup> Der Druck auf die jüdische Bevölkerung wuchs durch die Diskriminierung und Ausgrenzung per Gesetz.<sup>154</sup> Am 26. April 1938 trat die „Verordnung über Anmeldung des Vermögens von Juden“ in Kraft.<sup>155</sup> Durch diese Bestimmung kam es zur konsequenten „Arisierung“<sup>156</sup> von Betrieben und Geschäften, die jüdischen Besitzer wurden gezwungen, diese weit unter dem tatsächlichen Wert an „Arier“ abzugeben.<sup>157</sup>

Am 20. Mai 1938 traten die „Nürnberger Rassengesetze“ in Kraft. Mit der Einführung dieser „Rassengesetze“ war die jüdische Bevölkerung mit sofortiger Wirkung von der „Reichsbürgerschaft“<sup>158</sup> ausgeschlossen.

„Als Jude oder Jüdin galten, der oder die nach den ‚Nürnberger Rassengesetzen‘ als solcher oder solche definiert war. Dies war unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, oder den halachischen<sup>159</sup> oder rabbinischen Geboten. Die ‚Nürnberger Rassengesetze‘ sowie die Durchführung des ‚Blutschutzgesetzes‘ definierten jenen Personenkreis, auf welchen die diskriminierenden Bestimmungen angewendet werden sollte.“<sup>160</sup>

„Als Jude wurde angesehen, wer vier oder drei – dem Religionsbekenntnis zufolge – jüdische Großeltern hatte. Ebenfalls als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte, und der jüdischen Religion mit Stichtag 15. September 1935 angehörte oder ab diesem Zeitpunkt der jüdischen Religion beitrat. Als Jude galt ebenfalls, der mit einer jüdischen Person am Stichtag oder danach verheiratet war, Nachkomme einer nach dem Stichtag geschlossenen Ehe, oder Nachkomme einer außerehelichen Beziehung mit einem „Dreivierteljuden“ oder einem „Volljuden“ war und nach dem 31. Juli 1936 geboren war. „Halbjude“ oder auch „Mischling ersten Grades“ war, wer von zwei jüdischen Großeltern abstammte, sich jedoch weder am

---

<sup>152</sup> Die Nazis führten diese Listen. Sie enthielten Informationen über Adressen und Eigentümer von Wohnungen und Häuser, die dann nach Wertgegenständen durchsucht und in weiterer Folge entwendet wurden. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 27.

<sup>153</sup> Vgl. Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Wien/München 1978, S. 27.

<sup>154</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S.61.

<sup>155</sup> Rosenkranz, 1978, S. 61 f. Vgl. Verzeichnis über das Vermögen von Juden, Franz Löw vom 15.7.1938.

<sup>156</sup> „‚Arisierung‘ bedeutete, dass das Eigentum der jüdischen Bevölkerung systematisch durch die Machthaber konfisziert wurde. Die Bevölkerung sollte aus dem gesamten wirtschaftlichen und sozialen Leben verdrängt werden. Arisierung von Wohnungen, Unternehmen, Geschäften, Arbeitsplätzen, Kunstgegenständen, Möbeln, Schmuck und Devisen.“ Botz, 2008, S. 311.

<sup>157</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 65.

<sup>158</sup> <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/reichsbuerger35.htm> abgerufen am 3. Juni 2012

<sup>159</sup> „Halacha“ ist der Religionsgesetze umfassende Teil des Talmuds. „Halacha“ kommt aus dem Hebräischen und bedeutet „Gesetz“. Vgl. Michael Brenner, Kleine jüdische Geschichte, München 2008.

<sup>160</sup> Rabinovici, 2000, S. 62.

Stichtag der jüdischen Religion zurechnete, noch mit einer jüdischen Person verheiratet war. Mit nur einem jüdischen Großelternanteil wurde man als „Mischling zweiten Grades“ oder als „Vierteljude“ eingestuft.“<sup>161</sup>

In der „Ostmark“ waren ca. 206.000 „Glaubensjuden“, konvertierte Juden wie auch konfessionslose Juden durch die Bestimmungen der „Nürnberger Rasengesetzen“ betroffen; 176.034 waren Mitglieder der IKG in Wien.<sup>162</sup> Das Ziel der NS-Machthaber war zunächst die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Durch die sukzessive Entrechtung und Demütigung sollten die Menschen zur Auswanderung getrieben werden.

Neben den „Arisierungen“ von Betrieben und Geschäften wurden auch Wohnungen „arisiert“ und die jüdischen Besitzer somit aus ihren Domizilen vertrieben. Die Geschäfte und Unternehmen der jüdischen Inhaber wurden entweder liquidiert, das bedeutete der Betrieb hörte zu existieren auf, oder das Unternehmen wurde „arisiert“. Das hieß, dass das Unternehmen von einem deutschen Unternehmen aufgekauft wurde. Die „Arisierung“ verlief in zwei Phasen: Bei der sogenannten „freiwilligen Arisierung“ kam es zu einer quasi „freiwilligen“ Vereinbarung zwischen den Vertragspartnern, bei der „Zwangсарisierung“ wurden die Besitzer zum Verkauf der Unternehmen gezwungen.<sup>163</sup> Durch die Entlassungen verloren die Menschen ihre Lebensgrundlage und dadurch drohte die endgültige Verarmung der jüdischen Familien.

Zu den wirtschaftlichen Repressalien kam die soziale Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Ab Sommer 1938 war Juden das Betreten öffentlicher Parkanlagen sowie der Besuch öffentlicher Badeanstalten untersagt.<sup>164</sup>

Im Juli 1938 wurden Kennkarten für die gesamte jüdische Bevölkerung über 15 Jahren eingeführt. Auf den Karten prangte unübersehbar das „J“. Zusätzlich trat eine Bestimmung in Kraft, nach der jeder männliche Jude „Israel“ und jede jüdische Frau „Sarah“ als Zusatzname tragen musste.<sup>165</sup>

Mit 30. September 1938 wurde allen jüdischen Ärzten die Approbation entzogen, fortan mussten sie sich ausschließlich „jüdische Krankenbehandler“ nennen und durften nur noch

---

<sup>161</sup> Rabinovici, 2000, S. 62.

<sup>162</sup>Fraller/Langnas, 2010, S. 46. Vgl. Moser, 1999, S. 7.

<sup>163</sup>Vgl. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 1, Frankfurt am Main 1999, S. 98.

<sup>164</sup>Vgl. Klamper, 1990, S. 29., in: Der Pogrom 1938. Vgl. Weinzierl, 1985, S. 36. Vgl. Klüger,

<sup>165</sup>Vgl. Klamper, 1990, S. 29.

jüdische Patienten behandeln. Jüdische Krankenpfleger durften ihren Beruf ausschließlich in jüdischen Krankenhäusern ausüben.<sup>166</sup>

### 3.1 Die Situation der IKG nach dem „Anschluss“

Die IKG wurde am 16. März 1938 von der Gestapo<sup>167</sup> durchsucht, wo erstmals Adolf Eichmann<sup>168</sup> in Erscheinung trat. Ab 1939 war die Gestapo als Amt IV dem RSHA<sup>169</sup> unterstellt. Die Aufgabe der Gestapo war, neben Ermittlung politischer Straftaten, die Verfolgung aller Personen und Einrichtungen, die das NS-Regime als seine Gegner betrachtete (wie Juden, Marxisten). Sitz der Gestapo in Wien war das Hotel Metropol, Morzinplatz, Wien 1.<sup>170</sup>

In Folge der Durchsuchung der IKG erfolgten Kontrollen der Buchführung und diverse Requirierungen von Gegenständen, wie Rechenapparaten und Schreibmaschinen.<sup>171</sup>

Zwei Tage später wurde das Amtsgebäude der IKG besetzt. Präsident Desider Friedmann, die Vizepräsidenten Oberbaurat Ing. Robert Stricker und Josef Ticho, Amtsdirektor Josef Löwenherz und zahlreiche Kultusvorsteher<sup>172</sup> wurden verhaftet und teilweise in das KZ Dachau verschleppt.<sup>173</sup> Am 18. März 1938 wurden die Tätigkeit der IKG sowie die Arbeit sämtlicher jüdischer Vereine durch die NS-Machthaber eingestellt.<sup>174</sup>

Eichmann hatte das Referat für jüdische Angelegenheiten beim Sicherheitsdienst (SD) der SS<sup>175</sup> in Wien über. Er hatte den Auftrag, die Organisation der Vertreibung der Juden in Wien systematisch anzutreiben. Aus diesem Grund wurde im Palais Rothschild Wien 4; (Prinz-

---

<sup>166</sup> Vgl. Jonny Moser. Die Entrechtung der Juden. In: Pehle (Hg.). Der Judenpogrom 1938. Von der Reichskristallnacht zum Völkermord. Frankfurt/Main 1988, S. 120.

<sup>167</sup> Abkürzung für Geheime Staatspolizei.

<sup>168</sup> Wird im Teil Kurzbiographie näher beschrieben

<sup>169</sup> Reichssicherheitshauptamt, Abkürzung RSHA, 1939–1945 amtsinterne Bezeichnung für die organisatorische Zusammenfassung von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst (SD) der SS. Bertelsmann: Enzyklopädie, 2007. CD.

<sup>170</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 36.

<sup>171</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 69.

<sup>172</sup> Kultusvorstand ist das oberste Organ der IKG. Der Kultusvorstand besteht aus 24 Kultusvorstehern. [http://www.ikg-wien.at/wp-content/uploads/2012/05/ikg\\_statut\\_2012.pdf](http://www.ikg-wien.at/wp-content/uploads/2012/05/ikg_statut_2012.pdf), abgerufen am 23. Juli 2012.

<sup>173</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 34. Dr. Friedmann, Ing. Stricker und Dr. Ehrlicher wurden mit den ersten Österreichtransporten am 1.4.1938 in das Konzentrationslager Dachau verschickt.

<sup>174</sup> Vgl. Willy Stern, Israelitische Kultusgemeinde – Ältestenrat der Juden in Wien 1939–1945. In: Der Pogrom 1938, Kurt Schmid/Robert Streibel, Wien 1990, S. 93.

<sup>175</sup> Abkürzung für Schutzstaffel der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei).

Eugen-Straße) die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“<sup>176</sup> eingerichtet. Diese hatte enge Verbindung zu der IKG, dem Palästina-Amt, der „Gildemeester-Aktion“, der Schwedischen Mission und weiteren Hilfsorganisationen zusammen.<sup>177</sup> Um eine Ausreisegenehmigung zu erwirken, mussten sich Juden und Jüdinnen an diese Stelle wenden. Hier wurden Fragen der Staatsbürgerschaft, der Devisen und Vermögensbesteuerung abgehandelt.<sup>178</sup>

Nach einer sechswöchigen Sperre der IKG wurde diese wieder durch die NS-Machthaber eröffnet. Die gesamte Kontrolle lag nun in den Händen Eichmanns und seinem Mitarbeiterstab, sprich des SD der SS. Nicht nur die IKG konnte ihre Tätigkeit fortsetzen, auch verschiedene zionistische Vereine wie das „Palästina Amt“ durften ihre Arbeit wieder aufnehmen. Deren Auftrag war es, die Auswanderung der österreichischen Juden zu organisieren. Dr. Josef Löwenherz wurde als Amtsdirektor und Erster Sekretär der IKG eingesetzt, ihm stand ein achtköpfiger Beirat zur Seite.<sup>179</sup> „Die komplette Verantwortung der Organisation der IKG sowie die Durchführung von Anordnungen und Befehlen wurde ausschließlich Dr. Löwenherz übertragen. Aus Sicht der Machthaber war er bei Nichterfolg der ihm gestellten Aufgaben haftbar, der Beirat wurde ihm nur pro forma zur Verfügung gestellt“.<sup>180</sup>

Während der Sperre wurden von Mitarbeitern der IKG Unterstützungsmaßnahmen für die hilfsbedürftige jüdische Bevölkerung organisiert. Emil Engel, in seiner Funktion als Amtsleiter der Fürsorge, sowie Rosa Rachel Schwarz, war es gelungen, Gelder des Schuschnigg-Wahlfonds<sup>181</sup> in Sicherheit zu bringen. Mit Hilfe dieser Gelder wurde in einem kleinen Lokal in Wien 1, am Salzgries, im Cafe Franz Josefs Kai im 1. Bezirk und im Rothschildspital (Wien 18) die Umverteilung dieser Gelder organisiert. Rosa Rachel Schwarz<sup>182</sup> und Emil Engel versuchten, die Versorgung der jüdischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Teilweise war jedoch Fürsorge nicht möglich, da z. B. Kinderheime im Zuge der Machtübernahme besetzt und evakuiert worden waren. Die ärztliche Versorgung war noch möglich, da das Rothschildspital<sup>183</sup> und das Versorgungshaus für alte Menschen

---

<sup>176</sup>Vgl. Botz, Wien vom Anschluß zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39. Wien/München 1978, S. 253.

<sup>177</sup> Wird im Kapitel 2.2.2 und 2.2.3. näher beschrieben.

<sup>178</sup> Die Auswanderung – mit Fokus auf die Kinderauswanderung wird im Unterkapitel 3.7 behandelt..Vgl. Jonny Moser. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. In: Schmid/Streibel (Hg.), Der Pogrom 1938, Wien 1990, S. 96 f.

<sup>179</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 174.

<sup>180</sup> Rabinovici, 2000, S. 85.

<sup>181</sup> siehe S. 34.

<sup>182</sup> Rosa Rachel Schwarz, Mitarbeiterin der IKG im Bereich der Fürsorge.

<sup>183</sup> Wird im Kapitel 3.8 näher erklärt.

ihre Arbeit fortsetzen konnten. Mit Hilfe aus den USA, der jüdischen Community,<sup>184</sup> die die Kultusgemeinde mit Geldanweisungen unterstützte, konnten in der Leopoldstadt acht Armenküchen eingerichtet werden.<sup>185</sup>

Wie oben erwähnt, war nun Dr. Josef Löwenherz mit der Leitung der IKG betraut worden. Die wichtigste Aufgabe der IKG war es, so viele Menschen als möglich bei der Auswanderung zu unterstützen. Rund 50.000 österreichische Juden konnten in der Zeit zwischen dem „Anschluss“ im März 1938 und dem „Novemberpogrom“ (im Volksmund auch „Reichskristallnacht“) ins Ausland flüchten.<sup>186</sup> Den durch den vorangegangenen Terror paralysierten jüdischen Menschen stand mit dem „Novemberpogrom“ die nächste Terrorwelle bevor: „Dies war die nächste Steigerung von Schikanen, Gewaltakten, gesellschaftlicher Diskriminierung und wirtschaftlicher Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung.“<sup>187</sup> Die Verzweiflung der jüdischen Bevölkerung steigerte sich nach dem „Novemberpogrom“, die Chancen der Auswanderung wurden immer geringer. Die IKG und ihre Mitarbeiter versuchten in dieser Zeit das Menschenmögliche, um die Not zu lindern.

### 3.2 Das „Novemberpogrom“ und dessen Folgen

Am 6. Oktober 1938 wurde durch das polnische Innenministerium verordnet, dass alle im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen den polnischen Konsulaten ihre Pässe zur Kontrolle vorlegen mussten. Nach der Prüfung wurden die vorgelegten Pässe mit einem Kontrollvermerk gekennzeichnet. Alle Personen, die sich in den letzten fünf Jahren nicht in Polen aufgehalten hatten, wurden nach einer Übergangsfrist als staatenlos erklärt. Die deutsche Regierung teilte Polen in einem Ultimatum vom 26. Oktober 1938 mit, dass Polen den nunmehr Staatenlosen eine Rückkehr garantieren sollte, andernfalls würden die Personen sofort ausgewiesen. Zwischen dem 27. und 28. Oktober 1938 wurden ca. 15.000 polnische Juden von Deutschland nach Polen abgeschoben.

Darunter befand sich die Familie des 17-jährigen Herschel Grynszpan. Dieser lebte zu diesem Zeitpunkt bei seinem Onkel in Paris, wo er auch studierte. Durch seine Schwester Berta, die ihn mit einer Postkarte über das Leid der Abgeschobenen informiert hatte, alarmiert, schoss er

---

<sup>184</sup> Das „American Jewish Joint Distribution Comitee“ (kurz Joint) und das „Council for German Jews“, vgl. Rabinovici, 2000, S. 72.

<sup>185</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 72–73.

<sup>186</sup> Vgl. Moser, 1990, S. 99.

<sup>187</sup> Botz, 2008, S. 332.

am 7. November 1938 auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath. Rath erlag am 9. November 1938 in Paris seinen Schussverletzungen.<sup>188</sup> Aufgrund des Attentats veranlasste Reichspropagandaminister Joseph Goebbels eine Vergeltungs- und Bestrafungsmaßnahme gegen die jüdische Bevölkerung.<sup>189</sup>

Zwischen 9. und 10. November 1938 herrschte ein reichsweiter Terror. Im Auftrag Hitlers wurde durch den Reichspropagandaminister Goebbels und durch die SS-Führer Himmler<sup>190</sup> und Heydrich<sup>191</sup> Terror angeordnet, der in Wien mit besonderer Intensität wütete.<sup>192</sup>

Das Attentat war eine weitere Gelegenheit, die jüdische Bevölkerung in die Isolation zu treiben, um diese aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben auszuschalten.<sup>193</sup>

Darauf wurden in Wien 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt. Mit dem „Anschluss“ war es, wie oben erwähnt, zu Verhaftungen und Verschleppungen gekommen. So auch während des „Novemberpogroms“. Menschen wurden erschlagen, 6.547 jüdische Bürger wurden festgenommen und teilweise in die KZ Dachau<sup>194</sup> und Buchenwald (3.700 Menschen)<sup>195</sup> verschleppt. Wohnungen wurden geplündert, tausende Geschäfte verwüstet und die Waren teilweise „beschlagnahmt“. Ab 10. November 1938 wurde die Übersiedelung von Juden, die bisher in Kleinwohnungen gelebt hatten, in Großwohnungen organisiert. Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus ihren Wohnungen war Strategie, denn die NS-Machthaber hatten der österreichischen Bevölkerung das Versprechen gegeben, die herrschende Wohnungsnot zu lindern. Speziell in Wien war die Wohnungsnot groß.<sup>196</sup> Die jüdische Bevölkerung wurde aus diesem Grund angehalten, ihre Wohnungen zu verlassen, um in die für sie zugeteilten Wohnungen zu ziehen.<sup>197</sup> Die Menschen wurden somit in

---

<sup>188</sup> Vgl. Klamper, 1990, S. 30.

<sup>189</sup> Vgl. Weinzierl, 1985, S. 59.

<sup>190</sup> Heinrich Himmler war Chef der Deutschen Polizei und Reichsführer SS, zwischen 1943 und 1945 war er Reichsinnenminister. Vgl. <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/drittes-reich/biografien/85-heinrich-himmler-1900-1945.html>, abgerufen am 12.7.2012. Vgl. Enzyklopädie des Nationalsozialismus, CD.

<sup>191</sup> Reinhard Heydrich war SS-Obergruppenführer und General der Polizei und Leiter des RSHA (Reichshauptamt), vgl. <http://bsbndb.bsb.lrz-muenchen.de/sfz32095.html>, abgerufen am 3.7.2012.

<sup>192</sup> Weinzierl, Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, 1985, S. 55.

<sup>193</sup> Vgl. Klamper, 1990, S. 30.

<sup>194</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 126. Vgl. auch Cahnmann, Im Konzentrationslager Dachau. In: Marcus/Tarr (Hg.), Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie. München 2005, vgl. Weinzierl, 1985, S. 62.

<sup>195</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 126. Dachau liegt im heutigen Bayern in der Nähe der Stadt München.

<sup>196</sup> Vgl. Botz, Wohnungspolitik und Judendeportationen in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalistischer Sozialpolitik, Wien 1975, S. 28–30.

<sup>197</sup> Vgl. Moser, 1988, S. 125.

„Gemeinschaftswohnungen“ untergebracht<sup>198</sup>. Mit Görings Verordnung der Aufhebung des Mieterschutzes<sup>199</sup> für Juden wurde die Entrechtung legalisiert.<sup>200</sup>

Dr. Josef Löwenherz schilderte in einem Aktenvermerk nach einer Unterredung mit Eichmann den Zustand und die verzweifelte Situation der panischen jüdischen Bevölkerung. Infolge der Zusammenkunft mit Eichmann berichtete er ihm über die schwierige Lage der IKG, die mit der Aufgabe der raschen Auswanderung der jüdischen Bevölkerung betraut worden war. Hauptsächlich Männer und zum Teil Familienväter wurden während des „Novemberpogroms“ oft willkürlich und wahllos inhaftiert. Teilweise waren die Verhafteten gerade mit der Zusammenstellung der erforderlichen Papiere für die Ausreise beschäftigt gewesen bzw. standen kurz vor der Einreise in ein anderes Land. Aufgrund der Inhaftierung stand auch nun die Ausreise in Frage. In der IKG häuften sich die Nachfragen über den Verbleib der vermissten und verhafteten Personen. Die IKG stand nun vor der zusätzlichen Aufgabe, die Versorgung von weiteren Familien, deren Väter und Männer inhaftiert waren, zu übernehmen.<sup>201</sup> Die jüdische Bevölkerung befand sich nach dem „Novemberpogrom“ in einem schockartigen Zustand, der eine Selbstmordwelle nach sich zog.<sup>202</sup> Eine Erklärung für die Suizide könnte die eingeschränkte Lebenssituation sein, im Zusammenhang mit Ausweglosigkeit, die den Einzelnen keinen anderen Handlungsspielraum mehr geboten hatte.

Im Reichsluftfahrtministerium, unter dem Vorsitz Hermann Görings, wurde am 12. November 1938 die komplette Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem wirtschaftlichen Leben angeordnet. Den Juden wurde die Selbstständigkeit im kaufmännischen wie im handwerklichen Bereich verboten.<sup>203</sup> Für die Verwüstungen und Schäden, die durch das „Novemberpogrom“ entstanden waren, musste die jüdische Bevölkerung haften. Ebenso waren Juden zur Zahlung einer Bußleistung in der Höhe von 1,12 Milliarden Reichsmark verpflichtet worden.<sup>204</sup> Führerscheine und Waffenbesitzkarten wurden eingezogen<sup>205</sup>, Fahrten mit Straßenbahnen und Bussen wurden eingeschränkt.<sup>206</sup>

---

<sup>198</sup> Die Auswahl der Umquartierung war Aufgabe der örtlichen Wohnungsämter, in größeren Städten hatten diese Ämter „Judenumsiedlungsabteilungen“. Vgl. Hilberg, 1999, Band 1, S. 179.

<sup>199</sup> <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=dra&datum=19390004&zoom=2&seite=00000864&ues=0&x=19&y=12> abgerufen am 3. Juli 2012, vgl. Moser, 1988, S. 125.

<sup>200</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 130.

<sup>201</sup> Vgl. Fraller/Langnas, S. 58. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1990.

<sup>202</sup> Vgl. Botz, 1978, S. 98–103.

<sup>203</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 97.

<sup>204</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 130.

<sup>205</sup> Vgl. Walk, 1996, S. 262.

<sup>206</sup> Vgl. Hilberg, 1999, Band 1, S. 181.

Juden durften nur noch mit einer polizeilichen Berechtigung öffentliche Verkehrsmittel benutzen. „Bis zum Ausbruch des Krieges im Jahr 1939 wurde die jüdische Bevölkerung durch über 250 antijüdische Gesetze entmachtet.“<sup>207</sup> Es kam zu immer mehr Einschränkungen und Weisungen durch die Machthaber. Die IKG stand vor der Situation, dass sie sich permanent neuen Anordnungen fügen musste.<sup>208</sup> Seitens der IKG wurde der jüdischen Bevölkerung dringend zur Auswanderung geraten, was viele Menschen auch taten. Die IKG hatte die Aufgabe, die Auswanderung so rasch als möglichst zu organisieren und gleichzeitig auch die Anordnungen durch die NS-Machthaber an die Bevölkerung weiter zu transportieren.

Die „Reichskristallnacht“ (9/10. November 1938) erlebte Franzi Löw im Kreise ihrer Schutzbefohlenen in einer Kindertagesstätte. Während der Abendstunden teilte sie Suppe aus, als zehn SS-Männer in das Heim eindrangen und brüllend das herumstehende Mobiliar zertrümmerten.<sup>209</sup> Im Zuge des Chaos wurde ihr selbst heiße Suppe über die Beine gegossen. Den Mitarbeitern und Franzi Löw gelang es, die vollkommen verängstigten und weinenden Kinder zu beruhigen, anschließend wurden alle Kinder von ihr an ihre Wohnorte begleitet. Nachdem diese Aufgabe erfüllt worden war, meldete sie sich noch in derselben Nacht in der Kultusgemeinde zum Dienst:<sup>210</sup> *„... und habe mich dann in der Kultusgemeinde gemeldet, Und von dieser Zeit an bin ich auch in der Zentrale geblieben ...“*<sup>211</sup>

Privat lebte Franzi Löws bis zum Pogrom im November 1938 alleine mit ihrer Mutter im 18. Bezirk. Auf Weisung der SA<sup>212</sup> im November 1938 sollten sie innerhalb von drei Tagen die Wohnung räumen. Daraufhin schrieb Löw ein „Gesuch“ an Hitler:

*„Wir hätten binnen drei Tagen delogiert werden sollen, und da habe ich den Wahnsinn, den effektiven Wahnsinn begangen, dass ich an Hitler ein Gesuch gemacht habe, in dem ich geschrieben habe, dass ich als Fürsorgerin in Wien beschäftigt bin und nicht einsehe, dass ich kein Wohnrecht habe, genauso wie jeder andere arbeitende Mensch. Dieses Gesuch ist hierher an die Bezirksstelle gekommen, ich bin vorgeladen worden und habe einen furchtbaren Ruffler bekommen, wieso ich mich traue, an den Hitler zu schreiben. Aber nichts*

---

<sup>207</sup> Weinzierl, Zu wenige Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung. Graz/Wien/Köln 1985, S. 35.

<sup>208</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988

<sup>209</sup> A/W 2130,2

<sup>210</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>211</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 59.

<sup>212</sup> Ebd.

*desto weniger hat das Gesuch es ermöglicht, dass ich drei Monate Aufschub bekommen habe.*<sup>213</sup>

Sie erhielt den Aufschub, was bedeutete, dass ihr Zeit zur Organisation der Übersiedlung zur Verfügung stand. Mit der Mutter übersiedelte sie in die Darwingasse, Wien 2.<sup>214</sup> In der leerstehenden 3-Zimmer-Wohnung des Onkels<sup>215</sup> lebten Hedi und Franzi Löw nicht lange alleine, bald wurden ihnen noch zwei Familien durch das zuständige Wohnungsamt zugewiesen. So lebten drei Familien in jeweils einem Zimmer und teilten sich eine Küche sowie das WC. Dass diese Situation zu Unstimmigkeiten und Ärger führte, ist nachvollziehbar. Hedi Löw, die zu diesem Zeitpunkt noch die Witwenpension erhielt und aus diesem Grund noch nicht arbeitete,<sup>216</sup> organisierte nun den „Küchendienst“. Nach der Darwingasse übersiedelten Mutter und Tochter in die Fasangasse und lebten auch dort wieder in einer „Gemeinschaftswohnung“. Nach kurzer Zeit kam es zu einer weiteren Übersiedlung in die Postgasse, Wien 1. Wie viele jüdische Familien mussten die Löws sehr oft den Wohnort wechseln. Warum es in ihrem Fall zu derart vielen Übersiedlungen gekommen war, konnte nur beim letzten Wohnungswechsel (ausgebombt) konkret erklärt werden.

### 3.3 Tätigkeitsbereiche und Arbeitsalltag der Fürsorgerin Franzi Löw

*„... ich war privilegiert,  
dass ich bei der Kultusgemeinde gearbeitet habe ...“  
Franzi Danneberg-Löw<sup>217</sup>*

Nachdem sich Franzi Löw in der Nacht vom 11. November 1938 in die Zentrale der Kultusgemeinde gemeldet hatte, arbeitete sie in verschiedenen Bereichen der Jugend- und Erwachsenenfürsorge.<sup>218</sup> Der ihr übertragene Arbeitssprengel umfasste die Wiener Bezirke 1 bis 21, zusätzlich wurde ihr die Aufsicht der jüdischen Kinderheime übertragen. Weiters war

---

<sup>213</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 3 f.

<sup>214</sup> In den nächsten Jahren wird Danneberg-Löw noch dreimal übersiedeln.

<sup>215</sup> Der Onkel von Franzi Löw, ob von väterlicher oder mütterlicher Seite, konnte im Zuge der Recherchen nicht geklärt werden, floh nach Italien.

<sup>216</sup> Als Angehörige einer Angestellten der IKG galt Hedi Löw als geschützt. Hedi Löw war ab dem Jahr 1939 als Näherin im Heim Mohapelgasse (jetzt Tempelgasse) beschäftigt. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>217</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 102.

<sup>218</sup> Vgl. A/W 535, 1.

sie namentlich als Vormund für 200 außereheliche jüdische Kinder nominiert<sup>219</sup>. Für 20 jüdische entmündigte (aufgrund von geistiger Behinderung) Klienten wurde sie als Kuratorin bestellt. Ein weiterer Aufgabenbereich war ihre Mitarbeit bei der Organisation der Kinderauswanderungen<sup>220</sup>. Nach der „Kristallnacht“<sup>221</sup> war sie zusätzlich mit der Aufgabe der Betreuung von verschleppten Menschen in den Gefängnissen und in den KZs betraut.<sup>222</sup>

All diese Tätigkeiten mussten dokumentiert werden, und so zählte die Administration zu einem wichtigen Bereich ihrer Arbeit. Franzi Löw arbeitete mit sogenannten „Handkarteien“<sup>223</sup>, die alle während der Kriegsjahre in Verlust gerieten. In diese Handkarteien trug Löw die wichtigsten Daten der Klienten ein, alles was ihr wichtig und relevant erschien, wurde hier vermerkt. Zweck der Handkartei war es unter anderem, diese später den Betroffenen oder deren Familienmitgliedern zu übergeben.

Der berufliche Alltag von Franzi Löw sah wie folgt aus: Am Vormittag herrschte Parteienverkehr: Dieser diente der „Laufkundschaft“, die Menschen hatten die Möglichkeit, ihre Anliegen persönlich vorzubringen und direkt in der IKG um Hilfe zu bitten. Franzi Löws Aufgabe war die Überprüfung der momentanen Lebenssituation der hilfeschuchenden Menschen. Im Bereich ihrer Möglichkeit (Ressourcen der IKG) erfolgte die Hilfestellung – abhängig von der individuellen Lebenssituation – oft in Form von Geldaushilfen, Organisation von Kinderbetreuung etc.<sup>224</sup> Am Nachmittag absolvierte sie Hausbesuche. Diese dienten dazu, Familien vor Ort aufzusuchen und so die Lebensumstände der Menschen zu kontrollieren bzw. die Lebenswelt der Befürsorgten kennenzulernen oder wenn es den Klienten nicht möglich war, persönlich in der IKG vorzusprechen. In den frühen Abendstunden besuchte sie die jüdischen Kinderheime und unterstützte das Personal bei der Betreuung der Kinder (beim Abendessen, Waschen etc.). Zusätzlich war sie mit der Betreuung der verhafteten und verschleppten Personen in Wiener Gefängnissen (Rossauerlände im 9. Bezirk) und Konzentrationslagern (Dachau) beauftragt, aber auch mit

---

<sup>219</sup> Bis zum Jahr 1989 wurden uneheliche Kinder unter die Vormundschaft, sprich der gesetzlichen Vertretung, des öffentlichen Jugendwohlfahrtsträgers gestellt. Vgl. Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1989, Bundesgesetzblatt 161, ausgegeben am 11. April 1989.

<sup>220</sup> Kindertransporte gingen in verschiedene Länder wie z. B. Belgien, Holland, England, Frankreich und Schweden. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>221</sup> An dieser Stelle wird der Ausdruck von Franzi Danneberg-Löw aus dem Interview übernommen: „das war nach der Kristallnacht“, Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 18.

<sup>222</sup> Vgl. A/W 2100.

<sup>223</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>224</sup> Aufgrund der Verhaftungen der berufstätigen Männer, waren nun die Frauen gezwungen zu arbeiten. Oft hatten sie keine Möglichkeit, die Kinder durch Verwandte oder Freunde zu versorgen. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

der Angehörigenbetreuung der Inhaftierten.<sup>225</sup> Ein durchschnittlicher Arbeitstag begann gegen 6.00 Uhr früh – in manchen Fällen auch um 5.00 Uhr – und endete gegen 23.30 Uhr. Franzi Löw arbeitete täglich, das heißt ohne Wochenenden.

*„... Sie müssen wissen, ich bin um 5.00 Uhr in der Früh aufgestanden und bin um 12.00 Uhr Nacht nach Hause gekommen. Also da hat man keine Freizeit, da hat man keine Möglichkeit ...“<sup>226</sup>*

---

<sup>225</sup> Vgl. A/W 2104.

<sup>226</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 73.

### 3.4 Soziales Umfeld im beruflichen und privaten Alltag von Franzi Löw

„ ... meiner Mutter verdanke ich,  
dass ich überhaupt so arbeiten konnte ... “<sup>227</sup>

Franzi Danneberg-Löw

Die Leitung der Israelitischen Kultusgemeinde sowie des Ältestenrats<sup>228</sup> oblag Dr. Josef Löwenherz<sup>229</sup>. Mit Dr. Löwenherz hatte Franzi Löw immer wieder Berührungspunkte, aus ihrer Sicht stand er als Vorgesetzter hinter ihrer fürsorgerischen Arbeit und ließ ihr einen sehr freien Handlungsspielraum. Die Tätigkeiten wurden von ihm jedoch auch kritisch hinterfragt.<sup>230</sup> Im Kapitel 3.8 wird ein Beispiel für die kritische Auseinandersetzung Dr. Löwenherzs angeführt.<sup>231</sup> Löw beschrieb die Person Löwenherz als ihr gegenüber immer äußerst korrekt, betonte aber stets ihre untergeordnete und weisungsgebundene Position in der Kultusgemeinde. Bis zum Ende ihrer Beschäftigung im Jahr 1945 arbeitete sie unter anderem mit Wilhelm Bienenfeld<sup>232</sup> zusammen. Bienenfeld honorierte in einem Schreiben vom Jahr 1945 ihre ausgezeichnete Arbeit und erwähnte ganz besonders ihren außerordentlichen Arbeitseinsatz für die nach Wien verschleppten ungarischen Juden.<sup>233</sup> Dr. Benjamin Marmorstein war als Administrator in der IKG beschäftigt. Mit Benjamin Marmorstein, den Franzi Löw als einen hochintelligenten und gelehrten Menschen beschrieb, hatte sie „*Gott sei Dank, keine Berührungspunkte*“. Marmorstein habe viel geschrien, und er galt sowohl als Person als auch in seiner Funktion in der Kultusgemeinde als unangenehm und cholerisch.<sup>234</sup> Zu Beginn ihrer Tätigkeit als Fürsorgerin war die wichtigste Bezugsperson, die auch für ihre Einschulung zuständig gewesen sein dürfte, Rosa Rachel Schwarz. Schwarz war, wie erwähnt, mit der Leitung der gesamten Fürsorge betraut. Sie emigrierte noch während des Krieges nach Palästina. Lily Reichenfeld, die mit der Leitung der Jugendfürsorge beauftragt

---

<sup>227</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 52.

<sup>228</sup> wird im Kapitel 3.13 näher erläutert

<sup>229</sup> Siehe Biographie im Anhang

<sup>230</sup> Siehe Kapitel 3.8. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 349.

<sup>231</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991

<sup>232</sup> Wilhelm Bienenfeld war Leiter der technischen Abteilung der IKG. Bienenfeld wurde auf Vorschlag Dr. Löwenherz als Beirat des Ältestenrates nominiert. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 312.

<sup>233</sup> Vgl. Personalakt Franzi Danneberg-Löw, Schreiben Dr. Bienenfeld 1.7.1945. Auf die jüdisch-ungarischen Zwangsarbeiter wird im Kapitel 3.13 näher eingegangen.

<sup>234</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

war, teilte Franzi Löw am Beginn ihrer Tätigkeit die Arbeit zu. Das Verhältnis zwischen Reichenfeld und Franzi Löw war durch große gegenseitige Wertschätzung gekennzeichnet, was ein Schreiben vom 25. September 1942 zeigt:

*„Vor unserer Trennung ist es mir ein Herzensbedürfnis Ihnen zu sagen, welche wertvolle Mitarbeiterin Sie mir in diesen letzten, schweren Jahren gewesen sind. Ich verliere in Ihnen den wertvollsten Menschen meiner Umgebung, die beste opferfreudigste Arbeitskraft. Die Art, wie Sie in unserem Beruf als Fürsorgerin aufgehen, wird mir immer unvergesslich bleiben. Ihre soziale Einstellung, Ihr Verständnis für die Not und Schwächen der Menschen und unserer Befürsorgten, Ihre Einfühlungsfähigkeit, Ihre Liebe zu den Kindern waren so vorbildlich, dass ich keine Worte dafür finde. Ich hoffe und wünsche von ganzem Herzen, dass Sie in einer schöneren Zeit noch Gelegenheit finden werden, sich in einem Ihrer besonderen Fähigkeiten entsprechendem Wirkungskreis zu bestätigen. Liebes Fräulein Löw, Sie werden mir immer unvergesslich bleiben. Alles, alles Gute für Ihre Zukunft.“<sup>235</sup>*

Nach der Deportation von Reichenfeld<sup>236</sup> im Jahr 1942 übernahmen Franzi Löw und Lily Neufeld den gesamten Bereich der Fürsorge der Israelitischen Kultusgemeinde.<sup>237</sup>

Während ihrer Tätigkeit für die IKG gab es kaum private Momente. Wenn Franzi Löw nicht arbeitete, so waren ihre Außenkontakte auf ein Minimum beschränkt. Große Unterstützung und moralischen Halt bot die Mutter Hedwig Löw. Diese umsorgte ihre Tochter in dieser Zeit und nahm ihr sämtliche Alltagsaktivitäten (Versorgung mit sauberer Kleidung und Wäsche, Zubereitung der Mahlzeiten) ab, sodass Löw sich ausschließlich auf ihre Arbeit konzentrieren konnte.

*„... dass ich ein reines, sauberes Bett hatte, dass [sic]war meine Mutter. Und dass ich zu essen hatte, dass [sic] war meine Mutter ...“<sup>238</sup> „... am Abend hat sie dann für uns beide gekocht (die Mutter) und hat mir die Wirtschaft geführt ...“<sup>239</sup>*

Religion spielte eine große Rolle:<sup>240</sup> Wann immer es ihr möglich war, besuchte Löw den Tempel in der Seitenstettengasse, wo sie einen eigenen Sitzplatz hatte.<sup>241</sup> Soziale

---

<sup>235</sup> Personalakt Franzi Danneberg-Löw, Schreiben Lily Reichenfeld vom 25.9.1942.

<sup>236</sup> Nach der Flucht Rosa-Rachel Schwarz war Lily Reichenfeld mit der Gesamtleitung der Fürsorge betraut worden. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>237</sup> Vgl. Jüdische Schicksale 1992, S. 185–186.

<sup>238</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 52.

<sup>239</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 90.

<sup>240</sup> Zu Jom Kippur fasteten Hilde und Franzi Danneberg-Löw. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

Außenkontakte, wie z. B. Treffen mit alten Schulfreunden, hatte sie so gut wie gar nicht mehr. Trotzdem berichtete sie von alten Freunden, die Mutter und Tochter immer wieder mit Dingen für den persönlichen Gebrauch versorgten. Löw lebte in dieser Zeit bis auf wenige Momente (Religionsausübung) ausschließlich für die Arbeit. Wie mit Scheuklappen versehen, arbeitete sie pflichtbewusst von einem Tag zum anderen. Die Tätigkeit bot ihr, und damit auch ihrer Mutter, Schutz und Lebensberechtigung.

*„... ich habe Schulkolleginnen gehabt, mit denen ich aber keinen Kontakt gehabt habe. Ich habe viel zu tun gehabt, ich habe viel gearbeitet, ich habe mit meiner Mutter gelebt und habe die wenigen freien Stunden mit meiner Mutter verlebt. ... ich habe ununterbrochen gearbeitet und das hat man anerkannt und deswegen hat man mich auch hier [ge]lassen. Wenn ich nicht so fleißig gewesen wäre, hätte man mich nicht hier [ge]lassen ...“<sup>242</sup>*

### 3.5 Die Situation der jüdischen Bevölkerung und der IKG in Wien vom Ausbruch des Krieges bis 1945

Wie oben erwähnt, wurde die jüdische Bevölkerung immer mehr entrechtet und die organisierte Ausgrenzung und Vertreibung steigerte sich durch immer weitere Einschränkungen per Gesetz. Noch war das Ziel, die Juden aus dem Deutschen Reich zu vertreiben, und dieses Ziel wurde von den NS-Machthabern systematisch weiterverfolgt.

Mit Ausbruch des Krieges am 1. September 1939<sup>243</sup> wurden Juden und Jüdinnen zusätzlich als „Spione“ und „Verbündete der Alliierten“<sup>244</sup> stigmatisiert.<sup>245</sup> Durch die NS-Propaganda geschickt eingefädelt, wurden somit Juden als „Feinde in den eigenen Reihen“ gesehen. Der jüdischen Bevölkerung war nur erlaubt, im Winter zwischen 6.00 und 20.00 Uhr und im Sommer zwischen 5.00 und 21.00 Uhr die Wohnung zu verlassen. Durch den Kriegsbeginn erfolgte die Rationierung der Lebensmittel. Diese konnten nun mehr über Lebensmittelkarten bezogen werden, für Juden wurden diese Karten mit „J“ versehen.<sup>246</sup> Die Einschränkung der Lebensmittel wurde für Juden nochmals drastisch reduziert (kein Reis, kein Kakao, weniger

---

<sup>241</sup> Erste Galerie links, 15. Reihe, Sitz 2. Nach dem Tod ihrer Mutter übernahm sie deren Sitz 1. Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1990.

<sup>242</sup> Interview Franz Danneberg-Löw, 1988, S. 73.

<sup>243</sup> Nachdem die Deutsche Armee nach Polen einmarschiert war, erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Vgl. Friedländer, Saul. Das Dritte Reich und die Juden. 2008, S. 383.

<sup>244</sup> Großbritannien und Frankreich.

<sup>245</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 164. Vgl. Interview Jonny Moser, 2011. Vgl. Hilberg, Band 3, 1999, S. 1090. Vgl. Moser, 1988, S. 127.

<sup>246</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 222.

Fleisch und Butter). Von der staatlichen Rationierung von Kleidern, Schuhen und Wäsche waren Juden gänzlich ausgeschlossen, hier musste die IKG für die Organisation sorgen<sup>247</sup>. Ab 1940 war Juden und Jüdinnen der Zutritt in „arische“ Geschäfte untersagt, ausschließlich in „Judengeschäften“ war der Einkauf gestattet.<sup>248</sup>

Die Umsiedlung in Wien in sogenannte „Judenhäuser“ wurde vorangetrieben, die jüdische Bevölkerung wurde in die Bezirke 2, 11 und 20 umgesiedelt.<sup>249</sup> Immer wieder kam es zu neuen Repressalien. Ein früherer Plan (September 1939), in Wien ein jüdisches Arbeitslager zu schaffen, wurde verworfen, stattdessen siedelte man die Juden in eigens dafür bestimmte Straßenzüge und Wohnblocks.<sup>250</sup> Diese Übersiedlungsmaßnahmen können als Vorboten der Deportationen der jüdischen Bevölkerung betrachtet werden.<sup>251</sup> Durch die Delogierungen und Enteignungen waren die Wohnungsbesitzer gezwungen, ihre Möbel und oft auch Kunstschätze zurückzulassen. Diese wurden dann durch die „Vugesta“<sup>252</sup> geschätzt und zu Billigpreisen verschleudert, oder die erbeuteten Kunstschätze wurden an Museen aufgeteilt. Zur Räumung der Wohnungen wurden vor allem jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt, die bei den Räumungsfirmen zu übelsten Bedingungen arbeiteten.<sup>253</sup>

Mit 15.2.1941 begannen die durch Baldur von Schirach (von Schirach wurde durch Hitler im Jahr 1940 zum Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien ernannt) geleitete Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung Wiens in das „General-Gouvernement“ (Polen).<sup>254</sup>

Ab 1. September 1941 kam es zu einer weiteren Demütigung: Juden ab dem sechsten Lebensjahr waren zum Tragen eines sichtbar angebrachten „Judensterns“ verpflichtet worden. Dieser handtellergroße schwarz umrahmte Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“<sup>255</sup> war auf der Kleidung sichtbar anzubringen. Um die jüdische Bevölkerung mit ausreichend Sternen zu versorgen, wurden durch die IKG in Tag- und Nachtarbeit 176.000 Sterne angefertigt, die dann um acht Reichspfennige verkauft wurden.<sup>256</sup>

---

<sup>247</sup> Vgl. Hilberg, Band 1, 1999, S. 160–161. Vgl. Walk, 1991, S. 312 und S. 352.

<sup>248</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 165.

<sup>249</sup> Vgl. Stern, 1990, S. 94.

<sup>250</sup> Vgl. Botz, Wohnungspolitik, 1975, S. 93. Vgl. A/W 2480,2.

<sup>251</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 220.

<sup>252</sup> Vugesta: Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Geheimen Staatspolizei. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 219.

<sup>253</sup> Fast alle Zwangsarbeiter wurden 1943 in das KZ Theresienstadt deportiert. Vgl. Klamper, 1993, S. 167.

<sup>254</sup> Vgl. Stern, 1990, S. 94.

<sup>255</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 279.

<sup>256</sup> Vgl. Stern, 1990; S. 95. Vgl. Walk, 1991, S. 347.

Im November 1941 wurde die jüdische Bevölkerung zur Abgabe aller Rechenmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate und Ferngläser gezwungen. Im Jänner 1942 folgte die Abgabe von Skiern, Ski- und Bergschuhen sowie Wollbekleidung und Pelzen. Mit 1. April 1942 mussten alle Wohnungen, in denen Juden lebten, mit einem „Judenstern“ gekennzeichnet werden.<sup>257</sup> Zusätzlich (April 1942) wurde Juden der Besuch von „Ariern“ und in Mischehe lebenden Personen in deren Wohnung verboten. Im Juni sollten alle Elektrogeräte (wie z. B. Kochplatten, Heizöfen etc.) abgegeben werden.<sup>258</sup>

Das Betreten der Park- und Gartenanlagen wurde vor 1942 für die jüdische Bevölkerung verboten, im Mai 1942 wurde dieses Verbot auf ganz Wien und auf das Wiener Umland ausgedehnt (Wienerwald, Bisamberg).<sup>259</sup> Im sogenannten „Grabeland“, der Israelitischen Abteilung des Wiener Zentralfriedhofs (Eingang Tor 4) fand die jüdische Bevölkerung die einzige Möglichkeit, friedlich Stunden im Freien zu verbringen. Für die jüdischen Kinder war die „bewegungslose“ Situation besonders schwierig, da eine Erklärung für diese Isolation für die jüdischen Kinder unverständlich war und aus diesem Grund oft unterlassen wurde.<sup>260</sup> Die brachliegenden Anteile des Friedhofs wurden zur Bepflanzung von Obst und Gemüse verwendet, da auch diese Nahrungsmittel nicht mehr an Juden abgegeben wurden.<sup>261</sup>

Die IKG hatte die leidvolle Position, all diese Einschränkungen und Demütigungen von offizieller Seite mitzutragen. Einerseits waren die Mitarbeiter der IKG selbst Mitbetroffene, andererseits waren sie Handlanger und Beauftragte des NS-Systems. Dr. Löwenherz, der Leiter der IKG, war quasi das Sprachrohr Adolf Eichmann und hatte die Anordnungen Eichmanns durchzuführen. Die Mitarbeiter der IKG standen im ständigen Spannungsfeld „zwei Herren zu dienen“. Sie fungierten einerseits als ausführendes Organ der NS-Machthaber, andererseits war das Bestreben der Mitarbeiter der IKG, die übertragenen Aufgaben so menschlich wie möglich auszuführen. Ab dem Jahr 1940 erfolgten laufende Personalkürzungen durch Kündigungen, am 12. Juni 1940 wurde ein Fünftel der Angestellten der IKG auf Weisung Adolf Eichmanns gekündigt.<sup>262</sup> Nach der Machtübernahme durch die NSDAP und dem Anschluss an das „Deutsche Reich“ war das anfängliche Ziel der IKG, die Erstellung von

---

<sup>257</sup> Diese Kennzeichnungen sollten die „Aushebungen“ bzgl. der Deportationen erleichtern. Der Judenstern musste auf weißem Papier mit schwarzer Farbe angebracht werden. Vgl. Klamper, 1992, S. 168.

<sup>258</sup> Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1996, S. 355 f.

<sup>259</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 166.

<sup>260</sup> Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1999. Sie erklärte, dass man es unterließ, die Kleinkinder über die Situation „aufzuklären“.

<sup>261</sup> Vgl. Klamper 1992, S. 175. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 279.

<sup>262</sup> Vgl. Stern, 1990, S. 94.

Hilfeplänen und deren Umsetzung (Auswanderung). Schlussendlich (ab Kriegsbeginn) war aber nur noch Schadensbegrenzung und Milderung des Leids möglich.

### 3.6 Versorgung der jüdischen Häftlinge

*„... ab Dezember 38 habe ich auch neben der Jugendfürsorge Gefangenenfürsorge gemacht ...“*

Franzi Danneberg-Löw<sup>263</sup>

Da es nach dem „Anschluss“ zu willkürlichen Verhaftungswellen gekommen war, wurde es nun die Aufgabe von Franzi Löw, die Häftlinge in Wien mit lebensnotwendigen Dingen wie Lebensmitteln (unter anderem mit Brot, Zucker, Marmelade) und Bekleidung zu versorgen. Betreut werden durften ausschließlich Häftlinge, die keine Unterstützung durch Verwandte hatten.<sup>264</sup> Neben der Versorgung korrespondierte sie mit den Häftlingen und versuchte, deren Anliegen und Wünsche möglichst zu erfüllen und bei Bedarf und Gelegenheit Informationen an Freunde oder Menschen in deren Umgebung weiterzugeben.

Ferner versuchte sie die verzweifelten Angehörigen zu beruhigen, viele Frauen und Mütter waren mit einem Schlag völlig mittellos. Franzi Löw war bemüht, das Leid zu lindern und die Frauen und Familien durch verschiedene Leistungen zu unterstützen (Geld, Ausspeisung etc.).<sup>265</sup>

Zur Betreuung der Menschen in den Gefangenenhäusern (Rossauerlände) kam die Betreuung der Verschleppten in den „KZs“. Diese wurden durch Löw und Lily Neufeld monatlich durch Versenden von Lebensmittelpaketen<sup>266</sup> versorgt. Die Empfänger der Pakete bestätigten durch ihre Unterschrift den Erhalt, mit einem persönlichen Schreiben an Löw konnten die Inhaftierten die Fürsorgerin um weitere benötigte Dinge ersuchen.<sup>267</sup> Die Pakete wurden nicht unter dem Absender IKG versandt. Als Absender fungierten Franzi Löw und Lily Neufeld, denn es wird vermutet, dass die IKG als Absender nicht in Erscheinung treten durfte.<sup>268</sup> Die

---

<sup>263</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 13.

<sup>264</sup> Vgl. Franzi Löw-Danneberg: Interview. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jüdische Schicksale, Berichte von Verfolgten, Wien 1992, S. 192.

<sup>265</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 53.

<sup>266</sup> Sogenannte „Liebespakete“, vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1990.

<sup>267</sup> Danneberg-Löw erzählte, dass sie diese Bestätigungen als „Zeugnis“ für die Nachwelt sammelte. Die Unterlagen verbrannten 1945. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>268</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw 1988. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 137.

Versorgung der Häftlinge wäre jedoch ohne Hilfe von außen nicht möglich gewesen. Einige mutige österreichische Familien waren bereit, Franzi Löw in ihren Tätigkeiten zu unterstützen. So gab sie an, dass ehemalige Nachbarn aus dem 18. Bezirk (erste Wohnadresse Paulinengasse) und Bekannte aus dem 21. Bezirk durch Lebensmittel geholfen hatten. Eine Nachbarin hatte auch die Nähmaschine der Mutter Löw in Verwahrung, damit diese nicht konfisziert wurde.

An Franzi Löws „Sammlung“ beteiligten sich immer mehr Familien.<sup>269</sup> Durch Sammlung von „arischen“ Lebensmittelmarken und Kleidung war sie zusätzlich zu ihrem sonstigen Arbeitsalltag noch täglich bei Helfern, um die für sie gesammelten Dinge abzuholen. Das Gesammelte schleppte sie mit einem Rucksack und manchmal mit einem Koffer durch Wien, um es schlussendlich an die Bedürftigen weiterzugeben. Wie Franzi Löw die „arischen“ Lebensmittelkarten einlöste, konnte im Zuge der Recherchen nicht erhoben werden. Möglicherweise löste sie diese selbst ein oder setzte ihr geschaffenes Helfersystem zu diesem Zweck ein. Sie selbst berichtete nur von der Übernahme dieser Lebensmittelmarken.

### 3.7 Kinderauswanderung

Wie im Kapitel „Die Situation der IKG nach dem „Anschluss““ erklärt wurde, war das Ziel der NS-Machthaber, die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung durch Druck und Erpressung so rasch wie möglich voranzutreiben. Mit Hilfe der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ sollte dies effizient abgewickelt werden. Leiter war, wie erwähnt, Adolf Eichmann und dessen Stellvertreter war Alois Brunner.<sup>270</sup> Weder verschaffte die „Zentralstelle“ Einreisegenehmigungen anderer Länder, noch verkaufte sie Schiffkarten, sie war ausschließlich ein jüdisches Passamt.<sup>271</sup> Unter der Leitung Eichmanns<sup>272</sup> wurde die Vertreibung straff organisiert abgehandelt. Wie schon erwähnt, war bei der Durchsuchung der Amtsräume der IKG Adolf Eichmann ebenfalls anwesend. Auf die vorgefundenen Zahlungsbelege über die Wahlfondsspende für die Durchführung der Schuschniggischen Volksbefragung reagierte Eichmann mit Erpressung der IKG über die gleiche Summe. Die

---

<sup>269</sup> Im Interview wurden keine Familien namentlich genannt, außer Dr. Danneberg und seine Tochter Gertraud.

<sup>270</sup> Alois Brunner, auch „Brunner I.“ genannt, war SS-Hauptsturmführer und wurde von Adolf Eichmann nach Wien geholt, um an der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ mitzuarbeiten. Alois Brunner war für sein brutales Auftreten gefürchtet. Vgl. Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, 1993, S. 50.

<sup>271</sup> Moser, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. 1999, S. 96.

<sup>272</sup> Adolf Eichmann war seit 1934 Referent in der Abteilung „Judenangelegenheiten“- II 112 – im SD-Hauptamt in Berlin, im Rang eines SS-Führers. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 111.

jüdische Bevölkerung Wiens musste die gleiche Summe nochmals aufbringen, was auch erfolgte. Die Erpressung und die Beschaffung der gewünschten Summe brachte Eichmann bei Reichskommissar Joseph Bürckel<sup>273</sup> großen Respekt ein. Im Zuge der Auswanderungspolitik der NS-Machthaber bereicherten sich diese am Vermögen der Juden. Die Menschen waren gezwungen, über ihr Vermögen genaue Auskünfte zu geben, zusätzlich wurde die sogenannte „Reichsfluchtsteuer“ eingeführt. Die finanzielle Ausplünderung entzog so der jüdischen Bevölkerung die Lebensgrundlage, sowohl im ökonomischen wie im gesellschaftlichen Bereich. Die Menschen wurden meist unter absolutem Vermögensverlust zur Auswanderung gezwungen.<sup>274</sup> Die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ sah vor, dass bis zehn Prozent vom eingezogenen jüdischen Vermögen in einen Fonds kommen müsse. Die gesammelten Devisen sollten die Auswanderung mittelloser Juden unterstützen, da die Einreisebewilligungen in die Zielstaaten sowie die Aufbringung der „Reichsfluchtsteuer“ mit hohen Belastungen verbunden waren, die von vielen Juden und Jüdinnen nicht aufgebracht werden konnten. Zusätzlich wurden die Auswanderungen unter anderem durch amerikanisch-jüdische Hilfsorganisationen unterstützt.<sup>275</sup> Dr. Löwenherz stand in Verbindung mit dem amerikanischen „Joint“<sup>276</sup>. Vom 10. bis 20. September 1939 wurden alle in Österreich lebenden Juden erfasst. Die Erfassung erfolgte mittels Karteikarten und wurde der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ übergeben. Die Karten mussten auf aktuellen Stand geführt werden und enthielten Informationen wie: Angaben von Personendaten, Familienstand, Adresse etc. „Ende November 1939 hatten 126.445 Juden Österreich verlassen“.<sup>277</sup>

Die IKG leitete nach dem „Anschluss“ zusätzlich Auswanderungstransporte, die speziell für Kinder und Jugendliche in die Länder England, USA, Palästina, Holland, Belgien, Schweiz und Schweden organisiert wurden. Im Zuge der Kinderauswanderung durch die „Jugendaliya“, des Palästina-Amtes und weitere Hilfsorganisationen<sup>278</sup> wurde versucht, so viele Kinder und Jugendliche wie möglich ins Ausland zu retten. Das Palästina-Amt regelte mittels Einreisebewilligungen die Einwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina. Die IKG und das Palästina-Amt führten sowohl berufliche wie auch sprachliche Vorbereitungskurse in

---

<sup>273</sup> Joseph Bürckel war Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Vgl. Moser, 1999, S. 96.

<sup>274</sup> Vgl. Anderl, Emigration und Vertreibung. In: Weinzierl/ Kulka (Hg.): Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Wien/Köln/Weimar 1992, S. 179.

<sup>275</sup> Vgl. Botz, Wien vom „Anschluss“ zum Krieg. Wien-München, 1978, S. 250 ff.

<sup>276</sup> Joint – American Joint Distribution Committee, mit Sitz des Europa-Komitees in Paris, Hilfsorganisation, die die Auswanderung mit Geldmitteln unterstützte. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 16.

<sup>277</sup> Botz, 1978, S. 254.

<sup>278</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 139. Hilfsorganisationen werden unter 3.10–3.10.4 noch näher beschrieben.

Wien durch. Die „Judenalija“ hatte das Bestreben, die Einwanderung von Jugendlichen ohne deren Eltern nach Palästina zu fördern und zu organisieren.

Durch Recha Freier ins Leben gerufen, wurden schon im Jahr 1932 erste Kindergruppen aus Deutschland nach Palästina gebracht.<sup>279</sup> Die „Jugendalija“ bildete jüdische Schüler und Schülerinnen in verschiedenen handwerklichen und gewerblichen Fertigkeiten aus.

Die Ausbildung erfolgte in verschiedenen Kursmaßnahmen. Ziel war, die Jugendlichen im Ankunftsland Palästina gut integrieren zu können.<sup>280</sup> Im Jahr 1939 konnten 1.402 Jugendliche Wien mittels Unterstützung der „Jugendalija“ erlassen<sup>281</sup>. Nach dem „Novemberpogrom“ waren nun auch Eltern bereit, sich von ihren Kindern zu trennen, die zuvor noch auf eine Verbesserung der Gesamtsituation oder auf eine gemeinsame Ausreise gehofft hatten.

Die Kultusgemeinde war gezwungen, nun aus den Massenmeldelisten die „geeignetsten“ Kinder auszuwählen. Um die Kinder im Ausland unterzubringen, war es nötig, dass diese medizinisch untersucht und psychologisch getestet wurden. Danach erfolgte eine „Befragung“. Sobald die „Eignung“ eines Kindes feststand, konnte ein Pass ausgestellt werden. Diese Gespräche wurden von den verschiedenen ausländischen Organisationen mittels Fragebogen vorgegeben, die Berichte über die Kinder wurden dann durch die IKG der zuständigen Organisation übermittelt.<sup>282</sup>

Bis Ende Juli 1940 konnten unter der Leitung der „Jugend-Alija“ 13.600 Jugendliche Österreich verlassen.<sup>283</sup>

*„... wir haben getrachtet, so viele Menschen als möglich da heraus zu bekommen ...“<sup>284</sup>*

*„... meine Aufgabe war es, dass ich ein Bild über die Kinder gebe ...“<sup>285</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Franzi Löw gestaltete den angeforderten Bericht durch sehr persönliche Fragestellung.

---

<sup>279</sup> Vgl. Anderl, 1992, S. 218 ff.

<sup>280</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 143–144.

<sup>281</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 139.

<sup>282</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 140. Vgl. A/W 1968.

<sup>283</sup> Vgl. Weinzierl, 1992, S. 226.

<sup>284</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 36.

<sup>285</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 37.

So befragte sie ein vierjähriges Kind zum Beispiel: „Wozu hast du die Zähne?“ Das Kind antwortete: „Zum Zähneputzen“. „Und wozu hast du die Ohren?“ „Zum Hören.“ „Wozu hast du deine Mutti?“ Da hat sie dann große Augen gemacht, zur Mutti hinaufgeschaut und hat gesagt: „Die Mutti hab ich zum Liebhaben.“<sup>286</sup> Durch dieses sehr einfühlsame Vorgehen zeichnete sie ein sehr persönliches Bild über die Kinder. Wohin die Kinder vermittelt wurden, konnte die IKG nicht beeinflussen. Nach Erhalt der Sozialberichte bestimmte die ausländische Empfängerorganisation, welches Kind einreisen konnte.<sup>287</sup>

Bis zum Kriegsausbruch (1. September 1939) konnten noch 2.844 jüdische Kinder aus Wien emigrieren.<sup>288</sup> Danach wurde die Situation der Kinderauswanderung immer schwieriger,<sup>289</sup> die „Jugendaliya“ bemühte sich jedoch weiter, möglichst viele Kinder und Jugendliche ins Ausland (Schweden und Schweiz) zu evakuieren.<sup>290</sup> Der deutsche Überfall auf Polen (1. September 1939) änderte die Auswanderungsmöglichkeiten drastisch, denn nunmehr fiel Großbritannien, welches sich mit dem Deutschen Reich im Krieg befand, als Auswanderungsland aus.<sup>291</sup> Ab Mai 1940 brach die legale Einwanderungsmöglichkeit für Palästina ab<sup>292</sup>. Anfang Mai 1941 wurde das Palästina-Amt geschlossen und die „Jugendaliya“ beendete ihre Tätigkeit in Österreich. Ab 23. Oktober 1941 bestand auf Auftrag der Gestapo ein uneingeschränktes Auswanderungsverbot.<sup>293</sup>

### 3.8 Jüdische Kinderheime

*„... ich war die übergeordnete Stelle, ich habe geschaut, dass das Heim alles, was es unbedingt notwendig hat, bekommt.“<sup>294</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Franzi Löw unterstanden sämtliche jüdische Kinderheime in Wien. Hier hatte sie die Fachaufsicht, was bedeutete, dass sie sehr eng mit der Heimleitung zusammenarbeiten

---

<sup>286</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 37.

<sup>287</sup> A/W 3017, Berichte über die Tätigkeit der Jugendfürsorge im Monat Mai 1939, 6.6.1939, die Kosten für die Kinderauswanderung betragen 16.528,48 Reichsmark, A/W 2675,1.

<sup>288</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 141.

<sup>289</sup> Vgl. Stern, 1999, S. 100.

<sup>290</sup> Vgl. Weinzierl, 1992, S. 222 f.

<sup>291</sup> Großbritannien und Frankreich erklärten Deutschland am 3.9.1939 den Krieg, [http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Weltkrieg%2C\\_Zweiter](http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Weltkrieg%2C_Zweiter), abgerufen am 12.7.2012. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 142.

<sup>292</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 227.

<sup>293</sup> Vgl. Stern, 1999, S. 95.

<sup>294</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

musste. Die Heimleitung wandte sich bei Bedarf stets direkt an Franzi Löw. Sämtliche Anschaffungen wie z. B. Bekleidung, Lebensmittel etc., wurden an die Fürsorgerin weitergeleitet. Diese versuchte dann, im Bereich ihrer Möglichkeiten, die gewünschten Dinge zu organisieren.<sup>295</sup>

Sukzessiv wurden der IKG ab dem „Anschluss“ Fürsorgeeinrichtungen entzogen. Das „Lederer-Heim“ im Augarten mit dem Kinderambulatorium, welches den Kindern im Sommer als Erholungsheim diente, wurde am 12. März 1938 durch die SA beschlagnahmt. „Auch das Dr. Krüger-Heim“<sup>296</sup> wurde besetzt, Rosa Schwarz gelang es jedoch wenigstens einen Teil der Mädchen wieder zurück zu bringen.“<sup>297</sup>

Folgende Kinderheime und Waisenhäuser wurden in einem Tätigkeitsbericht der IKG vom 6. Juni 1939 aufgezählt:<sup>298</sup>

Lele Bondiheim, Wien 2., Böcklinstraße 59,<sup>299</sup>

Knabenwaisenhaus, Wien 19., Probusgasse 2,<sup>300</sup>

Mädchenwaisenhaus, Wien 19., Bauernfeldgasse 40,<sup>301</sup>

Lehrlingsheim Zukunft, Wien 9., Grüentorgasse 26,<sup>302</sup>

Dr. Krügerheim (ab 1938 „Fürsorgeinstitut für jüdische Mädchen Dr. Krüger-Heim“) Wien

---

<sup>295</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw 1991

<sup>296</sup> Lehrlingsheim für Mädchen

<sup>297</sup> Rosenkranz, 1978, S. 54.

<sup>298</sup> Vgl. A/W 1920,1, A/W 2130, 1

<sup>299</sup> „Das Lele-Bondi-Heim in Wien 2., Böcklinstraße 59 wurde von der L. D. Königsbergstiftung geleitet. Bis in das Jahr 1942 wurden jüdische Waisenkinder beschult, beschäftigt und verpflegt. Die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ veranlasste die Auflassung des Heims. Am 30. November 1941 wurde das Heim nach Wien 2., Haasgasse 10, übersiedelt“. Duizend-Jensen, Wien/München 2004, S. 76.

<sup>300</sup> Das Heim wurde vom „Verein zur Versorgung hilfsbedürftiger israelitischer Waisen“ gegründet. Dem Verein gehörte ein Heim für Mädchen in Wien 19., Ruthgasse 21. Mit der Machtübernahme im Jahr 1939 wurde am Standort des Knabenheimes, zusätzlich eine „Notunterkunft für jüdische Säuglinge und Kleinkinder“ eingerichtet. Der Standort des Mädchenheimes musste im Jänner 1939 geräumt werden, da in den Räumlichkeiten militärisches Personal einquartiert wurde. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 67. Am 8. März 1939 wurde der IKG die Immobilie entzogen und den neuen Besitzern, den Schokoladefabrikanten Hofbauer, übergeben. Vgl. Böhler, 2007, S. 286.

<sup>301</sup> Das Mädchenwaisenheim wurde im Jahr 1901 von der Stiftung „Waisenhaus für israelitische Mädchen Charlotte Merores-Itzeles“ angekauft. 1904 nahm das Waisenhaus mit 25 Mädchen seinen Betrieb auf. Die Mädchen gingen bis zum 14. Lebensjahr in die Schule. Zusätzlich wurden sie in Religion, Klavier, Chorgesang, Sprech- und Turnunterricht, Hauswirtschaft und Handarbeit unterrichtet. 1939 wurde das Waisenhaus in die „Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge“ übernommen. Am 14. Mai 1940 war das Haus mit 150 Kindern (Mädchen und Jungen) belegt, zu diesem Zeitpunkt kam es zu Besichtigungen bzgl. Verkauf des Gebäudes. Die Auflösung des Heimes bedeutete, dass Platz für alle Zöglinge gefunden werden mussten. Lily Reichenfeld, Leiterin der Jugendfürsorge, organisierte nun die Übersiedlung der Kinder. Am 17. November 1941 wurde das Heim geschlossen und im Jahr 1942 an die NSDAP verkauft. Vgl. Böhler, 2007, S. 288.

<sup>302</sup> Verein „Zukunft“ zur Erziehung und Erhaltung jüdischer Lehrlinge und Israelitischer Handwerksverein. Der Verein wurde 1840 als „Verein zur Förderung der Handwerker unter den inländischen Israeliten“ gegründet. Der Verein unterstützte die Lehrlinge bei der Lehrstellensuche und fühlte sich für die Bildung der Lehrlinge zuständig. Die Jungen erhielten (zweimal im Jahr) Bekleidung. Bis zur Auflösung durch die Nationalsozialisten diente das Heim auch als Lehrstätte. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 43–44.

2., Malzgasse 7,<sup>303</sup>

Notunterkunft für Säuglinge und Kleinkinderheim, Wien 2., Untere Augartenstraße 35.<sup>304</sup>

Zusätzlich wurden die Kinder auch in Tagesheimstätten versorgt, deren Fachaufsicht ebenfalls Löw hatte.<sup>305</sup> Wie eingangs erwähnt, oblag ihr nicht nur die Aufsicht der Heime, sie organisierte auch persönlich Lebensmittel, wie nachfolgendes Beispiel zeigt: Da es im Umkreis des Säuglingsheims in der Malzgasse<sup>306</sup> nicht möglich war, Vollmilch für die Säuglinge zu bekommen, organisierte Löw die Vollmilch bei einem „arischen“ Bäcker im 18. Bezirk. Um 5.00 Uhr bekam sie zwei Flaschen Vollmilch ausgehändigt und mit diesen marschierte sie in den 2. Bezirk, um dort die Milch abzuliefern.<sup>307</sup>

In den jüdischen Kinderheimen lebten außereheliche jüdische Kinder, deren Mütter die Kinder nicht versorgen konnten oder wollten, sowie jüdische Vollwaisen und Kinder, deren Eltern bereits ausgewandert waren, und die ihre Kinder zurücklassen mussten. Zusätzlich wurden alle jüdischen Kinder, die noch in Heimen der Gemeinde Wien untergebracht waren, der Kultusgemeinde zur weiteren Versorgung übergeben.<sup>308</sup> Die Eltern bzw. Elternteile, die noch in Wien und deren Kinder in den Heimen untergebracht waren, konnten diese zumeist an Sonntagen besuchen. Löw erzählte, dass nach ihrer Erinnerung im Jahr 1942 in den Kinderheimen Bobiesgasse, Bauernfeldgasse, Böcklinstraße und Tempelgasse zwischen 400 und 500 Kinder untergebracht waren. Die Kinder gingen zur Schule und erhielten auch Religionsunterricht. Am Nachmittag wurden sie von den Erziehern betreut, in den frühen

---

<sup>303</sup> Berta Krüger, die Präsidentin des „Leopoldstädter jüdischen Frauenvereins“, gründete das „Elisabeth-Heim für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen“. Der Verein widmete sich der „Fürsorge für mittellose Waisen, verlassene und gefährdete Kinder weiblichen Geschlechts im schulpflichtigen Alter“. Vorerst befand sich das Heim in einer Wohnung in Wien 2., Obere Donaustraße. Aufgrund des großen Ansturms wurde 1906 ein Haus in der Malzgasse angekauft. Die Zuweisung der Mädchen erfolgte durch die IKG. Die Mädchen hatten die Möglichkeit, entweder eine zweijährige Fachschule für Kleider- und Wäscherezeugung oder eine dreijährige Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe zu besuchen. Duizend-Jensen, 2004, S. 43..

<sup>304</sup> Im Jahr 1939 war die IKG mit dem Problem der Unterbringung der jüdischen Säuglinge und Kleinkinder konfrontiert, da diese aus den städtischen Kinderheimen übernommen werden mussten. Die Stadt Wien forderte die IKG auf, die Kinder zu übernehmen. Im März 1939 wurde der IKG das Haus des jüdischen Theresien-Kreuzer-Verein zugewiesen. Der Verein hatte sich der „Unterstützung armer israelitischer Kinder“ verschrieben. Im Jänner 1941 wurde das Haus verkauft, die Kinder konnten bis zur deren Deportation im Heim verbleiben. Im Jänner 1942 waren noch 75 Kinder im Alter bis sechs Jahre untergebracht. Im September 1942 kam es zur endgültigen Schließung. Die verbliebenen Kinder wurden in das Jugendheim Wien 2, Mohapelgasse 3 (Tempelgasse 3) verbracht. Dieses Kinderheim des Ältestenrates der Juden Wiens blieb bis 1945 erhalten.

<sup>305</sup> Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1988; Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 73.

<sup>306</sup> Möglicherweise meinte Franz Danneberg-Löw, das Säuglingsheim in der Ferdinandsgasse 23, in Wien 2. In ihrem Interview sprach sie jedoch vom „Säuglingsheim Malzgasse“. In der Malzgasse befand sich ein Krankenhaus und Altersheim unter der Leitung Dr. Tuchmanns. Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw 1988. Vgl. Benz/Distel, Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 9, München 2005, S. 226.

<sup>307</sup> Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1999.

<sup>308</sup> Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1988.

Abendstunden kam Franzi Löw in die Heime. Die Kinder nannten sie „Tante Franzi“, nun nahm sie sich noch Zeit, um mit ihren Schützlingen zu lesen oder Lieder zu singen.<sup>309</sup> In diesem Heim lebten bis zum Ende des Krieges Kinder und Jugendliche „halbjüdischer“ Abstammung. Die Einrichtung des Heimes war sehr einfach, die Kinder waren in Stockbetten untergebracht, es gab einen gemeinsamen Speisesaal und einen Tagesraum. Für die Verköstigung der Kinder war Gisela Kornfeld („Tante Ella“) zuständig, die ein großes Talent besaß, aus den vorhandenen Lebensmitteln wohlschmeckende Speisen zu kreieren. In den folgenden Jahren (1939 bis 1942) wurden alle Kinderheime deportiert. Schlussendlich blieb bis zum Jahr 1945 nur noch das Heim des Ältestenrat der Juden Wiens in der Mohapelgasse (vormals Tempelgasse).<sup>310</sup>

### **Übertragung der Vormundschaft jüdischer Kinder an Franzi Löw – Pflegekinder**

Mit Entschluss vom 31. August 1938 des Bürgermeisters von Wien, Hermann Neubacher,<sup>311</sup> wurde der IKG am 20. Jänner 1939 Folgendes mitgeteilt: Die Gemeinde Wien würde alle Vormundschaften für Juden zurücklegen und somit der IKG übertragen.<sup>312</sup> Bei den Generalvormundschaften handelte sich hauptsächlich um jüdische Kinder, wo zwar die Kindesmutter bekannt, jedoch der Kindesvater unbekannt war bzw. die Kindesmutter sich weigerte, den Vater anzugeben.<sup>313</sup> Die Obsorge für uneheliche Kinder hatte der zuständige Jugendwohlfahrtsträger, somit die Gemeinde Wien. Dies bedeutete, dass die Kinder aus der Obsorge der Gemeinde Wien entlassen wurden. Für diese Kinder mussten, wenn eine Entlassung nach Hause nicht möglich war, Heimplätze organisiert werden. Oft war es aus verschiedenen Gründen nicht möglich, dass die Kinder bei ihren Eltern bzw. bei ihren Müttern leben konnten (Gewalt in der Familie, Straffälligkeit des Erziehungsberechtigten, Krankheit des Erziehungsberechtigten usw.).<sup>314</sup> Eine weitere Maßnahme des zuständigen Jugendwohlfahrtsträger war die Unterbringung von Minderjährigen bei Pflegeeltern. Anfang August 1938 wird Dr. Löwenherz über die Übernahme der Vormundschaften von jüdischen

---

<sup>309</sup> Ebd.

<sup>310</sup> Vgl. Interview Franzi-Danneberg-Löw, 1988. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 73.

<sup>311</sup> Vgl. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.n/n309523.htm> abgerufen am 30. 8. 2012.

<sup>312</sup> Vormund ist ein gesetzlicher Vertreter, der für eine Person handelt. Vgl. A/W 1937,8.

<sup>313</sup> Bis zum Jahr 1989 oblag die Vormundschaft für uneheliche Kinder bei dem zuständigen Jugendwohlfahrtsträger.

<sup>314</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 199.

Kindern informiert. Dr. Löwenherz versucht in der Besprechung mit Obersenatrat Dr. Schaufler auf die schwierige finanzielle Situation der IKG hinzuweisen.<sup>315</sup>

Auch diese Maßnahmen mussten beendet werden. So kam es aber auch zu Fällen, wo nichtjüdische Pflegeeltern jüdische Kinder in Pflege hatten und sich von diesen Kindern nicht trennen wollten, und in weiterer Folge die Vormundschaft persönlich übernahmen.<sup>316</sup>

*„... die Gemeinde Wien hat 200 Vormundschaften übergeben,  
für diese Kinder habe ich als Vormund fungiert ...“<sup>317</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Die Fürsorgerin und ihre Helfer mussten nun für die Kinder, wenn eine Rückführung in die Ursprungsfamilie nicht möglich war, in den bereits überfüllten Heimen Plätze suchen (z. B. Heim in der Bobiesgasse).<sup>318</sup> Franz Löw wurden, nominiert durch die IKG, Vormundschaften für 200 außerehelich geborene jüdischen Kindern persönlich (namentlich) übertragen.<sup>319</sup> Auch hier hatte sie die Aufgabe diese, wenn eine Unterbringung im Elternhaus nicht möglich war, in jüdischen Kinderheimen unterzubringen.<sup>320</sup> Durch die Unterbringung der Kinder hatte Löw ein engeres Verhältnis zu den Kindern. Sie erzählte, dass sie nach ihrem Dienst in ihrem Büro der IKG regelmäßig eines der Heime aufsuchte, um nach ihren Schutzbefohlenen zu sehen.

Im Zuge der Obsorgeübertragungen<sup>321</sup> durch den Jugendgerichtshof Wien traf sie erstmals auf Richter Dr. Wilhelm Danneberg.<sup>322</sup> Franz Löw war über sein entgegenkommendes Verhalten beeindruckt, aber zugleich auch verwirrt. Dr. Danneberg bot ihr Platz an und lud sie ein, sich bei weiteren Fragen an ihn zu wenden. Mit ihrer jüdischen Kennkarte musste sie sich auch auf Ämtern ausweisen. Dass einer Jüdin während der Amtshandlung Platz angeboten wurde, erlebte Franz Löw sonst nie. Die erste Begegnung mit Dr. Danneberg muss die junge Fürsorgerin so beeindruckt haben, dass sie, nachdem sie wieder an ihrem Arbeitsplatz eintraf, zu ihrer Arbeitskollegin Rosa Schwarz meinte: *„Wenn ich einmal heirate, dann den Dr.*

---

<sup>315</sup> Vgl. A/W 3017.

<sup>316</sup> Ebd.; Die Obsorge bzw. die Vormundschaft für Pflegekinder obliegt stets dem zuständigen Jugendwohlfahrtsträger. Der zuständige Jugendwohlfahrtsträger überträgt den Pflegeeltern sogenannte „Teilbereiche“ der Obsorge/Vormundschaft wie z. B. „Pflege und Erziehung“. Vgl. A/W 1922,2.

<sup>317</sup> Interview Franz Danneberg-Löw, 1988, S. 19.

<sup>318</sup> Vgl. A/W 1922.

<sup>319</sup> Vgl. A/W 1922,2.

<sup>320</sup> Vgl. Erzählte Geschichte, Franz Danneberg-Löw, S. 187.

<sup>321</sup> Die Obsorge wurde und wird durch das zuständige Gericht übertragen. Vgl. A/W 1922,2.

<sup>322</sup> Beschreibung der Biographie Dr. Danneberg am Ende der Arbeit.

Danneberg.“ Diese antwortete lakonisch: „*Franzi, es ist keine Zeit zum Träumen ...*“<sup>323</sup> Jahre später schrieb sie der besagten Kollegin eine Karte nach Haifa (Israel), in der sie mit „Franzi Danneberg“ unterschrieb.

### **Exkurs: Dr. Wilhelm Danneberg**

Franzi Löw verliebte sich in den Richter, der diese Gefühle auch erwiderte. Zu „Rosch Haschana“<sup>324</sup> erhielt sie einen Strauß roter Rosen auf ihren Arbeitsplatz in der IKG geschickt. Zwar waren die Rosen ohne Karte versehen, Franzi Löw konnte den Empfänger jedoch richtig deuten. Zwischen beiden entwickelte sich Zuneigung. Ob diese auch ausgelebt wurde, kann nicht beantwortet werden – eine Liebesbeziehung hätte sich für beide lebensgefährlich ausgewirkt (Rassenschande).<sup>325</sup> Dass sich bei Franzi Löw ab dem Zeitpunkt der ersten Begegnung Freundschaft und Wertschätzung entwickelte, steht aufgrund ihrer Erzählung fest. Im Augenblick der ersten Begegnung dürfte Franzi Löw 22 Jahre und Dr. Danneberg 47 Jahre gewesen sein. Richter Dr. Danneberg war verwitwet und lebte mit seiner Tochter Gertraud (Rufname Traudl), in Wien 1., Tiefer Graben. Aus erster Ehe stammen noch die Söhne Johann und Konrad, diese waren bei Pflegeeltern am Land untergebracht.<sup>326</sup>

Dr. Danneberg unterstützte Franzi Löw anfänglich durch juristische Ratschläge. Nach einiger Zeit hatte er sie auch mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und anderen Dingen versorgt, die sie für die Versorgung der jüdischen Bevölkerung verwendete. Aufgrund seiner Unterstützung konnte sie ein Helfernetzwerk aufbauen.

Franzi Löw und Dr. Danneberg trafen sich ausschließlich an Donnerstagen. Franzi Löw kam regelmäßig in die Wohnung des Richters und übernahm dort von ihm bzw. durch ihn gesammelte Lebensmittel und Bekleidung. Diese trug sie, wie schon angeführt, im Rucksack oder Koffer in die IKG. Sie selbst sagte: „*Ich war verliebt in dieser Zeit*“.<sup>327</sup> Als Dr. Danneberg im Jahr 1944 zum Volkssturm einrücken musste, kam sie nach wie vor jeden Donnerstag zur Tochter Traudl und deren Freunden in die Wohnung Dr. Dannebergs.

---

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Jüdisches Neujahrsfest.

<sup>325</sup> Als Rassenschande oder auch Blutschande wurde die sexuelle Beziehung zwischen Juden und deutschen Staatsbürgern während das NS-Regime bezeichnet. Ab dem Jahr 1935 war die Eheschließung zwischen Juden und deutschen Staatsbürgern verboten, sowie sexuelle Kontakte zwischen Juden und deutschen Staatsbürgern mit Haftstrafen geahndet. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Rassenschande> abgerufen am 5.11.2012.

<sup>326</sup> Im Jahr 1935 verstarb die erste Frau Dr. Dannebergs. Vgl. Personalakt Dr. Danneberg.

<sup>327</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

### 3.9 Die Übertragung der Vormundschaft geistig behinderter jüdischer Jugendlicher

Franzi Löw wurde auch als gesetzliche Vertreterin von 20 geistig behinderten jüdischen Jugendlichen bestellt. Die Jugendlichen lebten in einer nichtjüdischen Anstalt im 19. Bezirk, Langackergasse 12.<sup>328</sup> Die „Private Erziehungsanstalt für geistig abnorme und nervöse Kinder“ wurde durch Dr. Franziska Ehrenberger geleitet. Da die Jugendlichen die gesundheitlichen Kriterien, die eine Einreise in andere Länder ermöglichen würde, nicht erfüllen konnten, mussten sie weiter im Heim untergebracht werden. Die Kosten der Unterbringung wurden von den Eltern übernommen, war dies jedoch nicht möglich, übernahm die IKG die anfallenden Kosten. Aufgrund des Alters der Jugendlichen muss korrekterweise erwähnt werden, dass es sich in diesen Fällen um keine Übertragung der Vormundschaft gehandelt hatte, sondern um eine Entmündigung.<sup>329</sup>

*„... die Kinder haben sich an mich geklammert und haben geweint ...“<sup>330</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Alarmiert durch einen Anruf der Heimleitung, wurde Franzi Löw mitgeteilt, dass ein Abtransport ihrer Klienten in das Psychiatrische Krankenhaus „Am Steinhof“ geplant war. Für fünf Jugendliche, die aufgrund ihrer körperlichen und geistigen Möglichkeiten aus Sicht Löws auch „außenbetreut“<sup>331</sup> leben hätten können, fand sie im Rothschildspital, mit Hilfe Professor Dr. Viktor Frankls,<sup>332</sup> einen Platz.<sup>333</sup> Am 23. Mai 1941 wurden die verbliebenen

---

<sup>328</sup> Vgl. A/W 1922,2.

<sup>329</sup> Bis zur Volljährigkeit spricht man von einem Vormund, ab der Vollendung des 18. Lebensjahrs wird der gesetzliche Vertreter als Sachwalter bezeichnet. Vgl. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 2006, 92. Bundesgesetz, Teil 1, 23. Juni 2006: „Vermag eine volljährige Person, die an einer psychischen Krankheit leidet oder geistig behindert ist, alle oder einzelne ihrer Angelegenheiten nicht ohne Gefahr eines Nachteils für sich selbst zu besorgen, so ist ihr auf ihren Antrag oder von Amts wegen dazu ein Sachwalter zu bestellen.“ § 268, Absatz 1, BGBl. I – Ausgegeben am 23. Juni 2006..

<sup>330</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 23.

<sup>331</sup> Außenbetreut bedeutet, dass der Klient in der Lage ist durch Unterstützung alleine in einer Wohnung zu leben und nicht das Angebot einer Institution benötigt.

<sup>332</sup> Dr. Viktor Frankl war Neurologe und Psychiater sowie später Begründer der Logotherapie. Ab 1940 leitete er die Neurologische Abteilung des Rothschild Spitals. Frankl wurde mit seiner Frau und seinen Eltern deportiert, als einziger Überlebender kam er nach Wien. Frankl war Professor für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Wien und Professor für Logopädie an der US International University in San Diego (Kalifornien). Vgl. Frankl, ... trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager, München 1977, Über den Autor.

<sup>333</sup> Diese Kinder wurden nach eineinhalb Jahren nach Polen verschleppt und ermordet. Vgl. Neugebauer, 2002, S. 104.

Jugendlichen im Beisein von Franzi Löw auf den „Steinhof“ gebracht.<sup>334</sup> Die völlig verängstigten Jugendlichen klammerten sich an die junge Fürsorgerin, sie ersuchte in weiterer Folge in einem Gespräch mit dem Anstaltsarzt Dr. Gabriel, die Jugendlichen am „Steinhof“ zu belassen. Dieser forderte sie auf, über alle Klienten einen Lebenslauf bis zum nächsten Tag um 8.00 Früh zu bringen. Löw schrieb die ganze Nacht, die Jugendlichen dürften jedoch noch am 23. Mai 1941 abtransportiert worden sein. Löw erklärte, dass sie als Vormund über den Tod der Jugendlichen informiert wurde (Herzversagen, Nierenversagen). Auf den Einlagezetteln des Krankenhauses mit Datum 29. Mai und 13. Juni 1942 wurde als Todesort auf eine „Anstalt für Geistesranke im Generalgouvernement“ in „Cholm bei Lublin“ verwiesen. Wolfgang Neugebauer kam jedoch zu der Erkenntnis, dass die Jugendlichen in Hartheim getötet worden sind und die Angaben über den Todesort auf den Sterbedokumenten bewusst gefälscht wurden.<sup>335</sup>

### **3.10 Helfer und Netzwerke**

Wie im Unterkapitel 3.7. „Kinderauswanderung“ erwähnt, waren mehrere Hilfsorganisationen mit der Organisation des Ablaufes betraut. Im folgenden Abschnitt werden Hilfsorganisationen näher vorgestellt. Zusätzlich wird auf die Hilfsangebote der Bevölkerung eingegangen.

#### **3.10.1 Die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsorganisation“**

Die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsorganisation“ wurde von Frank van Gheel Gildemeester ins Leben gerufen. Gildemeester war ein holländischer Predigersohn und Philanthrop, der in der Zeit des Austrofaschismus inhaftierte Nationalsozialisten betreut hatte. Wegen dieser Tätigkeit war er den neuen Machthabern kein Unbekannter. Aufgrund der Vorkenntnis um Frank Gildemeester stimmten der damals zuständige Minister für Arbeit und Wirtschaft, Hans Fischböck, Staatssekretär Keppler und Staatsrat Eberhardt<sup>336</sup> der Gründung der „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsorganisation“ zu. Mit April 1938 begann die

---

<sup>334</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>335</sup> Vgl. Wolfgang Neugebauer, Juden als Opfer der Euthanasie in Wien 1940-1945. In: Gabriel/Neugebauer, Von der Zwangssterilisation zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien Teil II, Wien 2002, S. 99–111.

<sup>336</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 55.

Organisation ihrer Tätigkeiten.<sup>337</sup> Als Geschäftsführer wurde Erich Fassal nominiert, die Hilfsorganisation hatte den Sitz in Wien 1., Kohlmarkt 8, und ab September 1938 in Wien 1., Wollzeile 7. Die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsorganisation“, deren Tätigkeiten sich auf Wien und Graz beschränkte, sollte die Auswanderung von Personen ermöglichen, die keine Mitglieder der IKG waren, jedoch nach den „Nürnberger Rassengesetzen“<sup>338</sup> als Juden galten. Plan war, dass die Auswanderung der bedürftigen, finanziell schlecht gestellten Juden über wohlhabende Juden finanziert werden sollte. Die vermögenden Juden stellten ihre finanziellen Mittel zur Verwaltung zur Verfügung, ein bestimmter Prozentsatz wurde der „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ überwiesen.<sup>339</sup> Die rund 300 Einzahlenden erwarteten sich als Gegenleistung eine raschere Abwicklung der eigenen Auswanderung. Am 19. Dezember 1938 verfügte Eichmann, dass ab nun die Auswanderung der Glaubensjuden ausschließlich durch die Kultusgemeinde und das Palästinaamt zu erfolgen habe. Die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ wurde angehalten, ihre Aktionen ausschließlich auf Nichtglaubensjuden zu beschränken. Die Aktion stand unter der Kontrolle der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ und somit unter der Kontrolle Adolf Eichmanns. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Finanzierung der Auswanderung der „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ auch als Vorbild für die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ diente.<sup>340</sup>

Laut einem Bericht vom November 1939 (der erste und einzige Tätigkeitsbericht) wanderten über die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ über 25.000 „nicht-arische“ Christen aus: Personen ohne Glaubensbekenntnis, Konfessionslose und als Juden geltende Mischlinge.<sup>341</sup> Der finanzielle Aufwand wurde mit zwei Millionen Reichsmark angegeben. Der Gildemeester-Fonds finanzierte zusätzlich auch die ersten Kindertransporte mit, womit auch orthodoxe<sup>342</sup> jüdische Kinder verschickt wurden. Der Gildemeester-Fonds organisierte Umschulungs- und Sprachkurse, um den beruflichen Einstieg in der Emigration zu erleichtern.<sup>343</sup> Zusätzlich wurden öffentliche Ausspeisungen und Geldzuwendungen organisiert. Ab März 1940 wurde die „Hilfsaktion“ unter die Aufsicht von Dr. Löwenherz

---

<sup>337</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 76.

<sup>338</sup> Siehe Seite 38.

<sup>339</sup> Vgl. Traude Litzka, Kirchliche Hilfe für verfolgte Juden und Jüdinnen im Raum Wien 1938–1945, Mit Schwerpunktsetzung auf die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, Dissertation, Wien 2010, S. 140.

<sup>340</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 191.

<sup>341</sup> Ebd.

<sup>342</sup> Orthodoxes Judentum ist eine tradierte Strömung des Judentums. Vgl. Breuer, Frankfurt/Main 1986.

<sup>343</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 172. Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 186.

gestellt und im Jänner 1941 erfolgte die Zusammenlegung mit der IKG.<sup>344</sup> Mit 31. Oktober 1942 wurde die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ über Auftrag der Gestapo<sup>345</sup> liquidiert.

### **3.10.2 Die „Schwedische Israel Mission“**

Die „schwedische Israel Mission“ mit Niederlassung in Wien 9., Seegasse 16, war mit der Arbeit für die evangelisch-jüdische Bevölkerung befasst. Die Mission wurde 1920 durch die „Svenska Israelmissionen, Stockholm“ in Wien aufgrund des Zuzuges der jüdischen Bevölkerung aus dem Osten ins Leben gerufen.<sup>346</sup> Trotz Repressalien durch die Gestapo und mehrmaligen Hausdurchsuchungen in ihren Räumlichkeiten organisierte die „Schwedische Mission“ Ausspeisungen, verteilte Lebensmittelpakete und verhalf in der Zeit von 1938 bis 1940 ca. 3.000 Menschen zur Ausreise und bewahrte diese so vor den drohenden Deportationen.<sup>347</sup> Das Büro der Mission befand sich in unmittelbarer Nähe des jüdischen Altersheimes.

Franzi Löw erwähnte Malla Granat als eine ihr bekannte Helferin. Malla Granat stammte aus Schweden und war während des Krieges für die Hilfsorganisation tätig. Im November 1941 musste die „Schwedische Mission“ ihre Tätigkeit auf Weisung der NS-Machthaber beenden. Das Haus in der Seegasse 16 (Wien 9.,) wurde als Kranken- und Altersheim für Glaubensjuden und Christen jüdischer Abstammung umfunktioniert<sup>348</sup>. Malla Granat blieb mit einem kleinen Helferkreis in Wien zurück und versorgte evangelische und konfessionslose Juden, bis sie selbst 1944 ausgewiesen wurde. Nach dem Kriegsende kam sie zurück und nahm ihre Arbeit wieder auf.<sup>349</sup>

---

<sup>344</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 298.

<sup>345</sup> Abkürzung für „Geheime Staatspolizei“. In Wien hatte die „Gestapo“ ihren Sitz in den Räumlichkeiten des ehemaligen Hotels Metropol, Wien 1.

<sup>346</sup> Vgl. <http://www.christenundjuden.org/artikel/geschichte/58-trinks-die-schwedische-mission-in-der-seegasse-angerufen-am-12.7.2012>.

<sup>347</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 173. Deportationen erfolgten ab dem Jahr 1941 und waren mit Jahresende 1942 weitgehend abgeschlossen. Vgl. Moser, 1990, S. 100.

<sup>348</sup> Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 188.

<sup>349</sup> Vgl. Litzka, 2010, S. 146.

### **3.10.3 Die Quäker – „Society of friends“**

So wie andere Hilfsorganisationen unterstützten die „Quäker“<sup>350</sup> die jüdische Bevölkerung durch Maßnahmen wie Ausspeisungen, Geldaushilfen und Umschulungskurse. In der Zeit zwischen 1938 und 1939 konnten rund 10.000 – meist jüdische – Kinder aus Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei und Polen in „Kindertransporten“ nach England gerettet werden. Bei der Organisation der Kindertransporte spielten die „Quäker“ eine maßgebliche Rolle. Der Sitz der Quäkerhilfe war im 2. Wiener Bezirk, Taborstraße 1. Die Quäker mussten ihre Tätigkeit im Jahr 1941 aufgrund des Kriegseintritts der USA gegen Deutschland einstellen.<sup>351</sup>

### **3.10.4 Die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“**

Am 1. Dezember 1940 begann die durch Kardinal Innitzer gegründete erzbischöfliche Hilfsstelle für „nichtarische“ Katholiken ihre Tätigkeit. Die Leitung der Hilfsstelle hatte Pater Ludger Born<sup>352</sup> über, der mit seinen Helferinnen (unter anderem Schwester Verena Buben von der Caritas Socialis, Gertud Steinitz-Metzler)<sup>353</sup> in das Erzbischöfliche Palais in die Rotenturmstraße 2 zog. Da sich die Räumlichkeiten in einer ehemaligen Kutscherwohnung befanden, wurde sie oft als „Stall“ bezeichnet.<sup>354</sup> Pater Born und seine Mitarbeiter unterstützten die Verfolgten bei der Ausreise. Außerdem gab es die verschiedensten Hilfsangebote für die verzweifelnden Hilfesuchenden. Diese wandten sich in folgenden Fragen an die Hilfsstelle: Ausreisemodalitäten und Beschaffung von Dokumenten, Vorgangsweise der Betroffenen bei Vorladungen durch die Behörden, Unterstützung bei Rechtsfragen in Wohnungsangelegenheiten, Vermittlung von Arbeit und jüdischen Ärzten. Zusätzlich kam es zur Verteilung von Medikamenten, Kleidern und Geldbeträgen.<sup>355</sup> Ab 1. September 1941 mussten „nichtarische“ Katholiken auf jüdischen Friedhöfen bestattet

---

<sup>350</sup> Die Bezeichnung Quäker kommt aus dem englischen to quake und bedeutet zittern, beben. Die Mitglieder der Glaubensgemeinschaft nannten sich unter anderem auch „Kinder des Lichtes“ und verfielen während ihrer christlichen Zusammenkünfte in ekstatische Zustände. Dies war der Grund warum sie oft auch spöttisch „Quäker“ genannt wurden. Die Quäker sind Mitglieder einer protestantisch, christlich ausgerichtete Glaubensgemeinschaft die um 1650 mit der Bezeichnung „Society of friends“ in England gegründet wurde. Vgl. <http://www.grin.com/de/e-book/121137/die-quaeker-abgerufen-am-1>. November 2012.

<sup>351</sup> <http://www.katholisch.at/content/site/unsichtbar/1938/article/24181.html>, abgerufen am 3. Juli 2012. Vgl. Klamper, 1992, S. 172.

<sup>352</sup> Vgl. Embacher, 1995, S. 54.

<sup>353</sup> Vgl. Litzka, 2010, S. 159. Litzka erklärte, dass Pater Born insgesamt 23 Helferinnen zur Verfügung standen.

<sup>354</sup> Vgl. Litzka, 2010, S. 146.

<sup>355</sup> Vgl. Klamper, 1992, S. 173.

werden. Mit der IKG vereinbarte die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, dass die Verstorbenen in einer eigenen Halle kirchlich eingesegnet, vom Priester zu Grabe begleitet und dort kirchlich begraben werden konnten.<sup>356</sup>

*„... ich hatte einen guten Kontakt mit der evangelischen  
und katholischen Fürsorge ...“<sup>357</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Um der Versorgung ihrer Klienten nachzukommen, arbeitete Franzi Löw immer wieder mit verschiedenen Institutionen zusammen. Die „Schwedische Mission“ und die „Erzbischöfliche Hilfsstelle“ mit Pater Born erwähnte sie ausdrücklich als sehr hilfreich.<sup>358</sup> Im Gegenzug setzte sich Pater Born für Franzi Löw persönlich ein, als auch die Mitarbeiter der IKG deportiert werden sollten.<sup>359</sup> Franzi Löw wandte sich an die Hilfsstelle, wenn sie Hilfsmittel wie Kleidung und Medikamente benötigte. Bei der Betreuung der ungarischen Juden in Wien durch Franzi Löw<sup>360</sup> erhielt sie durch Pater Born Medikamente, die dringend gebraucht wurden. Zusätzlich wurde sie von einem Kloster in Wien 16., Rückergasse 5<sup>361</sup> mit Brot, Milch und Lebensmittelmarken versorgt.

Löw erinnerte sich an viele Situationen, bei denen sie Unterstützung durch Pater Born erhielt. Franzi Löw wurde immer kontaktiert, wenn jüdische Kinder deportiert werden sollten.<sup>362</sup> Sie wurde gerufen und brachte die Kinder persönlich in die Sammellager.<sup>363</sup> Im Fall des 14-jährigen Harry Gelblein gelang es ihr, mit Hilfe von Pater Born einen gefälschten Taufschein zu bekommen, der schlussendlich Harry vor dem Abtransport rettete. Harry Gelblein hatte einen „arischen“ Vater, lebte jedoch bei einer jüdischen Pflegemutter, die im Jahr 1941 deportiert worden war. Harry kam in die Obhut der IKG und lebte in einem Kinderheim. Im Alter von 14 Jahren begann er eine Schlosserlehre im „Ältestenrat“. Als Harry deportiert

---

<sup>356</sup> Vgl. Litzka, 2010, S. 147.

<sup>357</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 44.

<sup>358</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>359</sup> Vgl. Litzka, 2010, S. 143.

<sup>360</sup> Auf die Betreuung der ungarischen Juden wird im Kapitel 3.13 näher eingegangen.

<sup>361</sup> Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul. Ab 1939 war das Kloster ein Heim für „geltungs-jüdische Mischlinge“. Heute befindet sich in diesen Räumlichkeiten eine durch die Erzdiözese geleitete Tagesheimstätte. Vgl. DÖW (Hg.), Erzählte Geschichte, S. 127, vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1990.

<sup>362</sup> Deportationen löste die Auswanderung ab. Durch das Auswanderungsverbot des NS-Regimes im Jahr 1941 begannen die organisierten „Deportationen“ oder auch „Umsiedlungen“ der jüdischen Bevölkerung, die reichsweit vollzogen wurden. Die Menschen wurden in verschiedene Konzentrationslager verschleppt. <http://www.ns-archiv.de/verfolgung/korherr/korherr-lang.php>, abgerufen am 22.7.2012.

<sup>363</sup> Auf ihre Tätigkeit in den Sammellagern wird noch eingegangen.

werden sollte, wandte sich Franzi Löw zuerst an Brunner und ersuchte mit dem Argument, dass Harry, der im Jahr 1933 geboren und im selben Jahr getauft worden war, als Mischling 1. Grades gelte. Brunner erklärte um 23.00 Uhr, wenn sie einen Taufschein zur Bestätigung ihrer Jahresangabe vorlegen würde, würde der Junge nicht abtransportiert werden. In ihrer Not ersucht sie in der gleichen Nacht Pater Born um Unterstützung, und dieser stellte ihr den gewünschten Taufschein aus. Anschließend eilte sie zu Brunner und dieser erklärt, dass Harry wieder in das Heim zurück gebracht werden kann und er frei sei. Am nächsten Tag musste sich Franzi Löw beim Amtsdirektor Dr. Löwenherz rechtfertigen, der ob ihrer Eigenmächtigkeit sehr wütend war und befürchtete, dass die Gestapo in dieser Causa „Schwierigkeiten“ machen würde, was jedoch nie der Fall war. Harry Gelblein überlebte in Wien. Nach dem Krieg kam es zur Wiedervereinigung mit seiner Pflegemutter und Harry Gelblein wanderte gemeinsam mit ihr in die USA aus.<sup>364</sup>

Im Jahr 1942 musste die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für katholische Juden“ ihre offizielle Tätigkeit auf Weisung des NS-Regimes einstellen. Die IKG übernahm nun auch die Verantwortung für die noch in Wien verbleibenden „katholischen Juden“. Franzi Löw hatte weiterhin Kontakt mit Pater Born und Schwester Verena Buben von der „Caritas socialis“, die sie weiter mit Medikamenten, Lebensmitteln und „arischen“ Brotmarken<sup>365</sup> versorgten.

### 3.11 Die ersten Deportationen – Nisko

Wie schon beschrieben, kam es unmittelbar nach dem Anschluss zu den ersten Deportationen in das KZ Dachau. Unter den ersten Deportierten waren auch führende Mitglieder der IKG Wien<sup>366</sup>. Von 9. bis 11. September 1939 wurden 1.048 jüdische Männer in Wien verhaftet und drei Wochen im Wiener Prater Stadion festgehalten, bis es zur Verschleppung in das KZ Buchenwald<sup>367</sup> kam (1940 waren zwei Drittel von ihnen bereits tot).<sup>368</sup> Nachdem die Auswanderungsmöglichkeiten aufgrund des Krieges für die jüdische Bevölkerung nicht mehr möglich waren, begann die durch die NS-Machthaber geleitete systematische Umsiedlung von West nach Ost und endete mit dem Plan der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.<sup>369</sup>

---

<sup>364</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>365</sup> Juden war die Verwendung von weißem Mehl verboten. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988

<sup>366</sup> Siehe 2.1 Dr. Desider Friedmann (1880-1944) Präsident der IKG von 1932-1938, Ing. Robert Stricker (1879–1944). Nach der Freilassung aus dem KZ Dachau wurden sie ab Ende 1938 in der Zelinkagasse 4 unter Hausarrest gestellt. Vgl. Moser, Nisko, 2012, S. 63.

<sup>367</sup> KZ Buchenwald zählte zu den größten KZs auf deutschem Boden

<sup>368</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 196. Vgl. Weinzierl, 1985, S. 68.

<sup>369</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 281.

## Nisko

Am 10. Oktober 1939 wurde Dr. Löwenherz mitgeteilt, dass eine Deportation österreichischer Juden nach Polen bevorstehe.<sup>370</sup> 1.000 bis 1.200 auswanderungs- und arbeitsfähige Männer sollten ein jüdisches Reservat in Polen aufbauen. Bevorzugt waren Handwerker aller Art, besonders Tischler und Zimmermänner waren erwünscht. Die Namensliste der in Frage kommenden Männer hatte binnen drei Tagen in fünffacher Ausfertigung vorzuliegen. Die Kultusgemeinde wurde angewiesen, für sämtliche Transport- und Verpflegungskosten sowie sämtliches Arbeitsmaterial wie z. B. Werkzeug, Arbeitsbekleidungen aufzukommen. Für den Transport sollten in erster Linie „arme“ (sprich „mittellose“) Juden in Frage kommen, da diesen mangels Geldressourcen die Flucht ins Ausland nicht gelungen war. Aus diesem Grund lud Dr. Löwenherz alle für den Transport in Frage kommenden Männer am 14. Oktober 1939 in die Halle des Stadttempels, um die „Freiwilligen“ zu informieren. Der erste Transport sollte am 18. Oktober 1939 abgehen, verschob sich jedoch auf den 20. Oktober. Zusätzlich waren noch zwei weitere Transporte geplant.<sup>371</sup> Die Liste der „Freiwilligen“, die Dr. Löwenherz dem für die „Aktion“ zuständigen SS-Obersturmführer Rolf Günther vorlegte, war eindeutig zu kurz. Günther erklärte Dr. Löwenherz, dass weit mehr Männer am Transport teilnehmen müssten. Falls es keine Freiwilligen mehr gäbe, würde er diese willkürlich nachbesetzen. Dass es überhaupt zur Meldung von Freiwilligen kam, zeigte, dass man Hoffnung hatte, Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben.<sup>372</sup> Das Verzeichnis der Freiwilligen wurde von der IKG vervollständigt, und alle betroffenen Personen wurden durch ein Rundschreiben über die weitere Vorgangsweise informiert. Der erste Zug nach Nisko sollte jedoch nicht von Wien, sondern von Mährisch-Ostrau<sup>373</sup> abgehen. Vertreter der IKG hatten sich in Mährisch-Ostrau bei Adolf Eichmann in Polen eingefunden, um weitere Aufträge der weiteren Vorgangsweise von ihm zu übernehmen.<sup>374</sup> Am 20. Oktober 1939 verließ der erste Transport Wien. Bei der Abfahrt erklärte SS-Obersturmführer, Rolf Günther, Amtsdirektor Dr. Löwenherz, dass ihm die Freiwilligen „dankbar“ sein würden, bei dieser Aktion dabei sein zu „dürfen“. Die ersten Juden, die aus Mährisch-Ostrau in Nisko am 19. Oktober 1939 ankamen, hatten auf Weisung Eichmanns ein Arbeitslager mit Wachtürmen zu errichten.<sup>375</sup> Das Arbeitslager war mit „Zentralstelle für jüdische Umsiedlung in Nisko am

---

<sup>370</sup> Vgl. Moser, Nisko, Die ersten Judendeportationen, Wien 2012, S. 30 ff.

<sup>371</sup> Vgl. Moser, 2012, S. 41 f.

<sup>372</sup> Vgl. Interview Willy Stern, S. 293.

<sup>373</sup> Mährisch-Ostrau gehörte 1939–1945 zum Protektorat Böhmen und Mähren des Deutschen Reichs.

<sup>374</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 202 f.

<sup>375</sup> Vgl. Moser, 2012, S. 86.

San“ betitelt. Eine Delegation jüdischer Funktionäre aus Prag und Wien, die den ersten „Nisko-Transport“ begleitet hatten, mussten feststellen, dass sie belogen worden waren. Das Gebiet, das sie vorfanden, konnte nicht zur Umsiedlung genutzt werden. Es war durch den Krieg verwüstet worden, die dort ansässigen Polen hatten das Land aber nicht verlassen, ganz im Gegenteil – das Lager wurde regelmäßig von Banden überfallen und beraubt. Als Dr. Benjamin Murrelstein (IKG Wien – gehörte zur „Wiener jüdischen Delegation“, die zu Eichmann nach Polen reisen musste) bei einer Unterredung mit Eichmann einwarf, dass das Gebiet gar nicht von der Bevölkerung verlassen worden war, antwortete Eichmann: „*Dann verjagt und verstoßt den polnischen Bauern.*“<sup>376</sup> Benjamin Murrelstein war bis Anfang November vor Ort, danach kehrte er nach Wien zurück. Die Illusion der NS-Machthaber der Errichtung eines „Judenreservats“ war aufgrund der vorgefundenen Tatsachen wieder gestorben. Ende Oktober kamen noch ein Zug mit Wiener Juden in Nisko an (insgesamt fuhren zwei Züge nach Nisko). Die Angekommenen wurden von der Wachmannschaft beraubt, misshandelt und in das Dorf Zarzecze getrieben.<sup>377</sup> Dort mussten Handwerker und Transportleiter vortreten, der Großteil wurde zur russisch-deutschen Demarkationslinie<sup>378</sup> getrieben. Viele flüchteten in die Sowjetunion, mussten sich dort für die Zusammenarbeit mit den Sowjets entscheiden oder wurden in Arbeitslager nach Sibirien verschleppt. Die Wiener, die es geschafft hatten, in dem von ihnen errichteten Barackenlager zu überleben, versuchen verzweifelt wieder nach Wien zu ihren Angehörigen zurückzukommen. Die Umsiedlung wurde von den NS-Machhabern als gescheitert angesehen, und die Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen Situation (Ende der Verfolgung, neue Heimat) endete nun auch für die jüdischen Männer<sup>379</sup>. Im April 1940 ging ein Rücktransport von 516 Männern, davon 198 Wienern (von ursprünglich mehreren 1.500 Deportierten) zurück in die Heimat. Viele erfuhren zu spät von der Rückreise oder entschieden sich gegen eine Heimfahrt.<sup>380</sup> Die 198 Männer, die im April 1940 aus Nisko nach Wien zurückkehrten, wurden ab dem Frühjahr 1941 wieder deportiert.<sup>381</sup>

Aus Sicht der NS-Machthaber war die Organisation und Durchführung der Umsiedlung schlecht organisiert worden und wurde aus diesem Grund nicht weiter betrieben. Die in Nisko

---

<sup>376</sup> Moser, 2012, S. 85.

<sup>377</sup> Ebd. S. 91.

<sup>378</sup> Demarkationslinie – durch Vertrag zwischen Staaten oder Kriegsparteien festgelegte Grenzlinie. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.d/d197647.htm> abgerufen am 3.8.2012. Da Polen von der Armee des Deutschen Reiches besetzt wurde, nun Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.

<sup>379</sup> Vgl. Interview Willy Stern. In: Erzählte Geschichte, Berichte von Widerstandskämpfer und Verfolgten, Band 3, Jüdische Schicksale, Wien 199

<sup>380</sup> Vgl. Moser, 2012, S. 162.

<sup>381</sup> Vgl. Moser, 2012, S. 163.

gemachte Erfahrung war Vorbild für spätere Deportationen der jüdischen Bevölkerung, die Erkenntnisse erwiesen sich in mancherlei Hinsicht als hilfreich (z. B. Instrumentalisierung der IKG). Die Pläne zur jüdischen Deportationen wurden, wie eingangs erwähnt, weiter verfolgt, die Madagaskar-Pläne wurden verworfen. Der durch Hitler geplante Russlandfeldzug im Jahr 1940 („Unternehmen Barbarossa“)<sup>382</sup> sollte im Osten Raum für die Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung schaffen. Ab 15. Februar 1941 (Transport ging nach Opole ü/Pulawy mit insgesamt 996 Menschen) erfolgten die Deportationstransporte aus Österreich. Insgesamt erfolgten (ohne die zwei Transporte nach Nisko) über 48 Deportationstransporte aus Österreich unter anderem nach Opole, Lagow, Litzmannstadt, Minsk, Riga, Sobibor, Theresienstadt, Auschwitz und Izbica.<sup>383</sup>

### **Die „Wiener Deportationen“**

Am 1. Februar 1941 wurde Dr. Löwenherz bei einer Vorsprache in der Gestapo-Zentrale in Anwesenheit des SS-Obersturmführers Alois Brunner<sup>384</sup> mitgeteilt, dass eine teilweise Übersiedlung der Wiener Juden in das „Generalgouvernement“<sup>385</sup> zu erfolgen sind. Im Frühjahr 1941 wurden 5.013 Menschen in fünf Transporten in das Generalgouvernement (Polen) nach Opole, Modliborzyce, Opatow, Kielce und Lagow deportiert.<sup>386</sup> Die Deportationslisten wurden von der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ erstellt. Die Deportierten durften Gepäck bis höchstens 50 kg Gewicht mitnehmen, inklusive von zwei Decken und zwei Paar Schuhen. Die Menschen hatten sich in einem „Sammellager“ in Wien 2., Castellezgasse 35,<sup>387</sup> einzufinden, ein weiteres Sammellager war in der Kleinen Sperlgasse 2a. Die Lagerleitung oblag den Agenden der SS, einem SS-Unterscharführer, der dem Dienststellenleiter der SS, Alois Brunner, („Brunner I“) unterstand. Jeder, der im Sammellager eintraf, musste vor eine sogenannte „Kommissionierung“. Hier wurde entschieden, wer deportiert werden sollte. Darauf folgte eine weitere „Nachkommissionierung“, diese war schlussendlich für die Deportation entscheidend.<sup>388</sup>

---

<sup>382</sup> Codename für den Angriff der Wehrmacht auf Russland. Vgl. Moser, 2012, S. 168.

<sup>383</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 80.

<sup>384</sup> Alois Brunner war Nachfolger von SS-Obersturmführer Rolf Günther und nun Leiter der „Zentralstelle“.

<sup>385</sup> Gebiet des durch das Deutsche Reich besetzten Polens.

<sup>386</sup> Vgl. Gottwaldt/Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich. 1941–1945. Wiesbaden 2005, S. 46.

<sup>387</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 282

<sup>388</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 290 f.

Die Verpflegung, sowie die Fürsorge der Menschen im Sammellager, musste durch die IKG organisiert werden. Die Menschen hatten bei ihrer Ankunft in den Sammellagern Lebensmittelkarten sowie ihre mit Namen versehenen Wohnungsschlüssel abzuliefern. Im ersten Transport waren viele Mitarbeiter der IKG auf den Deportationslisten angeführt. Dr. Löwenherz versuchte, so viele Mitarbeiter als möglich von den Listen zu streichen und argumentierte, dass diese für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs unentbehrlich seien. Für jeden Mitarbeiter, der in Wien bleiben durfte, musste die Kultusgemeinde „Ersatzpersonen“ stellen.<sup>389</sup> Am 15. Februar 1941 ging der erste Deportationszug von Wien nach Opole ü/Pulawy, am 19. Februar 1941 erfolgte der nächste Transport mit insgesamt 1.010 Menschen nach Kielce.<sup>390</sup> Im Jahr 1941 verließen 13 Deportationstransporte mit insgesamt 13.015 Menschen Wien. Zwischen dem 11. Jänner 1942 und 24. Juni 1943 gingen weitere 47 Deportationstransporte nach Riga, Izbica, Wlodawa, Minsk, Sobibor, Theresienstadt und Auschwitz.<sup>391</sup> Zusätzlich mussten alle deportierten Personen eine Einverständniserklärung abgeben, dass sie freiwillig an diesem Transport teilnehmen und ihr Vermögen „freiwillig dem Staat vermachen würden“.<sup>392</sup> Die großen Transporte waren wie oben erwähnt am 24. Juni 1943 (Deportationstransport-Nr. 46i – 151 Menschen) abgeschlossen, kleinere fanden bis 19. März 1945 (Deportationstransport-Nr. 48e – 11 Menschen) statt.<sup>393</sup> Im Jahr 1934 wurden bei der auf Seite 17 erwähnten Volkszählung 191.481 Juden und Jüdinnen gezählt.<sup>394</sup> Am 1. Jänner 1943 verblieben nur noch 8.053, die per Definition der Nürnberger Gesetze als Juden in Wien galten, 2.425 galten als „Geltungsjuden“, 3.683 Menschen lebten in einer „privilegierten“ und 1.881 Personen in einer „nichtprivilegierten“ Mischehe.<sup>395</sup>

---

<sup>389</sup> Noch waren verschiedene Gruppen von der Deportation verschont: „Halbjuden“ oder „Mischlinge ersten Grades“, die keine Angehörigen des mosaischen Glaubens hatten und nicht mit einem Juden verheiratet waren. Mitarbeiter der IKG, sofern diese für den Amtsbetrieb unentbehrlich waren, und deren Familienmitglieder, sowie Personen, die aus gesundheitlichen Gründen (Blinde, Vollinvalide und Schwerkranke) vom Transport zurückgestellt werden konnten. Vgl. Hilberg, Frankfurt am Main 1990, Band 2, S. 444–449.

<sup>390</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 80.

<sup>391</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 80-83.

<sup>392</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 261.

<sup>393</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 80-83.

<sup>394</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 7.

<sup>395</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 295., vgl. Moser, 1999, S. 54.

*„... ich habe eine Legitimation von der SS  
gehabt, die Sammellager zu betreten ...“*

Franzi Danneberg-Löw

Aufgrund der Aufrufe mittels Deportationslisten hatten sich die Menschen in den angegebenen Sammellagern einzufinden. Die Fürsorgerin der IKG Franzi Löw betrat die Lager zunächst ohne Erlaubnis. Nachdem der Fürsorgerin von der SS der Zugang verwehrt worden war, sie aber ihre Tätigkeit erklärte, erhielt sie schlussendlich durch eine Legitimationskarte die Zutrittsberechtigung für diese Lager. Die Situation der Menschen war erbärmlich, es gab weder Tische noch Stühle, keine Decken, die Menschen schliefen auf Matratzen auf dem Boden. Die Räume waren total verschmutzt und voller Ungeziefer, im Winter waren die Räume ungeheizt.<sup>396</sup> Durch Schilderungen von Häftlingen, die nach dem „Anschluss“ im Jahr 1938 deportiert wurden und danach wieder entlassen worden waren, wusste Franzi Löw, was den Menschen in den Sammellagern bevorstand. Durch ihre Tätigkeit für die IKG war sie jedoch zum Stillschweigen verpflichtet. Mit diesem Bewusstsein betreute sie die Menschen, sie organisierte Dinge, die von den Betroffenen im Chaos der Wohnungsdeportationen zurückgelassen worden waren. Sie kümmerte sich um Bekleidung, Nahrungsmittel, Decken und Medikamente. Im Jahr 1939 erhielt sie den Anruf einer geistlichen Schwester, die ihr mitteilte, dass Mehlspeisen für die Menschen in den Sammellagern gebacken worden waren.<sup>397</sup> Nachdem Löw diese Backwaren im Sammellager abgelieferte hatte, wurde sie von der SS-Wachmannschaft vernommen und über Nacht in einen Keller gesperrt. Man wollte wissen, woher diese Mehlspeisen aus „weißem“ Mehl stammten.<sup>398</sup> Löw gab jedoch nichts preis.

Die Menschen kamen nicht immer über „Aufrufe“ ins Lager, oft kam es zu Razzien von Straßenzügen<sup>399</sup> und die Männer, Frauen und Kinder wurden aus ihren Häusern getrieben und durch die Gestapo in die Lager verschleppt. Franzi Löw wusste von diesen Razzien. Die Ausführung und Leitung hatte die SS über, den Männern der SS wurden sogenannte „Ausheber“<sup>400</sup> zur Seite gestellt. Die Ausheber oder auch Ordner waren Juden, deren Aufgabe

---

<sup>396</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 298.

<sup>397</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991

<sup>398</sup> Juden war das Verwenden von weißem Mehl verboten. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991. Vgl. Hilberg, 1991, S 161.

<sup>399</sup> Wie schon im Kapitel 3.1 erwähnt, musste sich die gesamte jüdische Bevölkerung registrieren lassen. Aufgrund der Registrierung war der jüdische Personenstand genau erhebbbar, die Deportationslisten konnten somit erstellt bzw. Straßenrazzien durchgeführt werden.

<sup>400</sup> „Ausheber“ oder „Rechercheure“ mussten bei Deportationen den Deportierten „zur Hand“ gehen, sprich beim Packen helfen. Nachdem die Wohnungsbesitzer verschleppt worden waren, mussten die Ausheber die

es war, den Deportierten zur Hand zu gehen.<sup>401</sup> Löw selbst war ebenfalls bei zumindest einer Razzia Zeugin und berichtete, wie sie den Verzweifelten half, wichtige Dinge zu packen (Decken, Schuhe, Lebensmittel und Medikamente). Löw schilderte die verzweifelte Situation:

Die Menschen standen unter massiven Schock, weinende und schreiende Kinder, weinende Mütter und verzweifelte Väter, die ihre Familien nicht mehr schützen konnten. Zusammengetrieben, die Halbseligkeiten in einem Rucksack oder Koffer verstaut und auf einem Lastwagen wie Vieh in die Sammellager verschleppt. Dort erwartete die Menschen das nächste Trauma: Die Menschen waren in den Lagern eingepfercht und konnten dieses ausschließlich mit Passierschein verlassen oder wieder betreten. Die Situation war so entsetzlich, dass sich Menschen das Leben nahmen. Alt und Jung waren zusammengepfercht und jeder Würde beraubt. Die Menschen wussten, dass nur noch ein Wunder den Einzelnen retten konnte.

In dieser Trostlosigkeit versuchte Franzi Löw durch ihre Arbeit, den Menschen ein Stück Menschlichkeit und Würde zu vermitteln. Sie konnte den Verschleppten in den Sammellagern, nur durch das Organisieren von Kleidung (die Kleider, die in den jüdischen Wohnungen zurückblieben, kamen in eine eigene Kleiderkammer, die der IKG zur Verfügung stand), Medikamenten und Nahrungsmitteln, sowie trostgebenden Gesprächen helfen.<sup>402</sup> Noch waren sie und ihre Mutter durch ihre wichtige Tätigkeit in der IKG vor einer Deportation geschützt. Sie berichtete, dass sie in dieser Zeit immer einen mit den wichtigsten Dingen fertig gepackten Rucksack hatte, sollten sie und ihre Mutter deportiert werden.<sup>403</sup> Durch die Beendigung der Massendeportationen im Jahr 1943, endete auch ihre Tätigkeit in den Sammellagern.<sup>404</sup>

---

Wohnungen räumen. Die „Ausheber“ hafteten quasi mit ihrem Leben, dass auch alle Deportierten in die Sammellager kamen und niemandem die Flucht gelingen dürfte. Die Ausheber wurden von der IKG gestellt. Zwar weigerte sich Dr. Löwenherz anfänglich, Leute aus „eigener Reihe“ zu stellen. Nachdem aber durch SS-Sturmbannführer Alois Brunner das „System des Aushebens“ eingeführt worden war und dieser nach der Weigerung Dr. Löwenherz selbst eine Truppe der SS, denen zusätzlich 40 jüdische Männer zur Seite gestellt wurden, akquirierte und diese bei den „Aushebungen“ wüteten, gab Löwenherz nach und stellte Personen aus der IKG zur Verfügung. Die Ausheber unterstanden Murren. Hauptquartier war Zimmer 8 der IKG. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 279.

<sup>401</sup> Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 197

<sup>402</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

<sup>403</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw 1988.

<sup>404</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

### 3.12 Die Versorgung von „U-Booten“ – Menschen, die in Wien „untertauchten“

Nicht alle verfolgten Juden und Jüdinnen schafften die Ausreise in ein anderes Land. Viele Menschen in ganz Europa versuchten als sogenannte „U-Boote“ zu leben. Die Historikerin Brigitte Ungar-Klein erklärte, dass aus ihrer Sicht etwa 400 Menschen als U-Boote in Wien lebten. Als U-Boote wurden Menschen bezeichnet, die im Untergrund und offiziell nicht mehr in Wien oder an einem anderen Ort lebten. Dieses Überleben war nur durch Menschen möglich,<sup>405</sup> die ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten. Mit den Ausschreitungen während des „Novemberpogroms“ versteckten sich viele Juden und Jüdinnen aus Angst vor Deportation oder Gefängnis, jedoch in den meisten Fällen nur für einige Tage. Die Verstecke waren einerseits bei jüdischen Freunden, Familienmitgliedern und Bekannten, jedoch auch bei „Ariern“.<sup>406</sup> Durch die laufenden Deportationen, die im Jahr 1941 verstärkt vorangetrieben wurden, und die damit schier ausweglose Situation entschied sich mancher für den Weg des „Untertauchens“. Die größte Schwierigkeit war, einen geeigneten Platz und Menschen zu finden, die sich für die Versorgung der Untergetauchten zuständig fühlten (Essen, Kleidung). Oft waren die Menschen gezwungen, ihr Quartier zu wechseln und pendelten zwischen mehreren Plätzen. Schwierig wurde die Situation, wenn eine ärztliche Behandlung der Versteckten benötigt wurde. Diesen Umstand beschrieb die Schauspielerin Dorothea Neff, die ihre Freundin Lilli Wolf bei sich versteckt hielt. Als diese eine dringende OP benötigte, wurde sie unter dem Namen „Neff“ operiert.<sup>407</sup> Zusätzlich verstärkte sich der Druck auf die „Verstecker“ und die Versteckten, da ein Kriegsende nicht absehbar war. Die Untergetauchten rechneten nicht damit, dass sie oft bis zu drei Jahren versteckt leben sollten.<sup>408</sup> Ab dem Jahr 1944 wurde Wien angegriffen und bombardiert, die Bevölkerung wurde angewiesen, in den Luftschutzkellern Zuflucht zu suchen. Diese Schutzmaßnahme konnten die „U-Boote“ nicht in Anspruch nehmen. Ein zusätzliches Problem stellten die durch den Krieg reglementierten Lebensmittelrationen dar. Anne Frank schilderte in ihrem Tagebuch die Situation des tagelangen „Im-Bett-Liegens“ und der Unterhaltungen im Flüsterton<sup>409</sup> sowie das Gefühl, das Leben nur „vom Fenster aus“ zu beobachten und nicht daran aktiv teilnehmen zu können.

---

<sup>405</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1990, S. 87.

<sup>406</sup> Vgl. Ungar-Klein, 1990, S. 604 f. Vgl. Weinzierl, 1985, S. 87.

<sup>407</sup> Vgl. Kunze, Dorothea Neff, Mut zum Leben, Wien 1983, S. 93 f.

<sup>408</sup> Vgl. Ungar-Klein: Bei Freunden untergetaucht – U-Boote in Wien, 1990, S. 88. Vgl. Weinzierl, 1985, S. 152.

<sup>409</sup> Tagebuch der Anne Frank, 1958, S. 80.

*„... ich habe x-mal eine junge Frau, die sich am  
Flötzersteig versteckt hielt, besucht ...“<sup>410</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Auch Menschen, die sich in Wien versteckt hielten, wurden von Franzi Löw unterstützt. Durch die Versorgung der „U-Boote“ brachte sie sich immer wieder in Lebensgefahr. Wäre ihre Tätigkeit entdeckt worden, wäre die Deportation Löws mit ziemlicher Sicherheit die Sanktion der NS-Machthaber gewesen. Wie sie selbst schilderte, war sie selbstverständlich auch dazu verpflichtet, den „Judenstern“<sup>411</sup> zu tragen. Allerdings erhielt sie in manchen Fällen eine Ausnahmegenehmigung, ohne „Judenstern“ in die Öffentlichkeit zu gehen.<sup>412</sup> Aufgrund dieser Erlaubnis war es ihr möglich, ihre Arbeit zu verrichten ohne „angepöbelt“ zu werden.<sup>413</sup> Wie im Kapitel „Die Situation der jüdischen Bevölkerung in der Zeit zwischen 1938 bis 1945“ erwähnt, wurden die Juden als feindliche Spione stigmatisiert. Als Wien bombardiert worden war, war es geradezu lebensgefährlich, mit dem Judenstern auf die Straße zu gehen. Es wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit zu körperlichen Übergriffen durch die Bevölkerung gekommen. Aus diesem Grund verdeckte Franzi Löw den „Judenstern“, oder sie nahm diesen einfach ab, um so ohne Schwierigkeiten Lebensmittelmarken und Nahrungsmittel aus verschiedenen Haushalten abzuholen.<sup>414</sup>

Abschließend wird angemerkt, dass nur jeder dritte Versteckte als „U-Boot“ überlebte, viele Menschen wurden gefasst und in den meisten Fällen wie ihre Helfer verhaftet und deportiert.<sup>415</sup> Franzi Löw setzte mit ihrer Versorgungstätigkeit wiederholt ihr eigenes Leben, aber möglicherweise auch das Leben ihrer Vorgesetzten und ihrer Mutter, aufs Spiel.

Löw erzählte, dass sie nach Kriegsende noch mit einigen versteckten Menschen brieflichen Kontakt pflegte.<sup>416</sup>

---

<sup>410</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 79.

<sup>411</sup> Ab dem Jahr 1941 wurde die jüdische Bevölkerung zum Tragen des „Judensterns“ verpflichtet. Vgl. Rosenkranz, 1979, S. 279.

<sup>412</sup> Um ein jüdisches Kind von Linz nach Wien zu überstellen, wurde Franzi Löw die Benützung des Zuges von Wien nach Linz und zurück genehmigt. Darüber hinaus erhielt sie die Erlaubnis, die Erledigung ohne Tragen des Judensterns zu absolvieren. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>413</sup> Vgl. Interview Jonny Moser, 2011.

<sup>414</sup> ebenda

<sup>415</sup> Vgl. Bailer-Galanda, 1990, S. 87.

<sup>416</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

### 3.13 Die Situation der jüdischen Bevölkerung und der „Ältestenrat der Juden in Wien“ in den Jahren 1942 bis 1945

Am 20. Juni 1942 fuhr der erste Transport in das „Altersghetto“ Theresienstadt<sup>417</sup>, bis zum 9. Oktober 1942 wurden insgesamt 13.776 Personen nach Theresienstadt verschleppt. Am 24. September 1942 ging der so genannte „Prominenten-Transport“ nach Theresienstadt: Mit ihm fuhren prominente Persönlichkeiten, die bis zu diesem Zeitpunkt noch in Wien zurückgestellt waren,<sup>418</sup> wie z. B. der ehemalige Präsident der IKG, Desider Friedmann. Anfang Oktober 1942 wurden 1.500 Angestellte der IKG mit ihren Familien nach Theresienstadt abtransportiert.<sup>419</sup>

Immer wieder kam es zu weiteren Einschränkungen der jüdischen Bevölkerung. Ab dem 20. Juni 1942 wurden alle jüdischen Schulen geschlossen, die Kinder durften nicht mehr beschult werden und selbst Privatunterricht wurde verboten.<sup>420</sup>

Mit Bescheid vom 31. Oktober 1942 wurde die IKG aufgelöst, mit 1. November 1942 hatte der „Ältestenrat der Juden in Wien“ die Aufgaben der IKG zu übernehmen. Zusätzlich mussten Aufgaben, die bisher von den diversen Hilfsorganisationen<sup>421</sup> verrichtet worden waren, nun auch durch den „Ältestenrat“ übernommen werden. Die Auflösung der IKG hatte rein finanzielle Gründe, das verbliebene Vermögen der IKG wurde nun vom Deutschen Reich absorbiert. Der „Ältestenrat“ setzte sich aus einem „Judenältesten“, dem ein Beirat von drei Personen zur Seite stand, zusammen. In Wien 1., Seitenstettengasse 2-4, befand sich der Sitz des „Ältestenrats“. Die Leitung oblag Dr. Josef Löwenherz. Mitglieder des Beirates waren Wilhelm Bienenfeld, ein in Mischehe lebender Angestellter, der die Leitung der

---

<sup>417</sup> Theresienstadt wurde unter Joseph II. sechzig Kilometer nordwestlich von Prag als Garnisonsstadt gegründet. In der Zeit der NS-Herrschaft diente die Festungsanlage als Gefängnis und „Altersghetto“ für die hauptsächlich jüdischen Insassen. Die „kleine Festung“ diente der Gestapo als Gefängnis, während die „große Festung“ als „Altersghetto“ für ca. 140.000 Jüdinnen und Juden aus Böhmen, Mähren, Österreich, dem Deutschen Reich, Dänemark und der Niederlande benutzt wurde. Theresienstadt wurde von den NS-Machthabern als Altersghetto und „Gnadenlager“ deklariert, aufgrund der vielen Prominenten Insassen diente es der NS-Propaganda als „positives Fallbeispiel“ für die „gute“ Versorgung der jüdischen Bevölkerung. Aufgrund des Hungers, der katastrophalen sanitären Zustände, Mangel an Kleidung und Medikamenten kam es zu 33.000 Toten in Theresienstadt. Ca. 88.000 wurden aus Theresienstadt in weitere KZ's deportiert und dort hingerichtet. Am 7. Mai 1945 wurde das Ghetto durch die „Rote Armee“ befreit, nur 19.000 von 140.000 Jüdinnen und Juden überlebten die Befreiung. Vgl. [http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/index\\_eg.html](http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/index_eg.html) abgerufen am 11. November 2012.

<sup>418</sup> Siehe auch Kapitel 3.14. Zurückgestellt bedeutet, dass bei der Kommissionierung und Nachkommissionierung ein Aufschub der Deportation erfolgt war. Für die brutale Vorgangsweise bei den Kommissionierungen war Brunner II. gefürchtet.

<sup>419</sup> Vgl. Stern, 1990, S. 95.

<sup>420</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, S. 250.

<sup>421</sup> Vgl. Kapitel 2.2.2 bis 2.2.5.

Rechnungskontrolle überhatte, sowie Dr. Heinrich Dessauer und Dr. Benjamin Murrelstein. Die Tätigkeit des Judenrats beschränkte sich auf die Erhaltung von ausschließlich für Juden bestimmte Anstalten: wie zwei Kinderheime, ein Altersheim, ein Heim für Mischehepaare, ein Spital und Friedhof sowie das rituelle Bad.<sup>422</sup> Eine der wichtigsten Aufgaben des „Ältestenrat“ war die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung für die verbleibende jüdische Bevölkerung. Unter der medizinischen Leitung von Dr. Emil Tuchmann wurde versucht, der in Wien zurückgebliebenen jüdischen Bevölkerung Unterstützung zukommen zu lassen. Die Situation für Juden und Jüdinnen war katastrophal, es herrschte Hunger und Kälte, entsetzliche hygienische Verhältnisse und die ständige Bedrohung durch die laufenden Deportationen.<sup>423</sup>

„... im Jahr 42 ist der Ältestenrat der Juden gegründet worden ...“<sup>424</sup>

Franzi Danneberg-Löw

Im Jahr 1942 kam es zur „Umstrukturierung“ und Auflösung der IKG. Franzi Löw interpretierte diesen Vorgang als Kalkül der NS-Machthaber, um das verbliebene Vermögen der IKG zu beschlagnahmen. Ab dem Zeitpunkt der Gründung des „Ältestenrates“ mussten nun alle verbliebenen Juden<sup>425</sup> (nicht nur Glaubensjuden) durch den „Ältestenrat“ betreut werden. Aus Sicht Franzi Löws war die Situation für gläubige Juden leichter, da sie sich zum Judentum bekannten. Viel schwieriger war es für die konvertierten bzw. konfessionslosen Juden, die sich schon lange nicht mehr mit dem Judentum identifizierten, trotzdem aber verfolgt wurden.

Im Jahr 1942 wurde Lily Reichenfeld, die die gesamte Fürsorge innehatte, deportiert. Aus diesem Grund erfolgte die Übertragung sämtlicher Agenden der Fürsorge auf Lily Neufeld<sup>426</sup> und Franzi Löw. In dieser Zeit lautete ihr Arbeitscredo „*Von einem Tag zum anderen Tag*“. Durch das Wissen um die laufenden Deportationen glaubte Franzi Löw als Jüdin nicht zu überleben. Sie erklärte, dass sie ihre Arbeit stets im Bewusstsein verrichtete, dass es kein Morgen geben würde. Immer häufiger kam es zu gefährlichen Situationen. Franzi Löw war jedoch der Meinung, dass die SS wusste, dass sie Lebensmittel organisierte. So wurde sie am

---

<sup>422</sup> Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 92.

<sup>423</sup> Dr. Emil Tuchmann siehe Biographie im Anhang. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 93.

<sup>424</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 45.

<sup>425</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt wurden diese noch von diversen Hilfsorganisationen betreut. Vgl. Kapitel 2.2.2–2.2.5

<sup>426</sup> Lily Neufeld war Angestellte der IKG und unterstützte Löw bei administrativen Tätigkeiten. Sie war durch ihre arische Mutter noch vor Deportationen geschützt. Vgl. Fraller/Langnas. S. 291, A/W 571.

Morzinplatz von einem SA-Mann aufgehalten: Sie war mit zwei Milchkannen und einem Rucksack voll Brot auf dem Weg in das Kinderheim Mohapelgasse. Zusätzlich hatte sie „arische“ Lebensmittelmarken<sup>427</sup> bei sich. Eine halbe Stunde lang wurde sie durch den SA-Mann befragt, konnte dann jedoch ungehindert im Kinderheim ankommen. Zwar „zitterten ihr die Knie“ und sie hatte Angst, zeigte diese jedoch nie gegenüber den NS-Machthabern.<sup>428</sup>

Möglicherweise kann die oben beschriebene Einstellung die Erklärung für ihre mutigen Handlungsschritte (Versorgung der U-Boote, Nichttragen des Sterns ohne explizite Erlaubnis, Zutritt zu den Sammellagern ohne Erlaubnis, „Hamstern“ von Lebensmitteln) und ihre unorthodoxe Arbeitsweise sein. Möglicherweise war die Haltung fatalistisch geprägt, Mignon Langnas<sup>429</sup> zitierte Löw: „Was hat Gott mit mir vor?“<sup>430</sup> Zug um Zug erfolgten die Deportationen, wovon auch die Kinderheime nicht verschont wurden. Das letzte verbleibende Kinderheim war in der Mohapelgasse, in dem nach Löws Erzählungen zirka 30 Kinder überlebten<sup>431</sup>. Der Abtransport der Kinder musste Franzí Löw sehr zugesetzt haben, so beschrieb sie ihre seelische Not und auch die Ohnmacht, nichts mehr tun zu können, wie folgt:

*„... das war eine seelische Belastung für mich, diese Kinder, die wegtransportiert wurden, diese Kinder, mit denen man sich Mühe gegeben hat, dass aus ihnen etwas wird und jetzt werden sie aus dem Heim gerissen und werden in eine Zukunft geschickt, von der man nicht weiß, wie es weitergeht ...“*<sup>432</sup>

Eine „private“ Franzí Löw gab es in dieser Zeit wohl kaum. Franzí lebte nach wie vor mit ihrer Mutter zusammen, die nur geschützt durch die unentbehrliche Tätigkeit ihrer Tochter eine Anstellung in einem jüdischen Kinderheim erhielt. Hedi Löw war oft verzweifelt und trauerte sehr lange um ihren verstorbenen Mann Julius Löw.<sup>433</sup> Zusätzlich kam die stete Sorge um die Tochter Hilde, die nach Theresienstadt deportiert worden war, sowie der Mutter von Hedi Löw, die ebenfalls nach Theresienstadt deportiert worden war, und von der es kein

---

<sup>427</sup> Wie schon erwähnt, hatte die jüdische Bevölkerung eigene Lebensmittelkarten, die wesentlich weniger Rationen als „arische“ Lebensmittelmarken hatten. Vgl. Walk, 1996, S. 312.

<sup>428</sup> Interview Franzí Danneberg-Löw, 1988

<sup>429</sup> Mignon Langnas war eine jüdische Krankenschwester, die mit Franzí Löw befreundet war und diese sehr schätzte. Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 355.

<sup>430</sup> Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 291.

<sup>431</sup> Vgl. A/W 3017

<sup>432</sup> Vgl. Interview Franzí Danneberg-Löw, 1988, S. 93.

<sup>433</sup> Die Mutter Hedwig Löw war bis zum Kriegsende als Angestellte im Heim, Mohapelgasse 3, Wien 2. beschäftigt. Vgl. Interview Franzí Danneberg-Löw, 1988. Das Heim in der Mohapelgasse 3 war das letzte Kinderheim des „Ältestenrates der Juden in Wien“. Vgl. Hecht., 2011, S. 69.

Lebenszeichen gab. Erst im Jahre 1945 erfuhr Franzi Löw, dass die Großmutter in Theresienstadt gestorben worden war.<sup>434</sup> Löw betonte im Interview, dass es zur Großmutter keinen Kontakt in Theresienstadt gegeben hatte. Möglicherweise wurde die Schwester Hilde von Franzi mit Lebensmittelpaketen und Briefen versorgt, dafür gibt es aber keine Belege.<sup>435</sup> Die Sorge um die Verwandten, von denen man nicht wusste, wie es ihnen erging, und die Sorge, ob man den morgigen Tag überleben würde, prägte das Leben von Franzi Löw in der Zeit zwischen 1942 und 1945. Nach Abschluss der großen Deportationen waren in Wien ca. 8.000 Juden und Jüdinnen zurückgeblieben, die durch die Ehe mit Nicht-Juden, sogenannten „Mischehen“, vor den Deportationen geschützt waren.<sup>436</sup>

Im Jahr 1943 erhielt Franzi Löw die Erlaubnis, für einen Tag mit der Bahn in das KZ Mauthausen<sup>437</sup> zu fahren. Warum sie diese Erlaubnis erhielt, ist nicht bekannt. Löw suchte um „Besuchserlaubnis“ an und erhielt diese nur ein einziges Mal. Franzi Löw war nach dem Kontakt in Mauthausen derart geschockt über das Gesehene, dass sie nie darüber sprach. Selbst das Interview im Jahr 1988 brach sie mit den Worten ab:

*„Aber ich habe nur die Bewilligung ein einziges Mal gehabt, nach Mauthausen zu fahren. [...] Man hat mir nur einmal gestattet, mit der Bahn zu fahren und da bin ich nach Mauthausen gekommen und da habe ich gesehen, was ein KZ ist. [...] ich einen derartigen Schock bekommen, daß ich niemanden gegenüber – und heute auch nicht – spreche, wie es dort ausgesehen hat.[...] Aber auch heute rede ich nicht über Mauthausen, es regt mich viel zu sehr auf.“<sup>438</sup>*

Die Stimmung innerhalb der Wiener Bevölkerung wurde auf Grund der Kriegereignisse zu dieser Zeit immer schlechter, die anfängliche Kriegsbegeisterung und Euphorie ließ nach. Löw erzählte, dass die jüdische Bevölkerung zu Kriegsbeginn die Hoffnung hegte, dass die Kriegsgeschehnisse (Siege und Machtgewinn des Deutschen Reiches) die NS-Machthaber vom Problem „Juden“ ablenken würden. Nach den anfänglichen Siegen der Wehrmacht (Okkupation Frankreichs, Dänemark und Norwegens) war die Stimmung in der Bevölkerung nach dem gescheiterten Russlandfeldzug nicht mehr euphorisch, da die hohen menschlichen Verluste die Bevölkerung schockiert hatten.<sup>439</sup>

---

<sup>434</sup> Jenny Stern. (mütterliche Großmutter von Franzi Danneberg-Löw)

<sup>435</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991

<sup>436</sup> Vgl. Moser, 1999, S. 53.

<sup>437</sup> Das KZ Mauthausen war das größte KZ der ehemaligen Donau- und Alpenreichsgaue, 15 km von Linz.

<sup>438</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 52 f.

<sup>439</sup> Vgl. Müller, Der zweite Weltkrieg, Stuttgart 2004, S. 84 f.

Nach den anfänglichen Siegesnachrichten und triumphierenden Reden, die Löw sehr verunsicherten und beklemmten, wechselte die Stimmung in der Wiener Bevölkerung. Löw erzählte: „... mit Stalingrad war die Stimmung am Nullpunkt ...“.<sup>440</sup> Das merkte auch die Mutter Löw, die ihrer Tochter immer wieder von Nachbarn berichtete, die freundlicher auf die Löws reagierten. Dr. Danneberg und seine Tochter Traudl besuchte Löw jeden Donnerstag in deren Wohnung. Im Jahr 1944 wurde Dr. Danneberg zum „Volkssturm“<sup>441</sup> eingezogen, in dieser Zeit hielt Löw weiter Kontakt mit seiner Tochter.

Im Jahr 1944 kam auf den „Ältestenrat“ und somit auch auf Franzi Löw mit Ankunft der verschleppten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter in Wien noch eine große Aufgabe zu.

Wie oben erwähnt, veränderte sich die Stimmung der Bevölkerung durch die Niederlage in Stalingrad. Die deutsche Wehrmacht kämpfte an zwei Fronten, der Ost-Front (gegen die „Rote Armee“) und der West-Front (gegen Großbritannien und die USA). Mit der Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie dehnten sich die Kampfhandlungen im „Deutschen Reich“ immer weiter aus.<sup>442</sup>

### 3.14 Franzi Löws Tätigkeit in den Sammellagern und die Situation der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen

In Folge der Besetzung Ungarns (März 1944) durch die Deutsche Wehrmacht („Operation Margarethe I“<sup>443</sup>) kam es zur Verschleppung ungarischer Juden und Jüdinnen in das Gebiet des heutigen Österreichs, den Donau- und Alpenreichsgauen.<sup>444</sup> Am 16. Juni 1944 begannen die Deportierungen von ca. 41.000 ungarischen Juden aus der Region Szolnok, Szeged und Debrecen. Weniger als zwei Drittel wurden in das KZ Auschwitz deportiert, die anderen wurden nach Strasshof an der Nordbahn verschleppt. Dem damaligen Wiener Bürgermeister Hanns Blaschke wurden anfänglich 12.000 Zwangsarbeiter angekündigt. Tatsächlich

---

<sup>440</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S106.

<sup>441</sup> Der „Volkssturm“ war das letzte Aufgebot, um das Land zu verteidigen. Männer im Alter zwischen 16 und 60 Jahren wurden einberufen, die Wehrmacht zu unterstützen. Erlass Adolf Hitlers aus dem Jahr 25.9.1944, vgl. <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclo.v/v813620.htm>, abgerufen am 12. August 2012.

<sup>442</sup> Vgl. Friedländer/Kenan, Das Dritte Reich und die Juden. 1933–1945. München 2010, S. 422 f.

<sup>443</sup> „Operation Margarethe“ war der Codename für die Besetzung des Königreichs Ungarn durch die Deutsche Wehrmacht am 19.3.1944.

<sup>444</sup> Vgl. Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien 2010, S. 21.

erreichten Wien aber 15.000 Juden und Jüdinnen unter unmenschlichen Umständen<sup>445</sup>. Hauptverantwortlicher für die Organisation der Verschleppung aus Ungarn war SS-Obersturmbannführer Siegfried Seidl<sup>446</sup>, der am 9. Juli 1944 als stellvertretender Leiter des Außenkommandos nach Wien versetzt worden war und in dessen Zuständigkeit die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter in Wien und Niederösterreich fielen.<sup>447</sup>

Das im Jahr 1941 Lager Strasshof befand sich am Bahnhofsgelände. Ursprünglich war es als Auffang- und Durchgangslager für deutsche Umsiedler aus den Ostgebieten installiert worden, die im Deutschen Reich Arbeit suchten.<sup>448</sup> Das Lager war mit einem Wachturm und Stacheldrahtzaun versehen. Da es unmittelbar mit den Gleisen verbunden war, konnten die Züge direkt ins Lager rollen. Es bot für 6.000 Menschen, die in Holzbaracken lebten, Platz. Die Ankunft von 15.000 Menschen zwischen Juni und Juli 1944 überstieg die Kapazitäten des Lagers. Tausende mussten unter freiem Himmel schlafen, bis sie registriert und zu den verschiedenen Arbeitgebern (wie z. B. Arbeitseinsätze bei der Gemeinde Wien – diese setzte die Zwangsarbeiter für Aufräumarbeiten nach Bombenschäden ein – sowie Arbeitseinsätze bei kriegswichtigen Gewerben und Industriebetrieben)<sup>449</sup> weitertransportiert wurden. Die Menschen mussten sich entkleiden, wurden desinfiziert, medizinisch abgeklärt, fotografiert und mit einer Kennnummer versehen, welche auf den Arm gestempelt wurde. Die Behandlung war speziell für Frauen demütigend, die nackt vor der männlichen Wachmannschaft Spalier stehen mussten.<sup>450</sup> Die medizinische Untersuchung diente der Abklärung von Arbeitsfähigkeit bzw. Nichtarbeitsfähigkeit. Bei Arbeitsfähigkeit wurde der Arm der betroffenen Person mit einem „R“, bei Nichtarbeitsfähigkeit mit einem „L“ gekennzeichnet. Interessanterweise war es das Bestreben des Sondereinsatzkommando-Außenkommandos Wien, kurz SEK,<sup>451</sup> dass Familien nicht getrennt werden sollten. Ganz im Gegenteil, Franz Löw wurde gestattet, in den Lagern für „Familienzusammenführung“ zu sorgen. Nach der erfolgten Selektion standen die Ungarn den Arbeitgebern zur Verfügung

---

<sup>445</sup> Die Menschen wurden zusammengepfertcht, teilweise ohne Wasser, vier bis fünf Tage mit wenigen Halts nach Wien verschleppt. Auf dem Transport, auch mit Kranken und Säuglingen, verstarben einige vor der Ankunft. Lappin erklärte, dass die Zahl der Toten bei Ankunft unklar war. In der Zeit zwischen 3. und 31. Juli 1944 wurden 144 Menschen am jüdischen Teil (Tor 4) des Wiener Zentralfriedhofs bestattet. Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 67. Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1990.

<sup>446</sup> Die Person Siegfried Seidl wird im Anhang näher erklärt.

<sup>447</sup> Vgl. Lappin-Eppel, Wien 2010. Vgl. Rabinovici, 2000, S. 315 f.

<sup>448</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 61.

<sup>449</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 100.

<sup>450</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 66–68.

<sup>451</sup> SEK: Abkürzung für „Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn – Sondereinsatzkommando – Außenkommando Wien“, Sitz ab Juli 1944 in Wien 2, Castellezgasse 35. Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 71.

und wurden auf die verschiedenen Arbeitslager weiterverteilt.<sup>452</sup> Der Bau des Südostwalls war ein wichtiger zusätzlicher Bereich (Verteidigungswall zum Schutz gegen die vorrückende „Rote Armee“), an dem die Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.<sup>453</sup> Der Südostwall sollte als Verteidigungslinie dienen, und ab Herbst 1944 von Pressburg über Weiden (am Nordrand des Neusiedler Sees) über Ödenburg bis in die Untersteiermark reichen. Aufgrund der Kriegsereignisse wurde der Südostwall jedoch nie fertiggestellt.<sup>454</sup>

Wie schon oben erwähnt, war SS-Obersturmbannführer Seidl, unter der Leitung von Hermann Krumey,<sup>455</sup> für die Lebensbedingungen der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter zuständig. Die hygienischen und gesundheitlichen Zustände waren schlecht. Erschwerend war die mangelnde Bekleidung der Menschen, die im Sommer mit entsprechender sommerlicher Kleidung nach Wien verschleppt worden waren. Sie benötigten neben medizinischer und hygienischer Versorgung auch dringend warme Bekleidung. Aus diesen Gründen wurde nach einer Fürsorgerin gesucht.

*„... da bin ich vom Bahnhof verständigt worden,  
dass ich auf den Bahnhof kommen soll,  
weil ungarische Juden angekommen sind ...“*

Franzi Danneberg-Löw

Franzi Löw wurde telefonisch über die Ankunft der ungarischen Juden und Jüdinnen verständigt und eilte sofort zum Nordbahnhof<sup>456</sup>. Dort bot sich ihr ein schrecklicher Anblick: Die Menschen waren wie Vieh in die Waggons gepfercht worden und lagerten nun völlig erschöpft und verzweifelt unter freiem Himmel. Die Ungarn wurden nach der Ankunft relativ rasch in die verschiedenen Arbeitslager im Raum Wien und Niederösterreich aufgeteilt.

Der Lagerleiter des Lagers Wien 15., Hackengasse 11, urgierte beim „Ältestenrat“ um Unterstützung durch eine Fürsorgerin. So betrat Franzi Löw erwähntes Lager, wo ihrer

---

<sup>452</sup> Löw erinnerte sich an 41 Arbeitslager.

<sup>453</sup> Vgl. Wartlik, Das Arbeitslager für ungarische Juden in Engerau im Rahmen des Südostwallbaues aus der Perspektive der Prozesse vor dem Volksgericht Wien 194 –1955, Diplomarbeit, Wien 2008.

<sup>454</sup> <http://zweiter-weltkrieg-lexikon.de/index.php/Kriegsfuhrung-und-Taktiken/Stellungen-und-Verteidigungslinien/Suostwall-Reichsschutzstellung.html>, abgerufen am 3.5.2012

<sup>455</sup> SS-Obersturmbannführer Hermann Alois Krumey war dem Referat IV B 4 zugeteilt und wurde am 19. März 1944 nach Ungarn versetzt, um die Vernichtung und Deportation der ungarischen Juden zu organisieren. Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 71.

<sup>456</sup> Viele Arbeitgeber suchten die Arbeitskräfte schon in Strasshof aus, viele Familien wurden jedoch auch per Bahn auf den Wiener Westbahnhof überstellt. Vgl. Lappin-Eppel, S. 2010, S. 70.

Schätzung nach ca. 600 verängstigte und erschöpfte jüdische Ungarn untergebracht waren.<sup>457</sup> Löw erklärte den Verschleppten, dass sie ebenfalls Jüdin sei und in das Lager gekommen sei, um zu helfen. Danach wurde mit Hilfe eines deutsch sprechenden Juden namens Göndör eine Liste der wichtigsten benötigten Dinge, wie Medikamente und Kleidung, zusammengestellt. Aus der Kleiderkammer des „Ältestenrats“<sup>458</sup> organisierte sie nun das Notwendigste (Hosen, Anzüge, Wäsche etc.). Mit einem Handwagen, der so groß wie ein Tisch war, schleppte sie die Dinge von einem Lager zum anderen und verteilte diese an die Menschen. Die Art der Versorgung funktionierte anfänglich gut, bis sie jedoch bei einem Lagerbesuch von einer SS-Wache aufgehalten wurde.

*„... und bin aufgehalten worden von einem SS-Mann, der mich gefragt hat, was ich will. Ich habe gesagt, es sind ungarische Juden in dem Lager, ich will zu ihnen, ich bin selbst Jüdin, will ihnen helfen, will sie fragen, welche Wünsche sie an mich stellen. Daraufhin hat er gesagt: ‚Einen Moment‘, hat mich warten lassen, es ist ein Auto gekommen und hat mich geschnappt mit meinem Rucksack und hat mich – damals war der SS-Obersturmbannführer in der Castellezgasse untergebracht – der hat Seidl geheißten. Der hat mit mir geschrien, was ich will in dem Lager und daraufhin habe ich gesagt: ‚Ich bin Jüdin, es sind ungarische Juden in ihrer Not jetzt nach Wien gekommen und ich tue nichts anderes, als das, was auch Sie täten, Ihren Mitbrüdern zu helfen. Also, so versuche ich, meinen Mitbrüdern auch zu helfen. Wenn Sie in meiner Lage wären und sehen würden, wie Brüder, wie jetzt unsere ungarischen Juden, in Not zu Ihnen gekommen wären, dann wären Sie aufgestanden und hätten ihnen genauso geholfen, wie ich es versuche. Ich weiß, ich kann ihnen nicht viel helfen, aber sie sollen das Gefühl haben, sie sind nicht allein, es ist jemand da, der ihnen helfen will.‘ Daraufhin hat er gesagt, ich habe einen Fehler gemacht, dass ich nicht bei ihm war, ich hätte zu ihm kommen müssen und ihm sagen, dass ich die Lager besuchen will. Ab heute gibt er mir eine Bestätigung, [...], dass ich berechtigt bin, die Lager zu besuchen und den Lagerinsassen ihre Wünsche erfüllen darf.“<sup>459</sup>*

Ab diesem Zeitpunkt erhielt sie in Form einer schriftlichen Zutrittsberechtigung die Erlaubnis, die Lager zu betreten und somit die Menschen mit dem Notwendigsten zu versorgen. Zur Versorgung mittels Kleidung und Lebensmittel wurde sie zusätzlich mit der Aufgabe der

---

<sup>457</sup> Im Lager Hackengasse befanden sich in der Zeit vom März bis April 1945 zwischen 450 und 600 ungarische Juden und Jüdinnen. Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 92.

<sup>458</sup> Die Kleiderkammer der Kultusgemeinde setzte sich aus den Beständen der deportierten Menschen zusammen. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 93.

<sup>459</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 31.

„Familienzusammenführung“ betraut.<sup>460</sup> So hatte sie die Möglichkeit, in den verschiedenen Lagern nach Angehörigen und vermissten Personen zu forschen und diese in einem Lager gemeinsam unterzubringen. In den Monaten Jänner bis März 1945 erhielt der „Ältestenrat“ durch das „Rote Kreuz“ für die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter Hilfspakete aus der Schweiz, die Franz Löw unter den Zwangsarbeitern verteilen musste.<sup>461</sup> Die Kisten wurden auf Franz Sara Löw adressiert. Franz Löw wurde in dieser Zeit durch Dr. Löwenherz ein Mann zur Seite gestellt, der ihr helfen sollte, die Lebensmittel, Bekleidung und Schuhe so rasch als möglich von einem Lager zum anderen zu transportieren.

*„Und eines Tages hat der Amtsdirektor sogar verfügt, dass mir ein Mann zur Seite gegeben wird, der mir diesen Wagen schieben hilft. Und wenn es zu einem Bombenangriff gekommen ist, ist mir dieser Mann auf und davon und ich bin mit den Sachen dagestanden und hab schauen müssen, dass ich weiter ins Lager komme, damit ich die Sachen verteilen kann. Also mit dieser Hilfe war es sehr schlecht bestellt.“<sup>462</sup>*

### **3.15 Das Kriegsende**

Am Jahresanfang 1945 zeichnete sich die Niederlage der Deutschen Wehrmacht gegen die Alliierten<sup>463</sup> immer deutlicher ab. Die „Rote Armee“ zog vom Osten auf dem Landweg gegen das Deutsche Reich. Neben der Bedrohung Wiens durch die näherkommende „Rote Armee“ (aus Sicht der NS-Machthaber) kam es ab Mitte Februar 1945 zu massiven Luftangriffen der 15. US-Luftflotte auf Wien. Aufgrund der Bombardierung kam es zu Tausenden von Toten und Verletzten sowie zu erheblichen Schäden an Gebäuden der Stadt.<sup>464</sup> Am 12. März 1945 erfolgte der größte Bombenangriff auf österreichisches Gebiet. Die 15. US-Luftflotte warf innerhalb von eineinhalb Stunden 1.667 Bomben auf Wien ab. Gebäude wie die Staatsoper, die Hofburg und das Kunsthistorische Museum wurden getroffen. Alleine im März 1945 wurden 1.547 Menschen bei den Luftangriffen getötet. Die Zeit der Bombardierung verbrachte die schutzsuchende Bevölkerung in den Luftschutzkellern.

---

<sup>460</sup> Vgl. A/W 467.

<sup>461</sup> Vgl. Interview Franz Danneberg-Löw, 1991. Vgl. Lappin Eppel, 2010, S. 87.

<sup>462</sup> Interview Franz Danneberg-Löw, 1988, S. 110.

<sup>463</sup> „Alliierte“ bedeutet „Verbündete“, in diesem Fall die Verbündeten gegen das „Deutsche Reich“ (Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR).

<sup>464</sup> Vgl. Ulrich, 1994, S. 26–27, <http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/maerz.html>, abgerufen am 3.6.2012.

Franzi Löw und ihre Mutter suchten während der Bombardierung Schutz im Keller des „Ältestenrates“ in der Seitenstettengasse. Ein Bereich des Kellers in der Seitenstettengasse musste für die Mitarbeiter der SS,SA und der Gestapo freigehalten werden.

Löw behauptete, dass die Gestapo davon ausging, dass die Seitenstettengasse nicht Ziel der Bombardierung sein würde. Im März 1945 kam es zu einem Bombentreffer auf die Seitenstettengasse: Löw erzählte, dass hunderte Menschen zu Tode kamen und es viele Verletzte gab.<sup>465</sup>

Löw erzählte auch, dass sich die Stimmung innerhalb der Bevölkerung und der NS-Machthaber sich änderte, sukzessive kam es zur Auflösung der Arbeitslager der ungarischen Zwangsarbeiter die Franzi Löw noch einmal persönlich wahrnahm.

*„Und die letzten Deportationen gingen von den ungarischen Juden in die verschiedensten Konzentrationslager. Aber das haben wir nicht mehr gewusst, wir haben nur gesehen, wie sie geholt wurden und aus den Lagern vertrieben wurden und weggetrieben wurden, in Viehwaggons verladen wurden.“<sup>466</sup>*

Die meisten ungarischen Juden und Jüdinnen wurden nach Auflösung der Arbeitslager in Konzentrationslager mittels Güterwagons, aber auch zu Fuß in sogenannten Todesmärschen verschleppt oder schon auf dem Weg zu den Konzentrationslagern ermordet.<sup>467</sup>

Im Zeitraum von März bis April 1945 wurden ca. 6.000 ungarische Juden nach Theresienstadt verschleppt.<sup>468</sup>

Einigen gelang die Flucht aus den Arbeitslagern und sie versuchten, in Verstecken zu überleben. Zwölf ungarischen Juden gelang die Flucht und sie retteten sich zu Franzi Löw, an ihre Dienststelle in der IKG. Diese konnte für die Geflohenen in Wien bei „arischen“ Helfern Kellerverstecke<sup>469</sup> organisieren. In den letzten Kriegsmonaten wurden diese ungarischen Juden und Jüdinnen von Franzi Löw mit Kleidung und Medikamenten versorgt und konnten so bis zur Befreiung von Wien überleben.<sup>470</sup>

---

<sup>465</sup> In der Zeit der Bombardierung schliefen Löw und ihre Mutter auf Matratzen im Keller der Seitenstettengasse, den man für sicherer hielt als den Keller im eigenen Wohnhaus. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>466</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 105.

<sup>467</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 115.

<sup>468</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 155.

<sup>469</sup> Franzi Danneberg-Löw brachte die Geflohenen unter anderem am „Tiefen Graben“, im Keller ihres Verlobten Dr. Danneberg, unter.

<sup>470</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1991.

Am Dienstag, dem 3. April 1945, erklärte der Reichsverteidigungskommissar und Gauleiter von Wien Baldur von Schirach<sup>471</sup> in einer Rede:

„Wiener und Wienerinnen! Die Zeit der Bewährung ist gekommen. Der Russe, schon der traditionelle Feind des alten Österreich, nähert sich unserer Stadt. Jeder von uns wird seine Pflicht bis zum Äußersten tun. Aber auch jeder Helfer ist uns willkommen.“<sup>472</sup>

Zwischen 5. und 13. April entbrannte der Kampf um Wien zwischen der „Roten Armee“<sup>473</sup> und der Wehrmacht.<sup>474</sup> Kurz vor Einmarsch der Russen kam es immer noch zu Übergriffen der SS auf die in Wien verbliebenen jüdischen Menschen. Besonders eindrucksvoll schilderte Löw die Erschießung von neun Juden, die im Keller der Förstergasse Zuflucht gesucht hatten: Bei einer Kontrolle durch die SS, die die Häuser des 2. und 20. Bezirks kontrollierten, wurden die SS-Leute auf die Juden und Jüdinnen aufmerksam, die zwischen den Zivilisten in den Keller geflüchtet waren. Schwer misshandelt mussten sie sich ihr eigenes Grab schaufeln und wurden dann von SS-Angehörigen exekutiert.

*„Am Ende des Krieges sind in letzter Minute in der Förstergasse fünf Leute (...) von der Kultusgemeinde auch erschossen worden, und die mussten sich selber ihre Grube graben.“*<sup>475</sup>

Am 14. April 1945 war der Kampf um Wien geschlagen und Wien von der „Roten Armee“ besetzt.<sup>476</sup>

---

<sup>471</sup> Baldur von Schirach war ab 1941 Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien. Am 24. Februar 1945 wurde Schirach nach Berlin bestellt und bekam von Adolf Hitler den Befehl, als „Reichsverteidigungskommissar“ die Stadt Wien bis zum Letzten zu verteidigen.

<sup>472</sup> Vgl. <http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html>, abgerufen am 17.5.2012

<sup>473</sup> „Rote Armee“ ist die Bezeichnung für das Heer und die Luftwaffe der Sowjetunion.

<sup>474</sup> Vgl. Lappin-Eppel, 2010, S. 166.

<sup>475</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 107.

<sup>476</sup> Franzi Danneberg-Löw 1991, Fraller/Langnas, 2010, S. 312. Die Erschossenen erhielten nach Kriegsende ein Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof, Tor 4, <http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html>, abgerufen am 6.5.2012. Franzi Löw sprach von fünf Toten, es wurden jedoch neun Menschen exekutiert. <http://www.doew.at/projekte/holocaust/shoah/ende/ende.html>, abgerufen am 4.7.2012.

*„... plötzlich waren die Russen da und wir haben geschaut,  
wie der erste Russe aussieht ...“<sup>477</sup>*

Franzi Danneberg-Löw

Franzi Löw berichtete über das Kriegsende und die vorangegangenen Ereignisse. Löw und andere Mitglieder des „Ältestenrats“ konnten beobachten, dass die SS und die SA Akten vernichteten. Durch „illegales Abhören“ der „feindlichen“ Radiosender wurden Löw und andere Angestellte des „Ältestenrates“ durch Dritte über die aktuelle politische Lage und Kampfhandlungen informiert.<sup>478</sup> Diese Informationen gaben den verbliebenen Juden in Wien Hoffnung auf Befreiung und Überleben. Schlussendlich wusste Löw, dass die Befreiung durch die „Rote Armee“ bevorstand. Doch war die Angst vor den Sowjets, speziell von Frauen, groß, Gerüchte über Vergewaltigungen machte die Runde. Als die Russen Wien einnahmen und in die Seitenstettengasse eindringen, flüchteten Franzi und ihre Mutter in der Nacht zur Tochter des Richters Dr. Wilhelm Danneberg, Traudl Danneberg, auf den Tiefen Graben. Dort blieben Mutter und Tochter drei Tage vor den Russen versteckt, bis aus Löws Sicht das „Schlimmste“ vorüber war.

*„Über die Russen hat man nur Schlechtes gehört. Die Russen haben vergewaltigt [...]. Effektiv war es so, dass wir in einer Nacht plötzlich aus der Seitenstettengasse geflüchtet sind, weil die Russen gekommen sind und uns aus den Kellern verjagt haben. Uns so sind wir in der Nacht plötzlich dagestanden, [...] Und da habe ich mich an die Worte meines Mannes erinnert „Wenn du einmal nicht weißt, wohin du gehen sollst, dann komm bitte zu mir nach Hause [...] Und die Tochter meines Mannes hat uns aufgenommen, und wir haben so die ersten Tage dort verbracht. Dann hat es zwei, drei Tage gedauert bis man auf die Straße gehen durfte.“<sup>479</sup>*

„Während des Zweiten Weltkrieges, bei Kriegsende und in der Nachkriegszeit kamen Vergewaltigungen durch Angehörige aller Truppen vor. Besonders hoch ist jedoch die Zahl der Vergewaltigungen durch Soldaten der „Roten Armee“: In Wien wurden 70.000 bis 100.000 Frauen Opfer einer Vergewaltigung. Zu dieser Zeit nahmen venerische Krankheiten wie Gonorrhö drastisch zu. Die Welle der Vergewaltigung durch die „Rote Armee“ löste

---

<sup>477</sup> Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 111.

<sup>478</sup> Mit Kriegsbeginn war das Abhören von ausländischen Sendern und/oder die Verbreitung von Informationen ausländischer Sender verboten. Die Verfolgung bei Nichtbeachtung erfolgte durch die Gestapo und konnte mit Todesurteil bestraft werden. Vgl. [http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle\\_michael.pdf](http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle_michael.pdf), abgerufen am 30.6.2012.

<sup>479</sup> Interview Franz Danneberg-Löw, 1988, S. 112.

einen Schock in der Bevölkerung aus.“<sup>480</sup> „Der Historiker Hugo Hantsch beschrieb die Stimmung der Bevölkerung im Jahr 1945: Diese Menschen werden niemals vergessen, was die ‚Rote Armee‘ unseren Frauen angetan hat. Das derzeitige Gefühl der einfachen Menschen, dass die Russen Untermenschen sind, wird anhalten, solange diese Generation lebt.“<sup>481</sup>

Um die Lebenswelt Französischer nach dem Zweiten Weltkrieg besser verstehen zu können, wird vorerst ein Blick auf die politische und wirtschaftliche Situation in Österreich geworfen.

Vorab noch eine für Österreich wichtige Rückschau auf das Jahr 1943: In der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 beschlossen Außenminister Anthony Eden (GB), Cordell Hull (USA) und Wjatscheslaw M. Molotow (UdSSR) eine Erklärung über Österreich. In dieser wurde Österreich zum ersten Land erklärt, dass der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen war. Zugleich sollte Österreich von der deutschen Herrschaft befreit werden, Österreich sollte als freier und unabhängiger Staat wiederhergestellt werden.<sup>482</sup> In den Wochen nach dem Zweiten Weltkrieg konstituierten sich im sowjetisch besetzten Wien und Niederösterreich die politischen Parteien: SPÖ, ÖVP, und KPÖ, die unter der Leitung von Karl Renner<sup>483</sup> eine provisorische Regierung bildeten. Am 27. April 1945 wurde die Wiedererrichtung der Republik Österreich proklamiert, die Regierung wurde vorerst nur von der Sowjetunion anerkannt.

Am 20. Oktober 1945 wurde die Regierung Renners auch von den westlichen Alliierten anerkannt.

Am 25. November 1945 wurden die ersten Nationalratswahlen der Zweiten Republik abgehalten, aus der die Österreichische Volkspartei als Sieger hervorging (ca. 1,6 Millionen Wahlberechtigte).. Viele Männer waren noch in Kriegsgefangenschaft, ehemalige NSDAP-Mitglieder waren von der Wahl ausgeschlossen. Am 20. Dezember 1945 trat die Renner-Regierung zurück, unter Leopold Figl (ÖVP) als Bundeskanzler und Adolf Schärf (SPÖ) als Vizekanzler begann die neu bestellte Regierung ihre Arbeit.<sup>484</sup> Die Regierung Figl hatte die Aufgabe, die „NS-Probleme“ zu lösen (Entnazifizierung, Flüchtlings- und

---

<sup>480</sup> Stelzl-Marx, Die Vergewaltigung durch Soldaten der Roten Armee. In: Fraller/Langnas (Hg.) Mignon. Tagebücher und Briefe einer Krankenschwester in Wien 1938–1949, Innsbruck 2010, S. 318.

<sup>481</sup> Mueller, Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien/Köln/Weimar 2005, S. 114.

<sup>482</sup> Vgl. Ackerl/Kleindl, 1994, S. 533.

<sup>483</sup> Karl Renner. Sozialdemokrat und österreichischer Staatsmann wurde im Dezember 1945 einstimmig von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt und hatte dieses Amt bis zu seinem Tod inne. Vgl. <http://www.aeiou.at/aeiou.encycloped.r/r503460.htm>, abgerufen am 3.8.2012.

<sup>484</sup> Vgl. Ackerl/Kleindl, 1994, S. 542.

Vertriebenenproblematik).<sup>485</sup> Alle Personen, die zwischen Juli 1933 und 27. April 1945 Mitglieder der NSDAP oder Mitglieder der SS, SA und anderen nationalsozialistischen Verbänden waren, mussten sich registrieren lassen; sie waren vom Wahlrecht und von bestimmten Berufen ausgeschlossen.<sup>486</sup> Im Jahr 1946 wurde durch den Nationalrat ein „Nationalsozialistengesetz“ erlassen, das die rund 540.000 registrierten Nationalsozialisten in Kriegsverbrecher, Belastete und Minderbelastete („Mitläufer“) einteilte. Für die NS-Verbrechen wurden eigene Gerichte – die Volksgerichte – geschaffen. Die Volksgerichte waren Schöffengerichte, bestehend aus drei Laienrichtern sowie zwei Berufsrichtern.<sup>487</sup> Rechtsgrundlage bildete das Verbotsgesetz (VG) sowie das Kriegsverbrechergesetz (KVG). Die Bestimmungen der österreichischen Strafprozessordnung über Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde waren außer Kraft gesetzt. Nach 1945 wurden gegen 136.829 Personen Vorerhebungen wegen Verdachts nationalistischer Verbrechen durchgeführt, davon erfolgten 23.477 gefällte Urteile und 13.607 Verfahren endeten mit Schuldspruch. Die Volksgerichte fällten 43 Todesurteile und 29 Verurteilungen zur lebenslänglichen Haft; 80 Prozent der Urteile entfielen auf die Jahre 1945 bis 1948. Folgende Verbrechen wurden unter anderem durch die Volksgerichte verfolgt:

- Verbrechen im Zusammenhang mit dem Anschluss im März 1938 und Novemberpogrom 1938;
- Misshandlung und Morde in den Konzentrationslagern;
- Gewaltverbrechen in Euthanasieanstalten;
- Deportation von österreichischen Juden und Jüdinnen;
- Misshandlung durch Gestapobeamte;
- Verbrechen zu Kriegsende in Österreich.<sup>488</sup>

Wie anfänglich erwähnt, wird weiters auf die Gerichtsverfahren, an denen Franz Löw beteiligt war, eingegangen werden.

---

<sup>485</sup> In den Nachkriegsmonaten kam es bis Ende 1946 zur Vertreibung von rund 3,1 Millionen Deutschen, sogenannter „Sudentendeutscher“ aus der damaligen Tschechoslowakei und ca. 1,5 Millionen Displaced Persons (Zivilisten die sich aufgrund des Krieges nicht mehr in ihrem Heimatland lebten wie z.B. verschleppte Zwangsarbeiter, etc) wurden in Österreich in sogenannten DP-Lagern versorgt . Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/DP-Lager>, vgl. <http://www.friwe.at/Diverses/Tschechen.htm>, abgerufen am 25.7.2012.

<sup>486</sup> Siehe Kurzbiographie Dr. Wilhelm Danneberg.

<sup>487</sup> Vgl. <http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/index.php>, abgerufen am 13.7.2012.

<sup>488</sup> Vgl. <http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/volksg/index.php> abgerufen am 12.7.2012

*„... nach drei Tagen habe ich mich in der Seitenstetengasse gemeldet ...“*

Franzi Danneberg-Löw<sup>489</sup>

Nachdem sich Franzi Löw in der Wohnung von Dr. Danneberg versteckt gehalten hatte, meldet sie sich zum Dienst bei Wilhelm Bienenfeld<sup>490</sup>, der nach Dr. Löwenherz die Leitung des „Ältestenrates“ über hatte. Die Befreiung Wiens am 13. April 1945 und das Kriegsende in Europa am 8. Mai 1945 erlebte Löw ambivalent. Einerseits war sie glücklich, überlebt zu haben, andererseits war sie schwer traumatisiert und litt unter Schlafstörungen. Dr. Löwenherz wurde im Mai 1945 von der „Roten Armee“ wegen des Vorwurfs der Kollaboration verhaftet. Aufgrund einer Bewilligung durch die „russischen Besatzer“ konnte Löw ihre fürsorgliche Tätigkeit weiter fortsetzen. Lange Zeit wurde sie jedoch von Albträumen über Deportationen und Gaskammern geplagt. Kurz nach Kriegsende litt sie zusätzlich an einer schweren Darmerkrankung und war dadurch erst wieder im Juni 1945 arbeitsfähig.<sup>491</sup> Das Gefühl der Freiheit und das effektive Ende der Verfolgung manifestierte sich bei ihr nur langsam.<sup>492</sup>

*„Ich konnte nächtelang nicht schlafen. Ich habe Albträume gehabt, ich habe Angst gehabt vor Deportation, vor dem Umbringen, vor Gaskammern. Wir waren vollkommen ausgepumpt, ausgelaugt. [...], wir haben eine Zeit gebraucht, um überhaupt zu verstehen, dass wir freie Menschen sind und waren so müde von der vielen Aufregung, von den vielen Arbeiten, von dem nichts zu essen haben. [...] Wir waren in keinem Glückstaumel, sondern wir waren geschwächt, wir haben eine Zeit lang gebraucht um überhaupt zu uns zu kommen.“<sup>493</sup>*

Löw setzte nach ihrer Erkrankung ihre Arbeit für die Kultusgemeinde in Wien, die noch immer die Bezeichnung „Ältestenrat“ trug, fort. Juden, die in Wien überlebt hatten, suchten in Wien 1., Seitenstetengasse Rat und Hilfe. Dazu kamen die ersten Überlebenden der Konzentrationslager nach Wien zurück, die dringend Unterstützung und Beratung benötigten.<sup>494</sup>

---

<sup>489</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 112.

<sup>490</sup> Wilhelm Bienenfeld war bis zum Jahr 1938 Direktorstellvertreter im Wiener Giro- und Kassenverein, ab 20. September 1939 Rechnungsdirektor der IKG, Rosenkranz, 1978, S. 279.

<sup>491</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 118.

<sup>492</sup> Willy Stern erklärte, dass sich seine Mutter nie von dem Schock der Verfolgung und des Erlebten erholt hatte. Vgl. Interview Willy Stern, 1992, S283-292.

<sup>493</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 118.

<sup>494</sup> Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

Im Jahr 1945 war Franz Löw 29 Jahre alt, von ihren Arbeitskollegen, die bei ihrem Arbeitsantritt für die Kultusgemeinde tätig waren, waren viele deportiert worden oder ins Ausland geflohen. Franz Löw und ihre Mutter wechselten in der Zeit zwischen 1938 und 1945 sechs Mal den Wohnort. Ihre Schwester Hilde Hornkova hatte im KZ Theresienstadt überlebt und kehrte in die Tschechoslowakei zurück.<sup>495</sup> Löw erwähnte die Ermordung der mütterlichen Großmutter; bei der Beantwortung eines Fragebogens des Magistrats Wien gab sie Folgendes an:

*„... Ich hatte als Jüdin unter allen Schikanen der NS Zeit zu leiden, habe meine Wohnung und alle meine Habe verloren. Meine Verwandten wurden vergast, kehrten aus dem KZ nicht mehr zurück ...“<sup>496</sup>*

---

<sup>495</sup> Vgl. 5 A 79/77 Verlassenschaftsakt Hedwig Löw, BG Innere Stadt, ..

<sup>496</sup> Personalakt Franz Danneberg, Fragebogen Magistrat der Stadt Wien, Mag.-Abt. 15, 15.2.1947.

## 4. Nach 1945

Im Kapitel 4 wird auf die fürsorgerische Arbeit Franzı Löws für die Gemeinde Wien, sowie auf die persönliche Beziehung zwischen Dr. Wilhelm Danneberg und Franzı Löw eingegangen. Weiters werden die Gerichtsverfahren, an denen Löw als Zeugin und Beschuldigte beteiligt war, beleuchtet werden. Zusätzlich wird ihre Funktion als Kultusrätin für die IKG Wien Erwähnung finden.

Am Tag des Kriegsendes (8. Mai 1945) schrieb Franzı Löw an die „Gemeindeverwaltung Wien“. In diesem Schreiben bewarb sie sich um eine Stelle als Fürsorgerin:

*„[...] da ich damit rechne, dass die Ereignisse der letzten Wochen auch auf dem Gebiet des Fürsorgewesens die Neueinstellung fachlich geschulter Kräfte erforderlich machen, unternehme ich den Versuch, meine Dienste anzubieten. Vorausschicken will ich, dass ich den Beruf einer Fürsorgerin nicht des Broterwerbes wegen ergriffen habe, sondern deshalb, weil ich mich dafür bestimmt fühle, eine Tätigkeit auszuüben, die mir die Möglichkeit gibt, anderen Menschen zu helfen [...] Im September 1937 wurde ich von der Kultusgemeinde Wien als Fürsorgerin angestellt. Welche Anforderungen physischer und seelischer Art dieser Posten während der siebenjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus an mich stellte, brauche ich wohl nicht besonders hervorheben [...] Ich bin derzeit bei der Kultusgemeinde noch in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis, kann aber damit rechnen, dass man mir keinerlei Hindernisse in den Weg legen würde [...] Mein Herzenswunsch wäre es, mit dem großen Aufgabenkreis, den das Fürsorgewesen der Stadt bietet, vertraut zu werden. Es ist keine Phrase, wenn ich betone, dass ich in meinem Beruf aufgehe und dass mir die Arbeit umso mehr Freude macht, je größere Aufgaben sie mit sich bringt [...]“<sup>497</sup>*

Die Bewerbung wurde durch den Redakteur Ludwig Derka<sup>498</sup> an das Personalamt am 9. Mai 1945 mit der Bitte um Befürwortung weitergeleitet.<sup>499</sup>

In seiner Funktion als Leiter der Kultusgemeinde Wien fasste Dr. Wilhelm Bienenfeld in einem Empfehlungsschreiben Folgendes zusammen:

---

<sup>497</sup> Personalakt Franzı Danneberg, Schreiben Franzı Löw an die Gemeinde Wien, 8. Mai 1945.

<sup>498</sup> Ludwig Derka (1897–1974) war ehemaliger Redakteur und Journalist bei der „Kronen Zeitung“.

<sup>499</sup> Personalakt Franzı Danneberg, Aktenvermerk der Magistratsdirektion, Pressestelle, 9.5.1945.

*„Der Fürsorgezentrale unserer Gemeinde zugeteilt, hat Frl. Löw bis September 1942 sich der Jugendfürsorge gewidmet und dann bis zu ihrem Dienstaustritte ihrer Tätigkeit auf die allgemeine Fürsorge, mit deren Leitung sie betraut war, ausgedehnt. Im Rahmen derselben war sie auch ganz bestrebt, den nach Wien evakuierten, ungarischen Juden in weitgehendstem Maße behilflich zu sein. Um dieser überaus schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, scheute sie weder Zeit noch Mühe und verstand es, vielfach Wohltäter für ihre Schützlinge zu interessieren, um hierdurch, außer den von der Israelitischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellten Mitteln, noch weitere Spenden zu erlangen.“<sup>500</sup>*

Am 18. Juni 1945 schied Franzl Löw aus dem Dienst der IKG Wien aus und trat mit 19. Juni 1945 ihren Dienst für das Magistrat der Stadt Wien an. Ihre zugeteilte Dienststelle war die Tuberkulosenfürsorgestelle Wien 13. Am 14. Juli 1945 erfolgte ihre erste dienstliche Beurteilung. In dieser werden ihr großes Verständnis und Einfühlungsvermögen gegenüber den Klienten und ihr kollegiales Verhalten hervorgehoben. In kurzer Zeit hatte Franzl Löw die „Fürsorge für Körperbehinderte“ „fast vollständig“ alleine wieder aufgebaut.<sup>501</sup>

Privat lebte Franzl Löw mit ihrer Mutter auf Untermiete in Wien 1., Wildpretmarkt 1/9. Sie vertiefte sich, wie die obige Beschreibung erkennen lässt, wieder in ihre Arbeit.

Nachdem Franzl Löw kurz nach Kriegsende die IKG Wien, eigentlich noch immer „Ältestenrat“ beruflich verlassen hat, soll an dieser Stelle die weitere Arbeit des „Ältestenrats“ bis zur „Wiedereröffnung“ der IKG kurz erwähnt werden: Adunka erklärte in ihrem Buch „Die Vierte Gemeinde“, dass, im Gegensatz zu Berlin und anderen großen Städten, in Wien auch während des Zweiten Weltkriegs und nach dessen Ende ein offizieller Rest der IKG unter dem Vorsitz Dr. Löwenherz weiter existierte.<sup>502</sup> Die genaue Zahl der überlebenden Juden in Wien ist unklar, Jonny Moser sprach von 5.512 Überlebenden, Dr. Emil Tuchmann meinte, dass 4.100 Juden und Jüdinnen in Wien überlebten. Dazu kamen die verschleppten ungarischen Juden und Jüdinnen, die noch in Wien nach Einmarsch der „Roten Armee“ aufhältig waren.<sup>503</sup> Der „Ältestenrat“ musste aufgrund der Bombardements und der teilweisen Zerstörung des Gebäudes in der Seitenstettengasse Mitte April 1945 seinen Standort auf den Schottenring 25 (Wien 1.,) verlegen.<sup>504</sup> Ende April 1945 wurden durch den „Ältestenrat“ 450 Menschen durch die Fürsorgeabteilung betreut. Die Menschen kehrten aus

<sup>500</sup> Personalakt Franzl Danneberg, Schreiben Wilhelm Bienenfeld, 1.6.1945.

<sup>501</sup> Personalakt Franzl Danneberg, Personalstandblatt, 14.7.1945.

<sup>502</sup> Adunka, Die vierte Gemeinde, 2000, S. 18.

<sup>503</sup> Ebd.

<sup>504</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 18.

den KZs zurück oder auch aus ihren Verstecken, wo sie als „U-Boote“ den Krieg überlebt hatten. Der „Ältestenrat“ hatte mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen. Zwar wurde er durch den „Joint“<sup>505</sup> unterstützt, doch mangelte es an vielen Dingen. Im Mai 1945 stand die Leitung der IKG noch unter der Führung Bienenfelds<sup>506</sup>. Der für die IKG zuständige kommunistische Staatssekretär Ernst Fischer ernannte den 75-jährigen Professor Schur zum vorläufigen Leiter der IKG. Zum Beirat ernannte er Benzion Lazar.<sup>507</sup> Das löste bei den Angestellten der IKG große Empörung aus: Schur wurde aufgrund seines Alters und Lazar aufgrund seiner schwierigen Persönlichkeit von den in Wien lebenden Juden abgelehnt.<sup>508</sup>

Dr. Emil Tuchmann, der mit der Aufgabe des Vertrauensmanns des „Joint“ für Wien nominiert wurde<sup>509</sup>, nannte „die Situation in Wien um die IKG wie ein *Schiff ohne Ruder*“.<sup>510</sup> Statt Schur wurde nun David Brill durch Staatssekretär Fischer ernannt. Brill hatte den Holocaust als Zwangsarbeiter in Wien überlebt.<sup>511</sup> Die Aufgabe der provisorischen Leitung der IKG war unter anderem Wahlen zu organisieren. Die erste organisierte Wahl fand am 7. April 1946 statt; zum Präsidenten wurde David Brill gewählt.<sup>512</sup>

Die Situation der wiedereröffneten IKG war prekär, die Bevölkerung litt unter Hunger, Wohnungsnot, viele Aufgaben mussten erledigt werden, wie zum Beispiel die Organisation der Beschulung. Für viele Juden war der Verbleib in Österreich kein Thema mehr, aus diesem Grund mussten Auswanderungen organisiert werden.

#### 4.1 Franzi Löws Beteiligung an Gerichtsverfahren nach 1945

Im Folgenden wird auf Franzi Löws Beteiligung an Gerichtsverfahren als Zeugin und als Beschuldigte eingegangen. Es werden die Gerichtsverfahren gegen Josef Balaban, Dr. Emil Tuchmann und Siegfried Seidl beschrieben werden.

Aufgrund ihrer Tätigkeit für die IKG Wien kannte Franzi Löw die erwähnten Personen und wurde deshalb als Zeugin befragt.

---

<sup>505</sup> „Joint“ (JDC – Joint Distribution Committee): Hilfsorganisation US-amerikanischer Juden für Juden.

<sup>506</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 21.

<sup>507</sup> Vgl. Embacher, 1995, S. 36.

<sup>508</sup> Adunka, 2000, S. 23.

<sup>509</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 22.

<sup>510</sup> Adunka, 2000, S. 23.

<sup>511</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 25.

<sup>512</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 39.

In der Anzeige gegen Franzi Löw, erstattet durch Aron Moses Ehrlich<sup>513</sup>, wurde sie beschuldigt, ihre Pflichten als Fürsorgerin nicht korrekt wahrgenommen zu haben.

#### **4.1.1 Gerichtsverfahren gegen Josef Balaban**

Leopold Balaban arbeitete nach dem Jahr 1938 als Beamter der IKG unter seinem unmittelbaren Vorgesetzten Dr. Benjamin Murrelstein. Bis 1941 war Balabans Aufgabe, bei der Organisation der Auswanderung mitzuarbeiten. Nach 1941 war er mit der Mitarbeit von Deportationen befasst. Leopold Balabans Aufgabe war es unter anderem, die Juden und Jüdinnen für die geplanten Deportationen nach Polen namhaft zu machen. Aufgrund dieser Tätigkeiten geriet er in Verdacht, NS-Verbrechen durchgeführt zu haben, und es kam im Jahr 1945 zum Strafverfahren. Balaban wurde vorgeworfen, ohne behördlichen Auftrag die Verschickung von Herta Pollak und ihren zwei Kindern betrieben zu haben. Darüber hinaus wurde Balaban mit dem Vorwurf belastet, dies getan zu haben, um sich bei der Gestapo beliebt zu machen. Er hätte nicht nur bewusst das unmenschliche Verhalten der Gestapobeamten unterstützt, sondern auch durch sein übereifriges Handeln die rasche Ausrottung der Wiener Juden vorangetrieben.<sup>514</sup>

Am 1. August 1945 erfolgte die niederschriftliche Einvernahme von Franzi Löw. Sie gab an, dass ihr Leopold Balaban, unter der Leitung von Dr. Benjamin Murrelstein, im Rahmen ihrer Tätigkeit für die IKG bekannt war. Zu den erhobenen Vorwürfen gegen Balaban erklärte sie, dass ihr persönlich keine direkten Tatsachen bekannt waren, nur sein „rüdes“ Benehmen wäre ihr noch in Erinnerung. Nach Überprüfung sämtlicher Zeugen wurde das Verfahren gegen Leopold Balaban eingestellt. Die Begründung des Gerichtes der Verfahrenseinstellung war, dass nach Einschätzung des Gerichtes Josef Balaban hauptsächlich mit administrativen Agenden betraut gewesen wäre. Am 12. August 1947 wurde das Verfahren gegen Leopold Balaban offiziell eingestellt und dieser aus der U-Haft entlassen.<sup>515</sup>

#### **4.1.2 Gerichtsverfahren gegen Dr. Emil Tuchmann**

Emil Tuchmann wurde am 5. November 1899 in der Bukowina geboren. Im Jahr 1915 kam Tuchmann nach Wien und war in der Zeit von 1928 bis 1934 als Arzt für die Wiener

---

<sup>513</sup> Vgl. LG Wien Vg5c/Vr6078/47 Akten zu Franziska Löw.

<sup>514</sup> Vgl. LG Wien Vg 2f Vr 2943/45. Staatsanwaltschaft Wien, 15.10.1945.

<sup>515</sup> Vgl. LG Wien Vg 2f Vr 2943/45. Staatsanwaltschaft Wien, 12.08.1947.

kaufmännische Gebietskrankenkasse tätig. Nach seiner Kündigung im Jahr 1934<sup>516</sup> arbeitete er als praktischer Arzt in Wien. Im Oktober 1938 wurde Tuchmann in den „jüdisch-ärztlichen Fürsorgedienst“ eingeteilt und war für die IKG Wien tätig. Im Jahr 1940 wurde er Vertrauensarzt der IKG, und in seine Zuständigkeit fiel das gesamte jüdische Gesundheitswesen. Als es im Juni 1942 zur Räumung des Rothschildspitals durch die Gestapo kam, konnten durch Tuchmanns Interventionen bei der Gestapo<sup>517</sup> die Hälfte der medizinischen Instrumente gerettet und so der Krankenhausbetrieb in der Malzgasse 16 (Wien 2.,) weitergeführt werden.<sup>518</sup> Tuchmann organisierte im Jahr 1944 die medizinische Betreuung der Lager in Wien und Umgebung. Durch seine Intervention bei Krumej (siehe Seite 79) wurde im Kinderheim Mohapelgasse, Wien 2., eine Säuglingsabteilung für neugeborene ungarische Kinder und deren Mütter eingerichtet.<sup>519</sup>

Am 1. August 1945 erfolgte die Zeugeneinvernahme von Franz Löw in der Causa Balaban (siehe voriges Kapitel). Hier äußerte sich Löw über Dr. Tuchmann wie folgt:

*„Dr. Tuchmann ist mir bekannt als derjenige, der wohl manches Gute geleistet hat. Aber wenn er dies tat, so war es eher sein unbezwingbarer Geltungsdrang und ich bin überzeugt davon, dass er alles durchzusetzen imstande ist, wenn es um die Befriedigung dieses Dranges geht. Es ist mir aber auch bekannt, dass Dr. T. volles Vertrauen bei den Gestapo- und anderen Behörden genoss und diese Behörden wurden von ihm oft aufgesucht. Es ist mir weiter bekannt, dass Dr. Tuchmann als Mensch und Arzt in vielen Fällen versagt hat, weil er ganz einfach nicht helfen wollte. Von seiner Gattin wurde er diesbezüglich negativ beeinflusst.*

*Als nach dem Einmarsch der Roten Armee KZler zurückkamen und ich bei Dr. T. um Brot für diese vorsprach – weil mir bekannt war, dass er über größere Vorräte verfügte – sagte er zur mir: ‚Hören Sie doch endlich auf, infantil zu sein!‘“<sup>520</sup>*

Am 15. April 1945 wurde Tuchmann erstmals wegen des Verdachts der Kollaboration von der Polizei verhaftet, jedoch anschließend wieder freigelassen. Im August 1945 wurde

---

<sup>516</sup> Vgl. LG Wien Vg 2f Vr 2943/45. Aussage Dr. Emil Tuchmann, 30.7.1945, Tuchmann wurde entlassen, da er Jude war.

<sup>517</sup> Tuchmann kannte noch von der Studienzeit einige Gestapogrößen.

<sup>518</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 307. Vgl. Duizend-Jensen, 2004, S. 79.

<sup>519</sup> Vgl. Rosenkranz, 1978, S. 309.

<sup>520</sup> Vgl. LG Wien, Balaban, Niederschrift Franz Löw, 1.8.1945.

Tuchmann neuerlich verhaftet, da ihm die Staatsanwaltschaft am 13. September 1945 Folgendes vorwarf:

*„Dr. T. wurde 1938 zum Vertrauensarzt der jüdischen Kultusgemeinde und zur Beaufsichtigung des gesamten jüdischen Gesundheitswesens, sowie zum Leiter des Rothschildspitales und später des Judenspitales von der Kultusgemeinde bestellt. Im Jahr 1941, mit Beginn der Judenevakuierungen und Massenermordungen ..., begann die Gestapo ... eine Reihe hauptsächlich ärztlicher Mitarbeiter heranzuziehen.*

*In dieser Organisation war Dr. T. an einflussreichster Stelle tätig indem er hauptsächlich darüber zu entscheiden hatte, ob kranke Personen zu Transporten einzuteilen seien oder nicht. Er hat in konkreten Fällen dieser Art auch wider seine ärztliche Überzeugung gehandelt.“<sup>521</sup>*

Dr. Tuchmann wurde zusätzlich vorgeworfen, das ihm unterstellte Personal ständigem „Druck“ ausgesetzt zu haben und zwei Krankenschwestern zur Deportation freigegeben zu haben. Durch seine „Unterstützung“ und „Mitwirkung“ am NS-System wären Tausende von Juden zu Tode gekommen oder in den KZs unmenschlich behandelt worden.<sup>522</sup>

Am 9. September 1946 kam es zur Zeugenvernehmung am Landesgericht Wien von Franz Löw zur Strafsache gegen Dr. Emil Tuchmann:

*„Ich war in der Zeit der Naziherrschaft als Leiterin der Fürsorgezentrale der IKG beschäftigt, hatte keinerlei dienstl[ich] Berührung mit dem Besch[uldigten][sic!] Aus diesem Grunde kann ich über seine Tätigkeit im Spital Malzgasse auch aus eigener Wahrnehmung keine Angaben machen. Es ist mir nicht bekannt, dass Besch.[uldigten] in vielen Fällen versagt hat, dass er nicht helfen wollte. Meine dies bzgl. Angabe bei der Pol[izei] ist nicht richtig protokolliert.“<sup>523</sup>*

Der letzte Satz der obigen Zeugenvernehmung bezog sich auf eine Aussage Franz Löws in der Sache Balaban vom 1. August 1945.

Tuchmann verteidigte sich wie folgt:

---

<sup>521</sup> LG Wien, Vg 3e Vr 1955/45, Schreiben der Staatspolizei an Staatsanwaltschaft Wien, 13.9.1945.

<sup>522</sup> Ebd.

<sup>523</sup> LG Wien Vg 3e Vr 1955/45, Zeugenvernehmung Franz Löw, 9.1.1946.

*„Ich habe mich keiner wie immer gearteten strafbaren Handlung schuldig gemacht und es kann daher eine gegen mich erstattete Anzeige lediglich auf unwahren Angaben beruhen, wobei ich es dahingestellt sein lassen muss, ob solche unwahre Angaben wider besseres Wissen oder in Unkenntnis des richtigen Sachverhaltes gemacht worden sind. Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass meine Tätigkeit als Arzt mich mit dem Gesetz, insbesondere mit § 3 des Kriegsverbrechergesetzes, jemals in Konflikt gebracht hätte, und ich kann daher der eingeleiteten Voruntersuchung mit voller Ruhe entgegen sehen.“<sup>524</sup>*

Weiters erklärte Tuchmann seine Tätigkeit für die IKG ab dem Jahre 1938, als er aufgefordert wurde, die ärztliche Fürsorge zu übernehmen. Seine Aufgabe bestand hauptsächlich in der Behandlung armer Juden. Zusätzlich war er noch für die Ausstellung von Gesundheitszeugnissen für die Auswanderung beauftragt. Zu Beginn des Jahres 1940 wurde er zum Vertrauensarzt der Kultusgemeinde für den gesamten Gesundheitsdienst bestellt und hatte über seine Tätigkeit monatlich einen Bericht an die Gestapo zu erstatten. Die medizinische Betreuung der Sammellager, sowie der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in der Prinz Eugen Straße bzw. Castellezgasse, gehörten nicht zu seinem Aufgabenbereich, sondern wurde durch eigens für die Sammellager bestimmte Ärzte betreut. Nachdem die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im April 1943 aufgelassen worden war, war er mit der Aufsicht im Spital verbliebener Häftlinge beauftragt und musste der Gestapo garantieren, dass kein Häftling fliehen würde. Tuchmann erklärte, dass er nach dem Prinzip arbeitete, dass er die Kranken so lange als möglich vor deren Abtransport durch die Gestapo schützen wollte. So konnte er vielen Menschen bis zur Befreiung Wiens durch die „Rote Armee“ das Leben retten. Zu seiner Tätigkeit in den Sammellagern gab er an, dass er durch sein Engagement und seinen Einsatz viel Leid und Not lindern konnte. Er führte Beispiele an, wie das Aufstellen von noch zusätzlichen 200 Betten in den Räumen des Altersheims in der Malzgasse.<sup>525</sup>

Das aufgrund irreführender Aussagen eingeleitete Verfahren wegen Kollaboration gegen Dr. Emil Tuchmann wurde eingestellt.

Tuchmann war nach dem Krieg noch eine Zeit lang für die IKG Wien tätig, „spielte jedoch nie wieder eine Rolle im jüdischen Wiener Leben“.<sup>526</sup>

---

<sup>524</sup> LG Wien Vg 3e Vr 1955/45, Aussage Dr. Emil Tuchmann, 30.7.1945.

<sup>525</sup> Vgl. LG Wien Vg 3e Vr 1955/45, Aussage Dr. Emil Tuchman, 30.7.1945.

<sup>526</sup> Adunka, 2000, S. 22.

### **4.1.3 Gerichtsverfahren gegen Dr. Siegfried Seidl**

Siegfried Seidl wurde im Herbst 1941 vom Referat IV im RSHA mit der Errichtung des Ghettos Theresienstadt beauftragt und war bis 1943 mit der Leitung betraut. 1943 wurde er in das KZ Bergen-Belsen versetzt.

Ab dem Jahr 1944 war er mit der Leitung des Sonderkommando-Außenpostens in Debrecen beauftragt, wo er für die Aufgabe der Organisation und Deportation der ungarischen jüdischen Zwangsarbeiter nach Wien mitverantwortlich war. Seidl wurde im Jahr 1945 (in der Nacht vom 30. Juli 1945) von Soldaten der „Alliierten“ verhaftet, im amerikanischen Anhaltelager Glasenbach<sup>527</sup> vorerst interniert und dann an die österreichischen Behörden übergeben.<sup>528</sup> Am 17. August 1946 erhob die Staatsanwaltschaft Wien Anklage gegen Siegfried Seidl.<sup>529</sup>

*„Die Staatsanwaltschaft Wien erhebt gegen Dr. Siegfried Seidl, am 24.8.1911 in Wien geboren, nach Wr. Neustadt zuständig, gottgläubig, verheiratet, ohne Beruf zuletzt in Wien IX, Servitengasse 18/6 wohnhaft gewesen, derzeit in Haft, die Anklage:*

*[...] er habe im Jahre 1944 in Ungarn im Zusammenhang mit der Besetzung dieses Landes durch deutsche Truppen, [...] vorsätzlich Taten begangen, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit und den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts widersprechen.*

*6. in den Jahren 1944 und 1945 in Wien als leitender Funktionär der Sondereinsatzkommando-Außenstelle tätig gewesen;*

*7. in den Jahren 1941-1945 in Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn in zahlreichen Fällen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt, Menschen empfindlich misshandelt und in qualvollen Zustand versetzt (...)<sup>530</sup>*

Siegfrieds Seidls Verteidigung war, dass er sich auf „*blinden Gehorsam*“ gegenüber seinen Vorgesetzten und die ihm erteilten Befehle berief. In weiterer Folge wurden Zeugen

---

<sup>527</sup> Anhaltelager wurden von der US-Army errichtet, um dort Mitarbeiter des NS-Regimes zu internieren. Vgl. <http://oe1.orf.at/artikel/206226>, abgerufen am 12.8.2012.

<sup>528</sup> Vgl. LG Wien Vg 1b Vr 770/46, Abschrift der Überstellung, 3.6.1946.

<sup>529</sup> Vgl. LG Wien Vg 1 b Vr 770/46, Anklageschrift vom 17.8.1946.

<sup>530</sup> Ebd.

einvernommen, die über die Misshandlung und persönlichen Eindrücke der Person Siegfried Seidl Auskunft gaben.

Aufgrund ihrer Tätigkeit und ihres Wissens um die Umstände der ungarischen Zwangsarbeiter gab Franz Löw erstmals am 28. August 1945 in einem relativ kurzen Erhebungsbericht ihre Eindrücke über die Situation der jüdischen Zwangsarbeiter aus Ungarn wieder.<sup>531</sup>

*„Im Jahr 1944 kamen ungefähr 1.000 bis 1.200 ungarische Juden nach Wien und Niederdonau, von denen erfuhr ich, dass „SS“-Seidl die Evakuierung in Debreczin persönlich geleitet hat. Diese Menschen beklagten sich mir gegenüber über die unmenschliche Behandlung die man ihnen während der ganzen Zeit zukommen ließ. Es wurden ungefähr 80 bis 100 Juden in einem Viehwaggon geladen wo man sie ohne jede sanitäre Einrichtung ohne Wasser und Kost, 6 Tage in den Waggons ließ. Während dieser 6 Tage starben etliche Mitmenschen, die nicht ausgeladen wurden.“<sup>532</sup>*

Am 26. September 1946 kam es in der Hauptverhandlung zu einer weiteren Zeugenaussage durch Franz Löw:

*„Das erste Lager, in welches ich kam, war das in der Bischoffgasse. Es waren dort ungefähr 1.200 ung. [...] Juden untergebracht. Ich konnte mich von der großen Not, in der sich diese Menschen befanden, überzeugen und meldete davon meiner Dienststelle. Ich entschloss mich nun auch privat diesen armen Menschen zu helfen so viel ich könnte. Mir war wohl bekannt, dass meine Hilfe keineswegs ausreichend sein könnte, doch nahm ich mir vor, mit den geringen Spenden, die ich erreichen kann, zu tun, was nur menschenmöglich ist. Ich kam in verschiedene Lager, wurde aber später angezeigt, dass ich ohne Erlaubnis die Lager aufsuche. Aus diesem Grunde wurde ich zum Sonderkommando befohlen. Man war dort nicht unfreundlich zu mir und erhielt ich die Bewilligung, die Lager zu besuchen. [...] Das erste Mal war dies der Fall, als ich angezeigt wurde, ohne Bewilligung die Lager aufgesucht zu haben. Das zweite Mal musste ich wegen eines Päckchens, das ich einem Juden in das Lager Eggenburg nachgeschickt hatte, hingehen. Ich erhielt ungefähr 14 Tage nach Absendung dieses Päckchens die Verständigung, dass ich mich beim Sonderkommando zu melden habe. Dort war der Angeklagte (Siegfried Seidl) anwesend und fragte mich, ob ich einem Herrn X.X. kenne. Auf meine Verneinung meinte er, dass ich ihm doch nicht einreden könne, dass*

---

<sup>531</sup> LG Wien Vg 1b Vr 770/46, Erhebungsbericht Franz Löw, 28.8.1945.

<sup>532</sup> Ebd.

*ich an einem mir nicht einmal dem Namen nach bekannten, Menschen ein Paket schicke. Jetzt wusste ich erst worum es sich handelt. Ich erzählte nun dem Angeklagten (Siegfried Seidl), dass ich dieses Paket erhielt und es deshalb nach Eggenburg nachschickte, weil man, wenn ich es nicht getan hätte, angenommen hätte, dass ich mir das Paket behielte. Der Angeklagte (Siegfried Seidl) war sehr nett und meinte nur, dass ich einen Fehler begangen hätte, weil ich ihn zuerst befragen hätte müssen. Damit war die Angelegenheit erledigt. Auch bei meiner ersten Anwesenheit im Sonderkommando wurde ich vom Angeklagten (Siegfried Seidl) vernommen und auch damals war er sehr nett zu mir.“<sup>533</sup>*

Die Aussage Löws war die positivste Aussage über Seidl, mit Ausnahme der Zeugenaussage der Mutter Siegfried Seidls, die interessanterweise nach Franzi Löw aussagte. Nach Aussage der Mutter war das Beweisverfahren abgeschlossen. Am 3. Oktober 1946 wurde Seidl in mehreren Punkten schuldig gesprochen und zum Tod durch den Strang verurteilt. Die Ehefrau von Seidl und dessen Mutter versuchten durch ein Gnadengesuch bei Bundespräsident Karl Renner das Urteil abzuändern. Das Gesuch wurde durch den Bundespräsidenten abgelehnt. Am 4. Februar 1947 um 6.00 Uhr erfolgte die Hinrichtung Seidls durch den Strang.<sup>534</sup>

#### **4.1.4 Anzeige gegen Franzi Löw durch Aron Moses Ehrlich**

Am 23. Mai 1947 fand die wöchentliche Tagung des Verbandes jüdischer Kaufleute im Klubraum des Cafe Lechner (Wien 1.) statt. Im Rahmen dieser Tagung meldete sich Paul Steiner zu Wort und erklärte den Anwesenden, dass Franzi Löw für den Tod seiner Frau Irene und seiner Tochter Magdalena verantwortlich sei. Zusätzlich wies er darauf hin, dass Franzi Löw nun die Funktion einer Kultusrätin in der IKG Wien bekleidete.<sup>535</sup> Paul Steiner forderte die Untersuchung des „Falles Franzi Löw“ durch den Kultusrat der IKG. Steiner führte weiters aus, dass er sich an David Brill, den Vorsitzenden der IKG Wien,<sup>536</sup> gewandt hätte und die Untersuchung durch die IKG Wien gefordert hätte, diese aber von der IKG und Franzi Löw abgelehnt worden war.<sup>537</sup>

---

<sup>533</sup> Ebd.

<sup>534</sup> Vgl. LG Wien, Vg 1b Vr 770/46, Aktenvermerk vom 5.2.1947.

<sup>535</sup> Franzi Löw wurde nach dem Krieg zur Kultusrätin gewählt, Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988.

<sup>536</sup> Die IKG nach 1945 wird noch näher erklärt. David Brill war in der Zeit von 1946 bis 1948 Präsident der Kultusgemeinde. Vgl. Adunka, Evelyn. Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute. 2000, S.25, Rabinovici, 2000, S. 398.

<sup>537</sup> Vgl. LG Wien Vg 5c Vr 6078/47, Schreiben des Jüdischen Komitees an Paul Steiner, 1.8.1946.

Aus diesem Grund stellte Paul Steiner nun direkt an Aron Moses Ehrlich, Präsident des Verbandes jüdischer Kaufleute, in seiner Eigenschaft als Kultusrat sich dieser Causa anzunehmen. Da Aron Moses Ehrlichs Appelle von der IKG ebenfalls abgelehnt worden war, griff er Löw mittels Schreiben an. In seinen Schreiben forderte Aron Moses Ehrlich eine Untersuchungskommission gegen Franzi Löw ein. Er beschuldigte sie der Zusammenarbeit mit der Gestapo und brachte auch ihre Beziehung mit Dr. Danneberg<sup>538</sup> ins Spiel. Diesen bezeichnete er als NS-Richter, was seinen Verdacht der Schuld und Zusammenarbeit mit den „Nazis“ bestätigte.<sup>539</sup>

Franzi Löw reagierte darauf mit einer Klage am „Strafbezirksgericht“ Wien wegen „Rufschädigung“ gegen Ehrlich. Daraufhin stellte Aron Moses Ehrlich eine Strafanzeige gegen Franzi Löw bei der Staatsanwaltschaft Wien.<sup>540</sup>

Der Zeuge Paul Steiner begründete seine Vorwürfe gegen die Handlungsschritte Franzi Löws wie folgt:

*„Ich war früher als Maschinist und Heizer im Gaswerk Leopoldau der Gemeinde Wien beschäftigt. Die Besch[uldigte] [Franzi Löw] [sic!] lernte ich ca. 1936 dadurch kennen, dass sie mir von meiner Frau, anlässlich deren Spitalsaufenthalt, im Sofienspital, vorgestellt wurde. Die Besch[uldigte] [Franzi Löw][sic!] war dort damals Schwester oder Fürsorgerin. Ich hatte mit ihr erst wieder 1939 zu tun. Mein Bruder war damals schon in Frankreich und wollte meine damals 11-jährige Tochter Magda zu sich nehmen. Da für Kinder kein französisches Visum gegeben wurde, sollten die Kinder in Sammeltransporten nach Frankreich gebracht werden. Dies organisierte ein Komitee in Paris. Mein Bruder hatte bereits die hierfür erforderliche Garantieerklärung abgegeben, dass er für das Kind in Frankreich sorgen würde und auch die Fahrkarte bezahlt. Ich musste mich nun zur Kultusgemeinde begeben, deren Jugendfürsorgeamt einzig und alleine hierfür zuständig war. Dort erfuhr ich, dass in 1. Linie diejenigen Kinder abtransportiert wurden für die in Frankreich garantiert war. Mir wurde aufgetragen, 4 Fotos meiner Tochter selbst zum Amt zu bringen, was ich tat. Meine Tochter wurde zur ärztlichen Untersuchung in die Marc Aurelstraße 5 geschickt. Ich erfuhr dann einige Zeit später, dass bereits jüdische Kinder im 2.*

---

<sup>538</sup> Im Jahr 1946 kam Dr. Danneberg aus dem Krieg zurück und nahm seine Tätigkeit als Richter auf. Zu dieser Zeit festigte sich die Beziehung zwischen Franzi Löw und Dr. Danneberg und wurde offiziell. Vgl. Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, LG Wien, Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg.

<sup>539</sup> Vgl. LG Wien Vg 5 c Vr 6078/47, Nachtrag zum offenen Brief, Juni 1947. Dr. Danneberg wurde im Jahr 1939 wegen Unzuverlässigkeit zwangspensioniert. Vgl. LG Wien, Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg.

<sup>540</sup> Vgl. LG Wien Vg 5c Vr 6078/47 Strafanzeige, 9.9.1947.

Bezirk, im sogenannten Krüger-Heim (Malzg. 7) Französisch-Unterricht erhielten. Ich wunderte mich, dass meine Tochter nicht dabei war und begab mich auf das Jugendfürsorgeamt. Dort empfing mich Franziska Löw. [...] Als ich die Besch.[uldigte] [Franzi Löw] fragte, warum meine Tochter nicht zu de Transport vorbereitet wurde, meinte sie zuerst, es gäbe keinen Transport, was ich ihr jedoch widerlegen konnte, weil ich ja von den Unterricht im Krügerheim wusste. Hierauf forderte mich die Besch.[uldigte] [Franzi Löw] auf, neuerlich auf 4 Fotos zu bringen und das Kind untersuchen zu lassen. [...] Ich wurde ca. 10 Mal von ihr immer wieder dazu veranlasst, Fotos vorzulegen und das Kind ebenso oft untersuchen zu lassen, ohne dass meine Tochter zu einem Transport eingeteilt wurde. [...] Die Besch.[uldigte] [Franzi Löw] wandte immer andere Ausflüchte an. Einmal sagte sie mir, die Kinder von Internierten und Waisenkinder kämen zuerst dran, obwohl sie einigen Parteien knapp vor mir erklärt hatte, zuerst kämen die angeforderten Kinder [...]. Bis 1942 war ich in Wien und kam dann mit meiner Familie nach Theresienstadt. Der „Älteste“ dort war Oberrabbiner Murrelstein und dieser bestimmte die Leute, die jeweils nach Auschwitz gehen sollten. Murrelstein hatte die Angehörigen der Besch[uldigten] [Franzi Löw], die auch in Theresienstadt waren, nie für Auschwitz namhaft, wohl aber meine Tochter. Ich wandte mich an den SS-Obersturmführer Rahm und er bestimmte, meine Tochter dürfe da bleiben, weil ich als Maschinist und Heizer in der Zentralwäscherei des Lagers unentbehrlich sei. Dessen ungeachtet, wurde sie von Murrelstein ein(e) Woche später wieder eingeteilt; da eine Freistellung nicht mehr möglich war, meldeten meine Frau und ich uns mit zur Verschickung nach Auschwitz. Es wurde jedoch nur meine Frau mitgenommen, mir selbst wurde das nicht bewilligt, weil ich Heizer war.

Ich habe auch von anderen Familien in Theresienstadt gehört, dass sie ebenfalls, so wie ich, von der Besch.[uldigte] [Franzi Löw] bezüglich Abtransport ihrer Kinder ins Ausland, solange hingehalten wurden, bis es durch Kriegsausbruch dazu zu spät war. Als es einmal hiess, die Besch. [uldigte] [Franzi Löw], würde nun selbst nach Theresienstadt eingeliefert werden, hatten sich sehr viele der dortigen armen Judenfamilien zusammengetan, um die Besch .[uldigte] bei ihrem Eintreffen zu steinigen. [...]

Als ich nach Wien zurückkam, erfuhr ich, dass die Besch.[uldigte] bei der Magistratsabteilung 21 [...] beschäftigt sei. Ich warf ihr dort vor, dass sie durch ihr Ablenkungsmanöver an dem Tode meines Kindes schuldtragend sei. Die Besch.[uldigte] war hierüber äußerst bestürzt und redete sich damit aus, dass sie nur getan habe, was ihre Vorgesetzten in der Kultusgemeinde von ihr verlangt hätten und dass dies allein ihre Schuld

*sei. Ich habe ihr auch drei Mal in meiner Verbitterung und meinem Schmerz über den Verlust meiner Gattin und Tochter den Ehering ins Gesicht geworfen, welchen sie jedes Mal wieder aufgehoben hat. [...]*

*Wie sich aus meine Angaben ergibt, bestand die Tätigkeit der Besch[uldigten] beim Jugendfürsorgeamt anscheinend nur darin, uns arme Juden abzuwimmeln, und sie hat sicher in voller Kenntnis der Umstände gehandelt.“<sup>541</sup>*

Die Anzeige wurde durch den Staatsanwaltschaft zurückgelegt, es kam zu keinem Prozess und das Verfahren wurde eingestellt.<sup>542</sup>

Franzi Löws Bemühungen im Rahmen ihrer Tätigkeit waren zu helfen und zu unterstützen. Dass diese Unterstützung jedoch von manchen Menschen anders interpretiert wurde, ist am obigen Beispiel ersichtlich. Die Betroffenheit von Menschen, die ihre Angehörigen durch den Holocaust verloren hatten und nun Schuldige suchten und nach Strafe und Gerechtigkeit riefen, ist nachvollziehbar; jedoch drängte es das Helfersystem in eine Position der Rechtfertigung. In dem von mir geführten Interview mit Doron Rabinovici wurde die Reaktion Franzi Löws mit oben erwähnten Anschuldigungen erfragt. Rabinovici erzählte:

*„Es hat sie gekränkt (die Anschuldigung) doch sie war nicht verbittert, nein, das kann ich nicht sagen.“<sup>543</sup>*

Die IKG stand jedoch geschlossen hinter Franzi Löw und publizierte im „Neuen Weg“<sup>544</sup>, dass die Vorwürfe gegen Löw aufs Schärfste verurteilt wurden und ihr die IKG „Dankbarkeit und Hochachtung für das, von ihr während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit vollbrachte, Wirken und ihre tatkräftige Hilfeleistung für die in schwerste Not und Bedrängnis geratenen Juden, Jüdinnen und jüdische Kinder“<sup>545</sup> aussprach. Es gilt zu vermuten, dass Franzi Löw sich aufgrund dieser Vorwürfe nicht mehr als Kultusrätin in der IKG Wien engagierte.

---

<sup>541</sup> LG Wien Vg 5c Vr 6078/47, Zeugenvernehmung Paul Steiner, 7. November 1947.

<sup>542</sup> LG Wien Vg 5c Vr 6078/47, Aktenvermerk des Staatsanwalt vom November 1947.

<sup>543</sup> Interview Doron Rabinovici, 26. September 2011.

<sup>544</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 75 f.

<sup>545</sup> Zitiert nach Ernst Feldsberg an Franzi Löw, 2.9.1966, Ordner 107, XXX, B/c, Archiv der IKG. In: Der Neue Weg Nr. 14, 8. 1947, Adunka, Die vierte Gemeinde, 2000, S. 76 und 77.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Rahmen dieser Diplomarbeit drei Zeugenaussagen von Löw in Volksgerichtsverfahren herangezogen wurden. Interessant ist, dass in der Causa Balaban und Seidl die Aussagen Franzi Löws positiv und sachlich waren.

In der ersten Einvernahme gegen Balaban wurde sie über verschiedene andere Personen befragt, und hier erklärte sie sehr klar und wertend die Person Dr. Tuchmann aus ihrer Sicht (siehe Seite 101). Diese Aussage zog sie jedoch bei der gerichtlichen Einvernahme zurück und schilderte wieder sehr sachlich über ihre Begegnungen bzw. Nicht-Begegnung mit Dr. Tuchmann während der NS-Zeit. Ob sich Franzi Löw vor der Gerichtsverhandlung gegen Dr. Tuchmann beraten hatte, liegt im Bereich der Spekulationen. An dieser Stelle wird jedoch auf das Interview Franzi Löw mit Doron Rabinovici im Jahr 1991 verwiesen. Nachgefragt über die Person Tuchmann erklärte Franzi Löw, dass sie keine Auskunft geben würde, wenn das Tonband weiter laufen würde. Auch hier befinde ich mich im Bereich der Spekulation, warum sie keine Auskunft geben konnte oder wollte. Möglicherweise entsprach es jedoch ihrem Charakter, nicht über Personen zu urteilen, die sie nur durch Erzählungen kannte.

In ihrem eigenen Fall, Anzeige durch Aron Moses Ehrlich, reagierte sie sachlich und konsequent. Sie wies die Vorwürfe Ehrlichs und Steiners zurück, lehnte eine Untersuchung durch die IKG ab. Jedoch stellte sie es Ehrlich frei, sie bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen und wehrte sich gegen seine, für sie unzulässigen, Beschuldigungen mit einer Gegenklage wegen Ehrenbeleidigung. Trotzdem trat sie als Kultusrätin bei der IKG zurück und wurde nie mehr – auch nach Einstellung des Verfahrens – in dieser oder anderen Funktionen für die IKG tätig.<sup>546</sup>

---

<sup>546</sup> Vgl. Adunka, 2000, S. 75–77, vgl. Rabinovici, 2000, S. 396.

## 4.2 Franzi Löws Tätigkeit für die Gemeinde Wien und ihr Privatleben

*„... fachlich ganz hervorragend ausgebildet ...“<sup>547</sup>*

Im Jahr 1946 ist Franzi Löw schon Monate für das Magistrat der Stadt Wien in der Abteilung „Fürsorge für Körperbehinderte“ tätig. Am 10. September 1946 erfolgte eine dienstliche Beurteilung über ihre Tätigkeit durch Prim. Königswieser, die wie folgt lautete:

*„(Sie ist) fachlich ganz hervorragend ausgebildet und praktisch nach den verschiedensten Richtungen im Referate, einschließlich des Fürsorgedienstes bei der ärztlichen Betreuung, auf das Beste erprobt. Für den leitenden Posten der Referatsfürsorgerin ganz besonders geeignet wegen ihrer initiativen Tatkraft und der großen Umsicht, mit der sie alle Richtungen der fürsorgerischen Tätigkeiten im Rahmen der Fürsorge für Körperbehinderte und Knochentuberkulose pflegt, und zur einheitlichen Auswirkung im Dienst an den Befürsorgten zusammenfasst.“<sup>548</sup>*

Weiters wurde ihre Gabe, die Bedürfnisse der Klienten wahrzunehmen, und das professionelle Hilfsangebot individuell auf den Einzelnen anzupassen, erwähnt. Ganz besonders hervorgehoben wurden ihre große Verlässlichkeit und ihr grenzenloser Fleiß, die fachlich gestellten Ziele zu erreichen.<sup>549</sup>

*„... ich bestätige hiermit,  
dass ich Fräulein Franzi Löw demnächst heiraten werde ...“<sup>550</sup>*

Im Jahr 1946 kam Dr. Danneberg von seinem Einsatz für den „Volkssturm“ nach Wien zurück. Franzi Löw lebte 1947 mit ihrer Mutter am Wildpretmarkt 1/9, in Wien 1., da sie aus ihrer Wohnung in der Unteren Donaustraße, Wien 2., ausgebombt worden war. Löw ersuchte am zuständigen Wohnungsamt um fixe Zuweisung der Wohnung, das Ersuchen wurde vorerst mit der Begründung abgelehnt, dass die Wohnung für zwei Personen zu groß wäre. Löw erklärte, dass sie im Begriff sei zu heiraten, und die Wohnung eigentlich für drei Personen gedacht sei. Darauf erklärte der Vertreter des Wohnungsamtes, dass eine Bestätigung durch

---

<sup>547</sup> Personalakt Franzi Danneberg, Personaltandblatt, Dienstliche Beurteilung, 10.9.1946.

<sup>548</sup> Personalakt Franzi Danneberg, Personenstandblatt, Dienstliche Beurteilung, 10.9.1946.

<sup>549</sup> Vgl. Personalakt Franzi Danneberg, Personenstandblatt, Dienstliche Beurteilung, 10.9.1946.

<sup>550</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 116.

Dr. Danneberg vorgelegt werden soll, die die Heiratsabsicht bestätigt, wenn ihr die Wohnung zugeteilt würde.

Franzi Löw eilte zum Landesgericht und erbat von Dr. Danneberg die Bestätigung, die wie folgt von ihm ausgestellt wurde:

*„Nur zum Nachweis für das Wohnungsamt. Ich bestätige hiermit, daß ich Fräulein Franzı Löw demnächst heiraten werde.“<sup>551</sup>*

Im Juni 1947 wurde Franzı Löw die beantragte Wohnung dauerhaft zugewiesen.<sup>552</sup> Am 5. März 1948 heirateten Franzı Löw und Dr. Wilhelm Danneberg (an dessen Geburtstag) in Wien. Die Rede bei der Trauung war Franzı Danneberg-Löw in Erinnerung geblieben: So erklärte der Standesbeamte, dass die Fürsorgerin und der Richter sich im Amt kennengelernt hätten und nun nach langem Warten endlich heiraten dürften. Franzı Löw lernte Dr. Danneberg im Zuge ihrer Tätigkeit für die IKG kennen, jedoch galten zu diesem Zeitpunkt Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ als verboten.<sup>553</sup>

Im Jahr 1966 erhielt Franzı Danneberg-Löw das „Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ in Anwesenheit ihrer Vorgesetzten verliehen.<sup>554</sup>

Franzi Danneberg-Löw arbeitete bis zur ihrer Pensionierung im Jahr 1977 als pragmatisierte Beamtin in ihrer Funktion als Fürsorgerin.

Das Jahr 1977 war ein schicksalsreiches: Am 20. Jänner 1977 verstarb Franzı Löws Mutter an einem Magenleiden.<sup>555</sup> Am 11. Februar verstarb Dr. Wilhelm Danneberg und wurde am 18. Februar 1977 beerdigt.<sup>556</sup> Löws Mutter wie auch ihr Ehemann Dr. Danneberg wurden im jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs beigesetzt.<sup>557</sup>

Über die Zeit nach 1977 ist bekannt, dass Franzı Danneberg-Löw bei Projekten des DÖW – „Erzählte Geschichte“ – Widerstand und Verfolgung – in einem Interview über ihre Erinnerungen während der NS-Zeit berichtete. Im Jahr 1988 erfolgte ein ausführliches

---

<sup>551</sup> Ebd.

<sup>552</sup> Vgl. Interview Franzı Danneberg-Löw, 1991.

<sup>553</sup> Vgl. Interview Franzı Danneberg-Löw, 1988, S. 117. Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg, Heiratsurkunde, 5.3.1948.

<sup>554</sup> Vgl. Personalakt Franzı Danneberg-Löw, Nachricht über die Verleihung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, 25. Juli 1966.

<sup>555</sup> Vgl. BG Innere Stadt, 5 A 79/77, Verlassenschaftsakt Hedwig Löw.

<sup>556</sup> Vgl. BG Innere Stadt, 2 A 130/77, Verlassenschaftsakt Dr. Wilhelm Danneberg.

<sup>557</sup> Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg, Parte. Vgl. E-Mail der IKG vom 18.8.2012, Bekanntgabe des Grabs von Dr. Julius und Hedwig Löw.

Interview mit der Fotokünstlerin Nancy Ann Coyne und schlussendlich führte der Historiker und Schriftsteller Doron Rabinovici im Jahr 1991 lange Gespräche mit Franzi Danneberg-Löw. Sein Buch „Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat“ war Franzi Danneberg-Löw und Willy Stern gewidmet.<sup>558</sup>

Trotz des Erlebten war es für Franzi Danneberg-Löw nie ein Thema, Wien oder gar Österreich zu verlassen und nach Israel auszuwandern. Sie erklärte im Interview 1988, nie Schuldgefühle gegenüber der jüdischen Bevölkerung, aber auch keine Hassgefühle gegenüber der Wiener Bevölkerung gehabt zu haben.

*„Ich habe kein Hassgefühl gehabt, und ich kenne auch heute kein Hassgefühl. Ich wäre nicht zur Gemeinde Wien gegangen, wenn ich die Wiener gehasst hätte. [...] Vergessen habe ich heute noch nicht, vergessen kann man so etwas nicht. Das ist etwas, das da drinnen ist und das nicht weggeht. [...] Ich habe versucht, mit dem Leben fertig zu werden. Ich habe versucht wieder anzufangen ein normales Leben zu führen. [...] Im Jahr 1945 habe ich darüber nachgedacht auszuwandern [...], erstens einmal bin ich Jüdin, ich bin bewusste Jüdin, ich bin aber auch Österreicherin, ja, das bin ich.“<sup>559</sup>*

*„... Ich habe Österreich gerne, ich weiß, dass das mein Heimatland ist und will mein Leben hier beschließen, trotz allem ...“<sup>560</sup>*

Franzi Danneberg-Löw besuchte in den letzten Jahren noch regelmäßig den Tempel in der Seitenstettengasse und übernahm nach dem Tod ihrer Mutter deren Sitzplatz. In meinem mit Jonny Moser geführten Interview berichtete er mir, dass er Franzi Danneberg-Löw oft alleine im Park sitzen sah.

Franzi Danneberg-Löw verstarb am 28. November 1996 im Alter von 81 Jahren. Sie wurde am jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofes an der Seite ihres Mannes beigesetzt.<sup>561</sup>

Auf meine Frage an Jonny Moser zu Person Franzi Löw antwortete er:

*„Sie war freundlich und keine Streberin. Im Alter war sie einsam.“<sup>562</sup>*

---

<sup>558</sup> Vgl. Rabinovici, 2000, Widmungen, Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, Interview Franzi Danneberg-Löw 1990. Diese wurden mir von Doron Rabinovici zur Verfügung gestellt. Franzi Löw: Interview. In: Jüdische Schicksale, S. 197.

<sup>559</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988. S. 120 f.

<sup>560</sup> Interview Franzi Danneberg-Löw, 1988, S. 126.

<sup>561</sup> Vgl. Personalakt Franzi Danneberg, Parte vom 2.12.1996.

<sup>562</sup> Interview Jonny Moser, 18. Mai 2011.

## **5. Conclusio**

Die vorliegende Arbeit gibt einen Einblick in das Leben und Wirken der jüdischen Fürsorgerin Franzi Danneberg-Löw. In der Mitte des Ersten Weltkriegs, als Tochter eines gebildeten Juristen in Wien geboren, erlebte sie mit ihrer Zwillingschwester eine gut behütete und sorgenfreie Kindheit. Durch ihren Vater zu einem politisch interessierten Menschen erzogen, nahm sie dennoch die politischen Zeitgeistströmungen des „Roten Wien“ und des „Austrofaschismus“ in Wien sowie die damit verbundenen sozialökonomischen Veränderungen für die jüdische Bevölkerung vorerst nur peripher wahr, da diese keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Lebenswelt der Familie Löw hatten. Danneberg-Löw entschloss sich zum Studium des Fürsorgewesens, nach Abschluss des Studiums begann ihre berufliche Laufbahn für die IKG Wien, wo sie anfänglich im Bereich der Jugendfürsorge tätig war. Franzi Danneberg-Löws Tätigkeitsfeld veränderte sich aufgrund der politischen Situation (Anschluss, systematische Ausgrenzung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung, Vernichtung der jüdischen Bevölkerung).

Die in der Einleitung dieser Arbeit gestellten Fragen brachten eine Fülle an Erklärungen. Aufgrund des Studiums der Interviews (Interview Nancy Ann Coyne, Doron Rabinovici, Jonny Moser) ergeben sich für mich folgende Erkenntnisse:

Bemerkenswert ist der unermüdliche Arbeitseinsatz Franzi Danneberg-Löws.

Danneberg-Löw war eine gebildete junge Frau, die in einem harmonischen Elternhaus groß geworden war. Danneberg-Löw scheute weder Verantwortung noch Risiko. Nach dem Tod des Vaters schützte sie, durch ihre Tätigkeit für die IKG, die Mutter vor einer drohenden Deportation und bewahrte sie so vor dem Tod. Franzi Danneberg-Löw war eine mutige Frau, die zielsicher auf ihren täglichen Arbeitsauftrag fokussiert war. Zusätzlich könnte der Glaube ein haltgebender und wichtiger Bestandteil ihres Lebens gewesen sein. Das Zusammenleben mit ihrer Mutter Hedi Löw, die die junge Fürsorgerin während der Zeit des Krieges umsorgte, könnte ebenso eine wichtige Unterstützung gewesen sein, die eine Grundlage für das Durchhalten und die hohe Arbeitsbewältigung und Motivation schuf.

Franzi Danneberg-Löw war es aufgrund ihrer persönlichen Haltung möglich, ihre Arbeitsleistung sowohl psychisch wie auch physisch unter den widrigsten Umständen

erfüllen. Sie selbst behauptete, dass sie vor den NS-Machthabern nie Angst gezeigt habe, und ihr diese Haltung darum viele Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeit und ihrem täglichen Handeln gegeben hätte. Franzl Danneberg-Löw dürfte eine Netzwerkerin gewesen sein; sie muss über viele verschiedene zuverlässige Ressourcen verfügt haben und erschloss zusätzlich immer wieder neue Hilfsquellen. Danneberg-Löw bewegte sich im Laufe der Jahre 1937 bis 1945 im Rahmen ihrer fürsorgerischen Tätigkeit in „Graubereichen“ illegaler Handlungen (Versorgung der „U-Boote“ etc.). Sie selbst behauptete, dass die NS-Machthaber über ihre Tätigkeiten informiert waren. Diese Behauptung konnte im Rahmen der Diplomarbeit nicht beantwortet werden. Tatsache ist, dass Danneberg-Löw in vielen Fällen Ausnahmegenehmigungen von den NS-Machthabern erhielt, die möglicherweise auf ihre empathische und kluge Argumentationsweise zurückgeführt werden kann. Ich möchte an dieser Stelle auf die Begegnung zwischen Siegfried Seidl und Franzl Danneberg-Löw im Zusammenhang mit der Versorgung der ungarischen Juden und Jüdinnen hinweisen.

Franzl-Danneberg Löw musste sich dem System beugen und arbeitete unter den Rahmenbedingungen, die ihr die IKG Wien und die NS-Machthaber vorgegeben hatten. Aufgrund ihrer Jugend hatte sie eine untergeordnete Position, die sie im Interview immer wieder betonte. Sie betonte, dass sie die Chance, in der IKG Wien als Fürsorgerin zu arbeiten, nutzte und durch ihr großes Engagement zeigte, dass die Entscheidung der IKG Wien, sie einzustellen, eine richtige war. Durch ihr couragiertes Handeln rettete sie einige Menschenleben, das erforderte oft eine unorthodoxe Handlungsweise.

Nach der Auseinandersetzung mit der Biografie Franzl Danneberg-Löws kann die Frage, ob sie sich dem System entzogen hatte, nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Sämtliche Mitarbeiter der IKG wurden vom System absorbiert und instrumentalisiert. Der Arbeitsauftrag musste ausgeführt werden. Franzl Danneberg-Löw hatte Aufträge ausführen, die sie teilweise stark belasteten (Besuche in den Sammellagern) und sich nicht mit der persönlichen Wertehaltung der Fürsorgerin deckten. Jedoch gab es eine Franzl Danneberg-Löw, die sich dem System entzog, indem sie illegale Tätigkeiten ausübte und alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen benützte, um zu helfen. Ich verweise an dieser Stelle auf ihre Intervention für Harry Gelblein, sowohl bei Alois Brunner als auch bei Pater Born. Franzl Danneberg-Löw passte sich dem System jedoch immer wieder an, indem sie die Vorgaben der NS-Machthaber erfüllte.

Eine Emigration, sprich ein Weggehen von Wien, war für Franz Danneberg-Löw in ihrer gesamten Lebenszeit nie ein ernsthaftes Thema. Danneberg-Löw setzte sich zwar mit dem Gedanken an eine Ausreise auseinander, aber ihre Bewerbung vom 8. Mai 1945 zeigt ihre Verbundenheit zu Wien und zu Österreich. Dass die Beziehung zu ihrem späteren Ehemann Dr. Wilhelm Danneberg eine maßgebliche Rolle spielte, in Wien zu bleiben, ist eine mögliche Erklärung, eine andere ergibt sich aus dem Wortlaut ihres Bewerbungsschreibens, in dem sie angibt, die Tätigkeit als Fürsorgerin aus Überzeugung zu tun und nicht als „Brotberuf“. In einem anderen Land hätte Danneberg-Löw aufgrund von Sprachschwierigkeiten möglicherweise nie mehr wieder ihren Beruf ausüben können.

Erstaunlich war die Erkenntnis, dass Franz Danneberg-Löw am Tag des Kriegsendes in Europa (8. Mai 1945) ein Bewerbungsschreiben an die Gemeinde Wien übermittelte.

Mit dieser Bewerbung erfüllte sich Danneberg-Löw einen Traum. Die Bewerbung bei der Gemeinde Wien war im Jahr schon 1937 Thema (Danneberg-Löws Bewerbung wurde aus „rassischen“ Gründen abgelehnt). Im Jahr 1945 hatte sie ihre Tätigkeit begonnen, die sie bis in das Jahr 1977 ausübte. Danneberg-Löw war für den Aufbau der „Krüppelfürsorge“ Mitverantwortlich, im Jahr 1966 wurde sie für ihre Tätigkeit mit dem „Goldenen Ehrenzeichen der Republik Österreich“ ausgezeichnet und ging als Amtsrätin in Pension.

Ihr Engagement für IKG Wien änderte sich nach der gegen sie eingestellten Anzeige durch Aron Moses Ehrlich. Franz Danneberg-Löw trat als Kultusrätin der IKG Wien zurück, sie hatte nie mehr eine öffentliche Funktion in der Kultusgemeinde inne.

Danneberg-Löw heiratete Dr. Wilhelm Danneberg und lebte gemeinsam mit ihm und ihrer Mutter am Franz Josefs Kai in Wien 1. Im Jahr 1977 starben sowohl ihre Mutter als auch kurz danach ihr Ehemann. Über das Privatleben von Franz Danneberg-Löw kann nach 1945 nicht sehr viel erzählt werden. In ihren Interviews hielt sie sich bedeckt und teilte sich privat nicht mit.

Doron Rabinovici erklärte mir, dass sie gerne Kinder gehabt hätte, dieser Wunsch hätte sich jedoch nie erfüllt. Die Schwester Hilde überlebte das Altersghetto Theresienstadt, es darf angenommen werden, dass es zwischen den Schwestern Kontakt gegeben hat. Auch mit Dr. Wilhelm Dannebergs Tochter Traudl dürfte das Verhältnis gut gewesen sein. Der Name Traudl Friedrich scheint auf der Seite Franz Danneberg-Löws auf.

Zusammenfassend ergibt sich die Erkenntnis, dass Franzl Danneberg-Löw ihrer fürsorgerische Tätigkeit für die IKG Wien und für die Gemeinde Wien mit der gleichen Hingabe und großem Engagement verrichtete. Die im Personalakt der Fürsorgerin vorgefundenen Schreiben und Beurteilungen durch den Dienstgeber geben Zeugnis über den Einsatz Franzl Danneberg-Löws.

Franzl Danneberg-Löw war eine mutige Frau und eine Fürsorgerin aus Überzeugung. Ihr Leitmotiv war zu helfen und die ihr übertragenen Arbeitsaufgaben bestmöglich zu erfüllen. Sie war keine Frau, die sich in den Vordergrund drängte, sie stellte stets ihre Tätigkeit in den Vordergrund und nicht ihre Person.

## **6. Kurzbiografien**

### **Alois Brunner (Brunner I.)**

Alois Brunner wurde am 8. April 1912 in Rohrbrunn, Burgenland, geboren. Nach seiner Schul- und Lehrzeit trat er 1931 der NSDAP bei. Im Rang eines SS-Hauptsturmführers zählte Brunner zu den engsten Mitarbeitern Adolf Eichmanns in Wien in der sogenannten Zentralstelle für Auswanderung. Brunner war für sein brutales Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung gefürchtet. Als Eichmanns Helfer war er für die sogenannten „Kommissionierungen“ vor Deportationen und schlussendlich für die tatsächliche Deportationen der Wiener Juden und europäischen Juden mitverantwortlich. Brunner lebte nach dem Krieg unter falscher Identität in Deutschland und setzte sich schlussendlich nach Syrien ab.<sup>563</sup>

### **Anton Brunner (Brunner II.)**

Anton Brunner wurde 1898 geboren, wie Brunner I. arbeitete er ebenfalls in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien. In der Zeit von 1941 bis März 1943 war Brunner II. für die „Kommissionierung“ in den Sammellagern des 2. Bezirks zuständig. Im Zuge der Deportationen war Anton Brunners Vorgangsweise durch große Unmenschlichkeit gekennzeichnet. Nach dem Krieg wurde Anton Brunner in einem Volksgerichtsverfahren für den Tod von ca. 46.000 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet.<sup>564</sup>

### **Dr. Wilhelm Danneberg**

Wilhelm Danneberg wurde am 5. März 1891 in Wien geboren und heiratete 1915 in erster Ehe Hildegard, geb. Hödl. Aus der Ehe stammten drei Kinder: Gertraud, geboren am 25.7.1920; Johann, geboren am 19.8.1924; und Konrad Franz, geboren am 9.1.1926. Nach

---

<sup>563</sup> Vgl. Safrian, 1997, S. 50 f. und [http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner II](http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner%20II), abgerufen am 20.8.012.

<sup>564</sup> [http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner II](http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner%20II), abgerufen am 25.8.2012. Vgl. Safrian, 1993, S. 50 f.

Absolvierung des Jusstudiums legte Dr. Danneberg die Richteramtsprüfung im Jahr 1922 ab und begann seine berufliche Karriere am Oberlandesgericht in Wien. Privat überschattete die Krankheit seiner Frau die familiäre Situation, es kam zu einem 10-jährigen Aufenthalt „Am Steinhof“. Im Jahr 1935 verstarb seine Frau. Dr. Danneberg musste aus diesem Grund seine zwei Söhne in Verwandtenpflege geben, nur seine Tochter Traudl wohnte weiterhin bei ihm. In dieser Zeit dürfte er versucht haben, seinen Kindern ein Heim zu geben und kaufte ein Grundstück, um darauf ein Haus zu bauen. Dr. Danneberg verschuldete sich immer mehr, er lieh Geld bei ehemaligen Kriegskameraden und konnte die geborgte Summe nicht zurückzahlen. Nach dem Tod seiner Frau lernte er Lilly Mottoni kennen und verlobte sich mit ihr. Lilly Mottoni verstarb ebenfalls. Dr. Danneberg übernahm die offenen Spitals- und Beerdigungskosten und verschuldete sich weiter.

Dr. Danneberg nahm aktiv an den Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieg teil, dabei geriet er am 17. Mai 1917 in italienischer Kriegsgefangenschaft und kehrte als 15 Prozent Kriegsbeschädigt aus der Gefangenschaft nach Hause zurück.

Im Juli 1938 kam es zu einem Disziplinarverfahren gegen Dr. Danneberg aufgrund von Aktenrückständen am Gericht und seiner offenen Schulden bei diversen Stellen. Zusätzlich warf man ihm vor, Freimaurer zu sein und am Amt von „Juden“ besucht zu werden.

Dr. Wilhelm Danneberg wurde mit Ende April 1939 in den dauernden Ruhestand versetzt. Seine letzte Dienststelle war der Jugendgerichtshof Wien, wo er Franzi Löw kennengelernt haben dürfte. Am 1. Juni 1945 erfolgten die Wiedereinstellung von Dr. Danneberg und seine Rehabilitierung.

Im Jahr 1948 kam es zu einer Disziplinverhandlung gegen Dr. Wilhelm Danneberg. Ihm wurde vorgeworfen, im Jahr 1938 in zwei jüdischen Wohnungen Wertgegenstände beschlagnahmt zu haben. Dr. Danneberg verteidigte sich, indem er erklärte, niemals Mitglied der NSDAP gewesen zu sein und sich selbst in einer Zwangslage befunden zu haben, da er als Ortsgruppenleiter und Blockwart verpflichtet war, in „Judenwohnungen“ Beschlagnahmungen durchzuführen.<sup>565</sup> Über Dr. Wilhelm Danneberg wurde eine Disziplinarstrafe in Form einer Versetzung an das Kreisgericht Wiener Neustadt verhängt. Im Jahr 1951 wurde Dr. Danneberg an das Kreisgericht Korneuburg versetzt, wo er als Vizepräsident im Jahr 1961 in den dauernden Ruhestand ging. Dr. Wilhelm Danneberg

---

<sup>565</sup> Dr. Wilhelm Danneberg gab an nie Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg

verstarb am 11. Februar 1977 und wurde am jüdischen Friedhof beigesetzt. Seine Witwe Franzl Danneberg-Löw verzichtete zugunsten seiner Tochter Traudl auf ihren Erbteil. Sein Sohn Konrad Danneberg wanderte in die USA (NY) aus.<sup>566</sup> Der andere Sohn gründete in Wien ein Taxiunternehmen.

### **Adolf Eichmann**

Adolf Eichmann kam am 19. März 1906 in Solingen zur Welt. Ab 1938 leitete er die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien, diese diente als „Vorbild“ für die Vertreibung, Ausplünderung und Deportationen der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich. In den anschließenden Jahren war Adolf Eichmann unter anderem für die Deportationen nach Auschwitz und der Vernichtung von mehr als 400.000 jüdischen Ungarn verantwortlich. Nach dem 2. Weltkrieg ließ er sich in Argentinien unter falscher Identität nieder. Adolf Eichmann wurde vom israelischen Geheimdienst aufgespürt und nach Israel entführt. Im Zeitraum vom 10. April bis zum 15. August 1961 wurde Eichmann der Prozess in Israel gemacht.<sup>567</sup> Adolf Eichmann wurde zum Tode verurteilt und in Israel hingerichtet.

### **Dr. Josef Löwenherz**

Josef Löwenherz wurde im Jahr 1884 in Galizien geboren. 1913 heiratete er Sofie Schönfeld mit der er im Jahr 1914 nach Wien zog und dort als Rechtsanwalt arbeitete. Dr. Josef Löwenherz bekleidete ab 1924 das Amt des Kultusvorsteher und Vizepräsident der IKG. Im Jahr 1935 wurde er zum Amtsdirektor der IKG in Wien bestellt. Im Mai 1938 wurde er durch Adolf Eichmann mit der Neugestaltung der IKG in Wien beauftragt. Dr. Josef Löwenherz war bis in das Jahr 1943 Leiter der IKG Wien und ab dem Jahr 1943 wurde er, von den NS-Machthabern, als Leiter des ‚Ältesten Rates‘ [sic] in Wien bestellt. Im Mai 1945 wurde er von der ‚Roten Armee‘ wegen dem Vorhaltung der Zusammenarbeit mit den NS-Machthabern verhaftet und in die Tschechoslowakei gebracht. Die Vorwürfe konnte er entkräften und Dr. Josef Löwenherz wurde enthaftet. Dr. Löwenherz, seine Frau Sofie und seine Söhne emigrierten in die USA (New York). Dr. Josef Löwenherz verstarb im Jahr 1960

---

<sup>566</sup>Vgl. Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg, Vgl. Verlassenschaftsakt.

<sup>567</sup> [http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=126&hl=adolf eichmann](http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=126&hl=adolf%20eichmann), Vgl. (Teil III: Personenverzeichnis: Digitale Bibliothek Band 25: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 2992, CD.

in New York vor dem Eichmannprozess, an dem er sich als Zeuge in Israel teilnehmen sollte.<sup>568</sup>

### **Dr. Emil Tuchmann**

Emil Tuchmann wurde 1888 in der Bukowina geboren. Ab 1928 arbeitete er als praktischer Arzt in Wien und als Arzt für die Wiener kaufmännische Gebietskrankenkassa. 1938 wurde er leitender Arzt des ärztlichen Fürsorgedienstes der IKG und 1940 Vertrauensarzt für den gesamten Bereich des Gesundheitswesens der IKG. Durch die Gestapo wurde er zum medizinischen Berater des Rothschildspitals ernannt. Dr. Tuchmann erwarb sich große Verdienste um die medizinische Betreuung der nach Wien deportierten ungarischen Juden. Am 15. April 1945 wurde er verhaftet, aber wieder freigelassen. Im September 1945 wurde er erneut verhaftet und im Jahr 1946 wurde das gegen ihn geführte Verfahren wegen widersprüchlicher Zeugenaussagen eingestellt. Nach Kriegsende engagierte sich Dr. Tuchmann noch kurz für die IKG, zog sich dann aber aus dem jüdischen Leben zurück. Er war viele Jahre Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkassa und verstarb im Jahr 1976 in Wien.<sup>569</sup>

---

<sup>568</sup> Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 480.

<sup>569</sup> Vgl. Fraller/Langnas, 2010, S. 485.

## 7. Quellen

### 7.1 Literatur

Ackerl, Isabella/Kleindel, Walter: Die Chronik Österreichs. Wien 1994.

Adunka, Evelyn: Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute. Berlin/Wien 2000.

Adunka, Evelyn/Lamprecht, Gerald/Traska, Georg (Hg.): Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck 2011.

Aly, Götz (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der Deutschen Juden durch das Nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. München 2009.

Anderl, Gabriele: Emigration und Vertreibung. In: Weinzierl, Erika/Kulka, Otto D. (Hg.): Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Wien/Köln/Weimar 1992.

Baumgartner, Marianne: Vergewaltigung zwischen Mythos und Realität. Wien und Niederösterreich im Jahr 1945. In: Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien. Wien 1995.

Bärnthaler, Irmgard: Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation. Wien 1971.

Beckermann, Ruth (Hg.): Die Mazzesinsel. Wien-München 1984.

Berger, Ernst (Hg.): Verfolgte Kindheit. Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung. Wien/Köln/Weimar 2007.

Benz, Wolfgang/Distel, Barbara: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 9. München 2005.

Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. CD.

Botz, Gerhard: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung. 138/39. Wien 2008.

Botz, Gerhard: Wien vom „Anschluss“ zum Krieg. Wien/München 1978.

Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportationen in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalistischer Sozialpolitik. Wien/Salzburg 1975.

Botz, Gerhard: „Judenhatz“ und „Reichskristallnacht“ im historischen Kontext: Pogrome in Österreich 1938 und in Osteuropa um 1900. In: Schmid, Kurt/Streibel, Robert (Hg.): Der Pogrom 1938. Wien 1990.

Böhler, Regina: Die Entwicklung jüdischer Fürsorgetätigkeit in Wien zwischen 1929 und 1945. In: Berger, Ernst (Hg.): Verfolgte Kindheit. Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung. Wien/Köln/Weimar 2007.

Breuer, Mordechai: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871–1918. Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit. Frankfurt am Main 1986.

Burger, Hannelore/Wendelin, Harald: Vertreibung, Rückkehr und Staatsbürgerschaft. Die Praxis der Vollziehung des Staatsbürgerschaftsrechts an den österreichischen Juden. In: Kolonovits, Dieter/Burger, Hannelore/Wendelin, Harald (Hg.): Staatsbürgerschaft und Vertreibung. München 2004.

Cahnmann, Werner Jacob: Die Juden im Donauraum. In: Marcus, Judith/Tarr, Zoltan (Hg.): Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie. Münster 2005.

Cahnman, Werner Jacob: Im Konzentrationslager Dachau. In: Marcus, Judith/Tarr, Zoltan (Hg.): Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie. Münster 2005.

Czech, Herwig: Erfassung, Selektion und „Ausmerze“. Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945. Wien 2003.

Dahl, Matthias: Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt Am Spiegelgrund 1940 bis 1945. In: Gabriel Eberhard/Neugebauer Wolfgang (Hg.): NS-Euthanasie in Wien. Wien/Köln/Weimar 2000.

Danneberg-Löw, Franzi: Interview. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.): Erzählte Geschichte. Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten. Band 3. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.). Wien 1992.

Demmerle, Eva: Das Haus Habsburg, Wiesbaden 2011.

Duizend-Jensen, Shoshana: Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution. Wien 2004.

Embacher, Helga: Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945. Wien 1995.

Fraller, Elisabeth/Langnas, Georg (Hg.): Mignon. Tagebücher und Briefe einer jüdischen Krankenschwester in Wien 1938–1949. Innsbruck 2010.

Frank, Anne: Das Tagebuch der Anne Frank. 12. Juni 1942 – 1. August 1944. Frankfurt/Main 1988.

Frankl, Viktor E.: ... trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager. München 1977.

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. München 2008.

Friedländer, Saul/Kenan, Orna: Das Dritte Reich und die Juden. München 2010.

Friedländer, Saul/Kenan, Orna: Das Dritte Reich und die Juden. 1933–1945. München 2010.

Geyde, G. E. R.: Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938. Wien 1981.

Gottwaldt, Alfred/Schulle, Diana: Die „Judentransportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Wiesbaden 2005.

Götz, Aly (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung der Deutschen Juden durch das Nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. München 2009.

Gold, Hugo: Geschichte der Juden in Wien. Tel Aviv 1966.

Hamann, Brigitte: „Die Judenfrage lauert an allen Ecken und Enden“. Theodor Herzl und seine Zeit. In: Das Jüdische Echo, Vol. 53. Wien 2004.

Hecht, Dieter J.: Du hast Dich ernsten Mädchen zu geschworen. Jüdische Frauen- und Fürsorgevereine in Wien. In: Adunka, Evelyn/Lamprecht, Gerald/Traska Georg (Hg.): Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck 2011.

Hecht, Dieter J.: Demütigungsrituale – Alltagsszenen nach dem „Anschluss“ in Wien. In: Welzig Werner (Hg.): „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich. Wien 2010.

Hecht, Louise/Lichtblau, Albert/Miller, Michael L.: Österreich, Böhmen und Mähren 1648–1918. In: Kotowski, Elke-Vera/Schoeps, Julius H./Wallenborn, Hiltrud (Hg.): Handbuch zur Geschichte der Juden in Europa. Darmstadt 2001.

Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Band 1. Frankfurt am Main 1990.

Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden . Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Band 2. Frankfurt am Main 1990.

Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden . Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Band 3. Frankfurt am Main 1990.

Klaus Hödl (Hg.): Jüdische Identitäten, Einblicke in die Bewusstseinslandschaft des österreichischen Judentums. Innsbruck 2000.

Huppert, Jehuda/Drori, Hana: Theresienstadt. Ein Wegweiser. Prag 1999.

Klüger, Ruth: weiter leben. Eine Jugend. Wien 1994.

Klamper, Elisabeth: Der „Anschluss“. In: Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990.

Konrad, Helmut: Das „sozialdemokratische Lager“. In: Karner, Stefan/Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck 2008.

Königseder, Angelika: Antisemitismus 1933–1938. In: Talos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur. 1933–1938. Wien 2012.

Lappin-Eppel, Eleonore: Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien 2010.

Litzka, Traude: Kirchliche Hilfe für verfolgte Juden und Jüdinnen im Raum Wien 1938–1945, mit Schwerpunktsetzung auf die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, Dissertation, Wien 2012.

Malina, Peter: Kindererziehung im Nationalsozialismus. In: Berger, Ernst (Hg.): Verfolgte Kindheit, Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung, Wien/Köln/Weimar 2007.

Maiss, Maria/Ertl, Silvia Ursula (Hg.): Ilse Arlt – (Auto)biographische und werkbezogene Einblicke, Werkausgabe Ilse Arlt, Band 3, Wien 2011.

Marschik, Matthias: Von jüdischen Vereinen und „Judenclubs“. Organisiertes Sportleben um die Jahrhundertwende. In: Adunka, Evelyn/Lamprecht, Gerald/Traska, Georg (Hg.): Jüdisches Vereinswesen in Österreich im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck 2011.

Mende, Susanne: Die Wiener Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in der Zeit des NS-Regimes in Österreich. In: Gabriel Eberhard/Neugebauer Wolfgang (Hg.): NS-Euthanasie in Wien. Wien/Köln/Weimar 2000.

Moser, Jonny: Die Judenverfolgung in Österreich 1938–1945. Wien/Frankfurt/Zürich 1966.

Moser, Jonny: Die Katastrophe der Juden in Österreich 1938–1945 – ihre Voraussetzungen und ihre Überwindung. In: Schubert, Kurt (Hg.): Der Gelbe Stern in Österreich. Eisenstadt 1977.

Moser, Jonny: Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetz, Verordnungen und Erlasse. In: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt/Main 1988.

Moser, Jonny: Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. In: Schmid, Kurt/Streibel, Robert (Hg.): Der Pogrom 1938. Wien 1990.

Moser, Jonny: Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (Hg.). Wien 1999.

Moser, Jonny. Die Katastrophe in Österreich 1938–1945 – ihre Voraussetzung und ihre Überwindung. In: Kurt Schubert (Hg.): Der Gelbe Stern. Eisenstadt 1977.

Moser, Jonny (Hg.): Nisko. Die ersten Judendeportationen. Wien 2012.

Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien/Köln/Weimar 2005.

Müller, Rolf Dieter: Der Zweite Weltkrieg. Stuttgart 2004.

Neugebauer, Wolfgang: Die Arbeiterbewegung in Wien im Widerstand 1934–1945. In: Botz, Gerhard/Konrad, Helmut/Weidenholzer, Josef (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. Wien/München/Zürich 1978.

- Neugebauer, Wolfgang: Juden als Opfer der Euthanasie in Wien 1940–1945. In: Gabriel, Eberhardt/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Von der Zwangssterilisation zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien Teil II. Wien 2002.
- Rabinovici, Doron: Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat. Frankfurt am Main 2000.
- Raggam-Blesch, Michaela: Das „Anschluss“-Pogrom in den Narrativen der Opfer. In: Welzig, Werner (Hg.): „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich. Wien 2010.
- Rechter, David: Kaisertreu: The Dynastic Loyalty of Austrian Jewry. Innsbruck 2000.
- Rosenkranz, Herbert: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945. Wien/München 1978.
- Safrian, Hans: Die Eichmann-Männer. Wien/Zürich 1993.
- Schmid, Kurt/Streibel, Robert (Hg.): Der Pogrom 1938, Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990.
- Schmidl, Erwin A.: Juden in der k. (u.) k. Armee, 1788–1918, Eisenstadt 1989.
- Stern, Willy: Israeltische Kultusgemeinde – Ältestenrat der Juden in Wien 1939–1945. In: Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990.
- Stern, Willy: Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.). Wien 1992.
- Ulrich, Johann: Der Luftkrieg über Österreich 1939–1945. Wien 1994.
- Ungar-Klein, Brigitte: Zwischen Tradition und Assimilation – Jüdisches Leben vor 1938. In: Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 3: Jüdische Schicksale. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. Wien 1992.
- Ungar-Klein, Brigitte: Bei Freunden untergetaucht – U-Boot in Wien. In: Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990.
- Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg 1996.
- Wartlik, Helmut: Das Arbeitslager für ungarische Juden in Engerau im Rahmen des Südostwallbaues aus der Perspektive der Prozesse vor dem Volksgericht Wien 1945–1955, Diplomarbeit, Wien 2008.
- Weinzierl, Erika: Zu wenige Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945. Graz/Wien/Köln 1985.
- Weinzierl, Erika/Kulka, Otto D.: Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Wien/Köln/Weimar 1992.

Weinzierl, Erika: Das österreichische Judentum von den Anfängen bis 1938. In: Weinzierl, Erika/Kulka, Otto D. (Hg.): Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Wien/Köln/Weimar 1992.

Vocelka, Karl: Österreichische Geschichte. München 2005.

## 7.2 Quellen aus dem WWW

<http://genealogyindexer.org/view/1929GoldMoravia/1929GoldMoravia%20-%200216.pdf>

<http://austria-lexikon.at/af/AEIOU/Austrofaschismus>, abgerufen am 3.5.2012.

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=19170004&seite=00000739&zoom=0>, abgerufen am 12.5.2012.

<http://www.nationalsozialismus.at/Themen/Austrofasch/antidemokr.htm>, abgerufen am 12.5.2012.

<http://www.quer-magazin.at/home/02-2011/38>, abgerufen am 12.9.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1955/jaenner.html>, abgerufen am 5.5.2012.

<http://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/ehrungen/rennerpreise.html>, abgerufen am 5.5.2012.

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.t/t047085.htm> abgerufen 12.8.2012.

<http://inclusion.fhstp.ac.at/index.php/ueberdasinstitut/ilsearlt>, abgerufen am 11.7.2012.

<http://www.jku.at/kanonistik/content/e95782/e95785/e95786/e95794/e104403/e104407/e98378/oktrojierteMaerzverfassung.pdf>, abgerufen am 13.7.2012.

<http://www.verfassungen.de/de/de33-45/reichsbuerger35.htm> abgerufen am 3.6.2012.

[http://www.ikg-wien.at/wp-content/uploads/2012/05/ikg\\_statut\\_2012.pdf](http://www.ikg-wien.at/wp-content/uploads/2012/05/ikg_statut_2012.pdf), abgerufen am 23.7.2012.

<http://bsbndb.bsb.lrz-muenchen.de/sfz32095.html>, abgerufen am 23.7.2012.

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=dra&datum=19390004&zoom=2&seite=00000864&ues=0&x=19&y=12> abgerufen am 3.7.2012.

[http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Weltkrieg%2C\\_Zweiter](http://www.austria-lexikon.at/af/AEIOU/Weltkrieg%2C_Zweiter), abgerufen am 12.7.2012.

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.n/n309523.htm> abgerufen am 30.8.2012.

<http://www.christenundjuden.org/artikel/geschichte/58-trinks-die-schwedische-mission-in-der-seegasse>, abgerufen am 12.8.2012.

<http://www.katholisch.at/content/site/unsichtbar/1938/article/24181.html>, abgerufen am 3.7.2012.

<http://www.ns-archiv.de/verfolgung/korherr/korherr-lang.php>, abgerufen am 22.7.2012.

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.d/d197647.htm> abgerufen am 3.8.2012.

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.v/v813620.htm> abgerufen am 12.8.2012.

<http://zweiter-weltkrieg-lexikon.de/index.php/Kriegsfuehrung-und-Taktiken/Stellungen-und-Verteidigungslinien/Suostwall-Reichsschutzstellung.html> abgerufen am 3.5.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/maerz.html>, abgerufen am 3.6.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html> abgerufen am 17.5.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/maerz.html>, abgerufen am 3.6.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html> abgerufen am 17.5.2012

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html> abgerufen am 6.5.2012

<http://oe1.orf.at/artikel/206226> abgerufen am 12.8.2012.

<http://www.doew.at/projekte/holocaust/shoah/ende/ende.html> abgerufen am 4.7.2012.

[http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle\\_michael.pdf](http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle_michael.pdf) abgerufen am 30.6.2012.

[http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle\\_michael.pdf](http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2005/1074/pdf/hensle_michael.pdf) abgerufen am 30.6.2012.

<http://www.friwe.at/Diverses/Tschechen.htm> abgerufen am 25.7.2012.

<http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/index.php> abgerufen am 13.7.2012.

<http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/volksg/index.php> abgerufen am 12.7.2012.

<http://www.wien.gv.at/rk/historisch/1945/april.html> abgerufen am 17.5.2012.

<http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner II> abgerufen am 20.8.2012.

<http://de.doew.braintrust.at/index.php?b=127&hl=brunner II>, abgerufen am 25.8.2012.

### 7.3 Archivalien

A/W: Archiv der Kultusgemeinde Wien, Mikrofilmarchiv

A/W 467 Schreiben Anna Kraus, Suchanfrage nach ihren Onkel Jakob Ungar, 17.11.1944.

A/W 535,1 Protokoll der IKG, Aufnahme von Franzi Löw mit Wirksamkeit 1. Juli 1939, Entgelt 130 Reichsmark monatlich, Vertragsangestellte Verwendung, Jugendfürsorge

A/W Personal 568,4 Verzeichnisse der Namen und Adressen, der im Dienst der I.K.G. stehenden Personen.

A/W Personal 571, Verzeichnisse der Namen und Adressen, der im Dienst des Ältestenrat der Juden in Wien beschäftigten Angestellten. 15.1.1943.

A/W 1920,1 Bericht der IKG über den Stand der in Heim verpflegten Kinder, 2.5.1940.

A/W 1968 Kinderauswanderung, Erhebungsbogen, 14.7.1938.

A/W 1922,2 Brief an das Amtsgericht Wien, Abteilung 148, 22.3.1943.

A/W 1922,2 Übertragung der Vormundschaft für Valerie Spitzer an Franzi Löw, 6.5.1943.

A/W 1937,8 Übertragung der Vormundschaft, 3 P 2/24, BG Fünfhaus an Martha Schwarz, 17.1.1939.

A/W 2100 Brief Walter Ullmann an Franzi Löw, 17.1.1943.

A/W 2104 Schreiben Jakob Israel Ihr an Franzi Löw, 7.2.1943.

A/W 2130,1 Summarische Aufstellung über den Zöglingstand in den Kinder- und Jugendheimen, Aufstellung 5.11.1939.

A/W 2130,2 Bericht über die Vorkommnisse in den der IKG unterstehenden Heimen während der „Kristallnacht“, 11.11.1938.

A/W 2480,2 Schreiben Marianne Sara Wengraf an die Amtsdirektion, Ansuchen um Aufnahme in ein jüdisches Altenheim, 27.11.1941.

A/W 2675, 1 Fragebogen Jakob Riegler, Auswanderung nach Palästina, 2.11.1938.

A/W 3017 Aktennotiz Dr. Löwenherz, 12.8.1938.

A/W 3017 Schreiben der Gestapo an den Ältesten Rat vom 21.2.1943.

A/W 3017 Antwortschreiben des Ältesten Rat vom 22.2.1943.

A/W 3017 Aktennotiz Dr. Löwenherz, 12.8.1938.

### **DÖW: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands**

Interview Franzi Löw-Danneberg geführt von Nancy Ann Coyne am 25. Mai 1988, 23.346

DÖW

### **WStLA: Wiener Stadt- und Landesarchiv**

WStLA, Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht, Vg 2f Vr 2943/45, Strafsache gegen Josef Balaban.

WSTLA, Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht, Vg 2f Vr 2943/45, Strafsache gegen Dr. Emil Tuchmann .

WStLA, Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht, Vg 1 Vr 770/46, Strafsache gegen Dr. Siegfried Seidl.

WStLA, Landesgericht für Strafsachen Wien, Vg 5 e, Vg 5c Vr6078747, 2/I. Akten zu Franziska Löw.

WStLA, Magistrat der Stadt Wien, 56088, Personalakt Franzi Danneberg.

WStLA, Akten zur Franziska Löw.

Archiv der ÖBB, ÖBB-Shared Service Center GmbH, Dienst- und Standes-Ausweis Dr. Julius Löw.

### **Archiv des Bezirksgerichts Innere Stadt**

Archiv des Bezirksgerichts Innere Stadt, 5 A 79/77, Verlassenschaftsakt, Hedwig Löw.

Archiv des Bezirksgerichts Innere Stadt, 2 A 130/77, Verlassenschaftsakt, Dr. Wilhelm Danneberg.

### **Archiv des Oberlandesgerichts Wien**

Archiv des Oberlandesgerichts Wien, Personalakt Dr. Wilhelm Danneberg.

## **7.4 Interviews**

Interview mit Franzi Löw geführt von Doron Rabinovici, 1991. CD.

Interview mit Jonny Moser geführt von Beatrix Steinhardt, 18. Mai 2011. CD.

Interview mit Doron Rabinovici geführt von Beatrix Steinhardt, 26. September 2011.

## **8. Abkürzungen**

DÖW Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

IKG Israelitische Kultusgemeinde

WStLA Wiener Stadt- und Landesarchiv

A/W Archiv der Israelitischen Wiener Kultusgemeinde Wien

## **Lebenslauf**

**Name:** Beatrix Steinhardt

**Geburtsdatum:** 9.3.1965

**Geburtsort:** Wien

**Wohnort:** 2340 Mödling, Weißes Kreuzgasse 93/5/4

**Familienstand:** ledig

### **Ausbildung:**

**1971-1982** Volksschule, 2340 Mödling, Lerchengasse

Hauptschule, 2340 Mödling, Europaplatz

Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik, Mödling

**2000-2004** Studienberechtigungsprüfung, Studium an der Sozialakademie

Wien 10 , Grenzackerstraße

**2004** Ablegung der Diplomprüfung

**Ab 2004** Div. Seminare im Rahmen meiner Tätigkeit als Sozialarbeiterin,  
Landesakademie St. Pölten

### **Beruflicher Werdegang:**

**1982-1993** Kaufmännische Angestellte in div. Unternehmen in Wien und  
NÖ

**Seit 1993- 2005** Amt der Niederösterreichischen Landesregierung,  
Verwaltungsdienst, Bezirkshauptmannschaft Mödling

**Seit 2005** Diplomsozialarbeiterin, Bezirkshauptmannschaft Mödling

### **Außerberufliche Tätigkeit:**

**2002 – 2010** Ehrenamtliche Bewährungshelferin, Verein Neustart, Wien

**Seit 2002** Ehrenamtliche Sachwalterin, NÖ Verein für Sachwalterschaft

